

**Mittelstandsbericht  
2009 bis 2014  
des Landes Brandenburg**

## **Inhaltsverzeichnis**

### **1. Einleitung**

- 1.1 Zielsetzung des Mittelstandsberichts
- 1.2 Mittelstandsbegriff
- 1.3 Mittelstand und Gesamtwirtschaft

### **2. Situation des Mittelstands im Land Brandenburg**

- 2.1. Konjunkturelle Entwicklung
- 2.2 Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit
- 2.3 Gewerbean- und -abmeldungen, Insolvenzen
- 2.4 Entwicklungen in den Wirtschaftsbereichen
- 2.5 Exkurs: Das Cluster Tourismus und Tourismuspolitik im Land Brandenburg

### **3. Mittelstandspolitik im Land Brandenburg**

- 3.1 Grundlinien der Mittelstandspolitik
- 3.2 Vorfahrt für KMU
- 3.3 Innovation
- 3.4 Ökologische Modernisierung
- 3.5 Internationalisierung, Zusammenarbeit mit Polen
- 3.6 Stärkung des Unternehmertums und der Gründungsmotivation
- 3.7 Förderung von Gründungen
- 3.8 Fachkräfteentwicklung
- 3.9 EER-Aktivitäten

### **4. Ausblick**

## **Anhang**

## 1. Einleitung

### 1.1 Zielsetzung des Mittelstandsberichts

Gemäß § 11 des Brandenburgischen Mittelstandsförderungsgesetzes (BbgMFG) vom 8. Mai 1992 berichtet das zuständige Mitglied der Landesregierung (hier das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, MWE) dem Landtag einmal in der Legislaturperiode und dem Ausschuss für Wirtschaft vor der Haushaltsberatung über den Stand der Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft und der freien Berufe. Es sollen auch die Ergebnisse der eingeleiteten und durchgeführten Fördermaßnahmen und deren Auswirkungen dargestellt werden. Der vorliegende Bericht umfasst den Zeitraum 2009 bis Frühjahr 2014<sup>1</sup>, wobei die Entwicklungen ab 2012 im Vordergrund stehen. Die Berichterstattung über die weitere Umsetzung der brandenburgischen „Strategie für die Stärkung von Innovation und Kreativität im Mittelstand“ (EER<sup>2</sup>-Strategie)<sup>3</sup> wurde in den Mittelstandsbericht integriert. Für alle Aussagen im Bericht, die im Zusammenhang mit öffentlichen Fördermaßnahmen für Unternehmen bzw. für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stehen, gilt der Haushaltsvorbehalt.

### 1.2 Mittelstandsbegriff

Eine umfassende und allgemeingültige Definition des unternehmerischen Mittelstands gibt es nicht. Allgemein gebräuchlich sind folgende quantitative und qualitative Abgrenzungsmerkmale:

- Zur Abgrenzung der antragsberechtigten Unternehmen bzw. zur Festlegung der Förderhöhe/-intensität in allen entsprechenden Förderprogrammen ist die in der Europäischen Union (EU) gültige „Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen“<sup>4</sup> maßgebend. Gemäß den darin enthaltenen Abgrenzungskriterien umfasst die Kategorie der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen jene Unternehmen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. Euro erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. Euro beläuft. Innerhalb dieser Kategorie werden Kleinunternehmen definiert als Unternehmen, die weniger als 50 Personen beschäftigen und deren Jahresumsatz bzw. Jahresbilanzsumme höchstens 10 Mio. Euro beträgt. Kleinstunternehmen werden definiert als Unternehmen, die weniger als zehn Personen beschäftigen und deren Jahresumsatz bzw. Jahresbilanzsumme höchstens 2 Mio. Euro beträgt. Neben diesen Schwellenwerten gilt das Eigenständigkeitskriterium. Dieses Kriterium besagt, dass Unternehmen nicht zur KMU-Kategorie zählen, wenn sie zu mehr als 25 Prozent einer Unternehmensgruppe angehören.
- Eine insbesondere für wirtschaftswissenschaftliche Zwecke häufig verwendete Definition ist die des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (IfM). Danach gelten Unternehmen mit bis zu 9 Beschäftigten und einem Jahresumsatz bis unter 1 Mio. Euro im Jahr als kleine und Unternehmen mit 10 bis zu 499 Beschäftigten sowie einem Jahresumsatz von 1 bis unter 50 Mio. Euro als mittlere Unternehmen.
- Neben den quantitativen Definitionen sind qualitative Aspekte für die Charakterisierung des Mittelstands von zentraler Bedeutung. Kennzeichnend für den Mittelstand sind vor allem die enge Verflechtung zwischen Unternehmen und Unternehmerin bzw. Unternehmer in der Einheit von Eigentum und Haftung, die unmittelbare Einwirkung der Unternehmensleitung auf alle strategisch bedeutsamen Vor-

---

<sup>1</sup> Förderdaten werden für den Zeitraum 2009 bis 2013 angegeben. Statistische Daten für 2013 werden mit den bis Redaktionsschluss im März 2014 vorliegenden Angaben dargestellt.

<sup>2</sup> European Entrepreneurial Region (Europäische Unternehmerregion)

<sup>3</sup> Vorrangig waren der „Bericht der Landesregierung zur Entschließung des Landtages Brandenburg ‚Brandenburg: Europäische Unternehmerregion 2011 – Innovation und Kreativität im Mittelstand nachhaltig unterstützen!“ vom 25. Februar 2010 (Drucksache 5/510 – B) sowie „Brandenburg – ‚Europäisch gewachsen‘: Bericht zur Umsetzung der ‚Strategie für die Stärkung von Innovation und Kreativität im Mittelstand“ (LT-DS: 5/5703)

<sup>4</sup> Empfehlung 2003/361/EG

gänge, die Verantwortlichkeit der Führungsperson für alle unternehmensrelevanten Entscheidungen sowie die persönlich geprägten Beziehungen zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Unternehmensleitung.

In diesem Bericht wird überwiegend die EU-Definition verwendet, weil sie für die Abgrenzung des Mittelstandes bei der Wirtschaftsförderung relevant ist. Von dieser Definition wird abgewichen, wenn die Datenlage keine Differenzierung der Unternehmen nach den EU-Kriterien zulässt.

### 1.3 Mittelstand und Gesamtwirtschaft

Die brandenburgische Wirtschaft ist stark von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt. Wie Tabelle 1 zeigt, hat der brandenburgische Mittelstand (hier: Betriebe<sup>5</sup> mit weniger als 250 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) einen Anteil von 78 Prozent an der Gesamtzahl der Beschäftigten. In Ostdeutschland beträgt dieser Anteil nur rd. 74 Prozent, im Bundesdurchschnitt sind es sogar nur rd. 68 Prozent. Spiegelbildlich dazu fällt der Anteil der größeren Betriebe im Land Brandenburg mit rd. 22 Prozent geringer aus als in Ostdeutschland (rd. 26 Prozent); die Differenz zum Vergleichswert der Bundesrepublik Deutschland (nahezu 32 Prozent) beträgt sogar 10,0 Prozentpunkte. Innerhalb des KMU-Sektors weist das Land Brandenburg bei allen drei Betriebsgrößenklassen den höchsten Anteil auf; signifikantere Abweichungen gibt es gegenüber den Werten für die Bundesrepublik Deutschland insbesondere in den Größenklassen von Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten (+3,7 Prozentpunkte) sowie in Betrieben mit weniger als 10 Beschäftigten (+3,4 Prozentpunkte).

<b>Tabelle 1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen im Land Brandenburg, in den ostdeutschen Bundesländern (inkl. Berlin) und in der Bundesrepublik Deutschland (Stichtag: 30. Juni 2013)</b>			
Größenklasse von...bis...sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	Anteil in Prozent		
	Land Brandenburg	neue Bundesländer (inkl. Berlin)	Bundesrepublik Deutschland
1-9	20,2	18,5	16,8
10-49	27,4	25,8	23,7
50-249	30,4	29,4	27,6
<i>Summe KMU</i>	<i>78,1</i>	<i>73,7</i>	<i>68,1</i>
250 und mehr	21,9	26,3	31,9
Summe insgesamt	100	100	100
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.			

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Auszubildenden ging im Zeitraum von 2009 bis 2012 im Land Brandenburg um fast 34 Prozent zurück (siehe Tabelle 2), in den KMU dagegen nur um 26 Prozent. Der Anteil der kleinen und mittleren Betriebe an der Berufsausbildung stieg im gleichen Zeitraum von 70,6 Prozent auf 78,6 Prozent. Damit ist die Bedeutung dieser Betriebe für die Berufsausbildung und die Fachkräftesicherung noch gewachsen.

<sup>5</sup> Diese Statistik stellt nicht auf Unternehmen, sondern auf Betriebe (also Arbeitsstätten) ab.

Jahr		2009	2010	2011	2012
Auszubildende insgesamt		41.913	37.083	31.678	27.740
davon Mittelstand insg.		29.598	26.766	23.349	21.808
davon	Kleinstunternehmen	7.002	5.897	5.033	4.470
	kleine Unternehmen	9.961	9.049	8.098	7.816
	mittlere Unternehmen	12.635	11.820	10.218	9.522

Datenstand : Juni 2013  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Von den im Jahr 2011 insgesamt 89.913 umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen sind 133 Großunternehmen (mit Lieferungen und Leistungen von 50 Mio. Euro und mehr), alle Übrigen sind den kleinen und mittleren Unternehmen zuzurechnen. Der Anteil der KMU am umsatzsteuerpflichtigen Gesamtumsatz ist im Zeitraum 2009 bis 2011 von 61,4 Prozent auf 62,1 Prozent gestiegen (siehe Tabelle 3).

Jahr	in 1.000 Euro				
	insgesamt	davon			
		Kleinstunternehmen	Kleinunternehmen	Mittlere Unternehmen	Großunternehmen
2009	66.746.811	17.000.506	12.772.988	11.213.892	25.759.427
2010	70.306.877	17.383.682	13.444.789	12.301.452	27.167.954
2011	73.780.840	18.096.128	14.386.176	13.311.294	27.987.234

\*Steuerpflichtige mit Lieferungen und Leistungen über 17.500 Euro.  
Datenstand: April 2013.  
Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen.

## 2. Situation des Mittelstands im Land Brandenburg

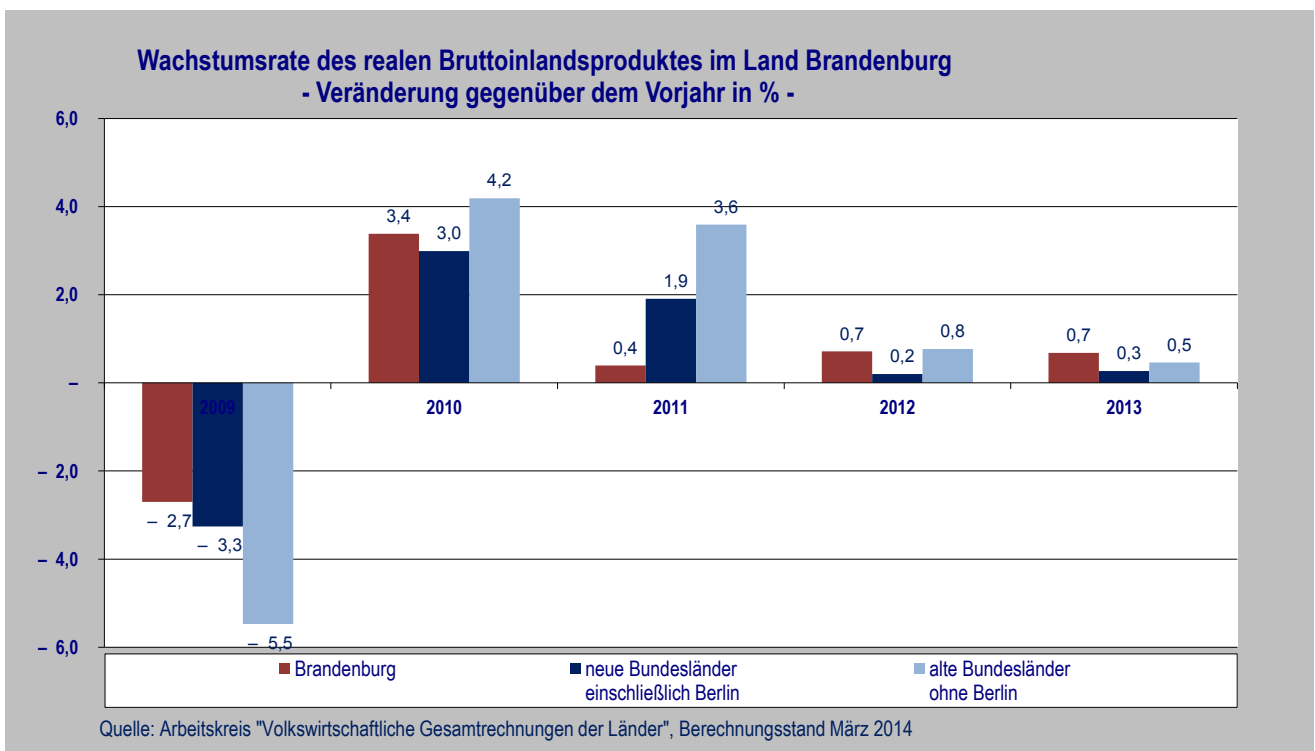
### 2.1 Konjunkturelle Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland verlief in den Jahren 2009 bis 2013 sehr heterogen. Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 erholte sich die deutsche Wirtschaft in den beiden folgenden Jahren relativ schnell, 2012/2013 verlor die Konjunktur jedoch an Dynamik und das Wirtschaftswachstum blieb moderat. Die Unsicherheit über den Fortgang des weltweiten Konjunkturverlaufs führte zur Zurückhaltung bei den

inländischen Investitionen, die Konsumnachfrage blieb trotz des guten Konsumklimas verhalten und die Exporte wuchsen langsamer.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Land Brandenburg weist in der Regel einen ähnlichen Konjunkturverlauf wie die Deutschlands auf. Der krisenbedingte Rückgang im Jahr 2009 fiel im Land Brandenburg allerdings schwächer aus als in Deutschland insgesamt. Die mittelständischen Unternehmen haben in diesem Zeitraum eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass sie dank der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit auch konjunkturell schwierige Phasen meistern können. 2010 folgte ein wachstumsstarkes Jahr (siehe Abbildung 1), danach verlangsamte sich der Wachstumsprozess. 2013 erreichte Brandenburg die höchste Wirtschaftswachstumsrate unter den neuen Ländern und lag auch über dem Bundesdurchschnitt.

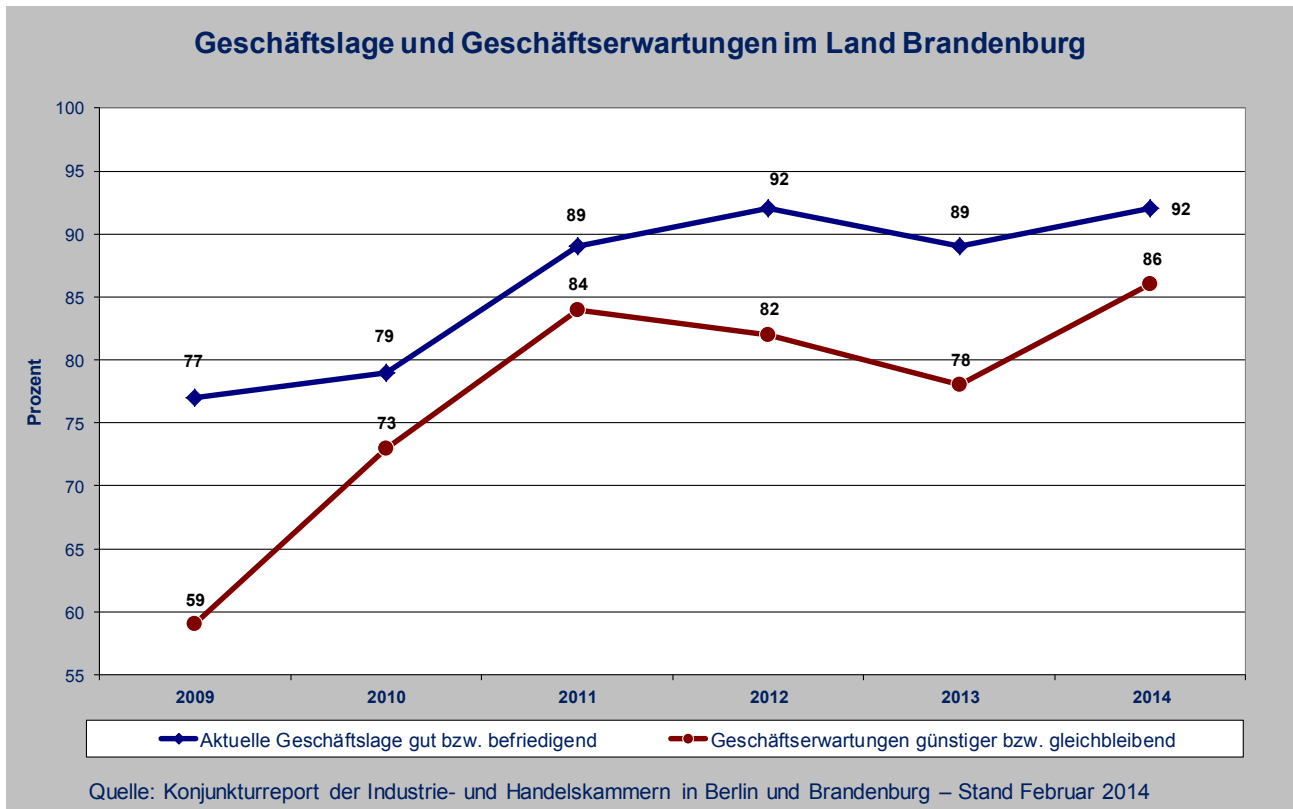
**Abbildung 1:**



Der gemeinsame Konjunkturreport der Industrie- und Handelskammern in Berlin-Brandenburg zum Jahresbeginn 2014 zeigte, dass die Unternehmen in der Region ihre geschäftliche Lage und ihre Erwartungen im Vergleich zum Jahresbeginn 2013 deutlich besser bewerteten. Der Konjunkturklimaindex Berlin-Brandenburg stieg von 118 Punkten zu Jahresbeginn 2013 auf 129 Punkte, den höchsten Wert seit 2007. 92 Prozent der befragten Unternehmen im Land Brandenburg erachteten ihre Geschäftslage als gut oder befriedigend. Für die nächsten Monate rechnen nur 14 Prozent der befragten Unternehmen mit einer ungünstigeren Entwicklung. Dementsprechend war der Anteil der Unternehmen, die einen Zuwachs bei der Beschäftigung (17 Prozent), den Investitionen (25 Prozent) und den Exporten (23 Prozent) erwarteten, im Vergleich zum Vorjahr wesentlich höher.

Der Geschäftsklimaindex der KfW für den Mittelstand zeigt Ende 2013 ebenfalls eine bessere Einschätzungen der Lage sowie optimistische Erwartungen für 2014.

Abbildung 2:



Die Prognosen für das 2014 gehen von einer anziehenden Konjunktur aus. Sowohl in Deutschland als auch in der EU mehren sich die Zeichen, dass die konjunkturelle Schwächephase überwunden ist. Davon würden auch die mittelständischen Unternehmen im Land Brandenburg profitieren. Wachstumsimpulse werden insbesondere aus der Binnenwirtschaft erwartet, zum einen über die anziehende Investitionsnachfrage der Unternehmen und zum anderen über die private Konsumnachfrage, die auf einer weiterhin robusten Arbeitsmarktentwicklung sowie auf Kaufkraftsteigerungen durch Einkommenserhöhungen basiert. Wichtig für die weitere Wirtschaftsentwicklung wird ferner sein, wie die EU-Länder die Folgen der Schuldenkrise bewältigen und wie sich die Weltwirtschaft sowie die Rohstoff- und Energiepreise entwickeln.

Die Wachstumsprognosen für Deutschland liegen für 2014 zwischen 1,2 und 2 Prozent. Für Ostdeutschland werden etwas geringere Zuwächse des Bruttoinlandsproduktes prognostiziert.

Aufgrund der erwarteten schwächeren Wachstumsdynamik in Ostdeutschland ergeben sich voraussichtlich auch im Jahr 2014 keine maßgeblichen Impulse für den Konvergenzprozess der ostdeutschen Bundesländer. Dieser ist in den vergangenen Jahren nicht weiter fortgeschritten. Das Pro-Kopf-Einkommen im Land Brandenburg liegt auch 2013 noch bei rund 71 Prozent des gesamtdeutschen Wertes und damit beim gleichen Wert wie 2009.

Das Land Brandenburg erzielte 2013 beim nominalen Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen den höchsten Wert unter den ostdeutschen Flächenländern. Die Arbeitsproduktivität erreichte rund 78 Prozent des gesamtdeutschen Wertes. Die Anpassungsgeschwindigkeit ist gering: 2009 lag der Wert bei 77 Prozent.

Ein wichtiger konjunkturrelevanter Bereich ist der Außenhandel. Die Ausfuhr von Waren stieg im Land Brandenburg von 2009 bis 2013 von rund 10,7 Mrd. Euro auf 13,1 Mrd. Euro und damit um rund +22 Prozent.<sup>6</sup> In

<sup>6</sup> Vorläufige Daten für 2013, Stand: Februar 2014.

den letzten beiden Jahren zeigte sich eine leichte Abschwächung der Exportdynamik. Die Auswirkungen der Schuldenkrise in einigen EU-Ländern beeinflusst die Wirtschaftskraft der betroffenen Länder negativ, was sich indirekt auch auf deutsche Unternehmen auswirkt, denn ein Großteil der deutschen Exporte geht ins EU-Ausland (Brandenburg exportierte 2013 rund 61 Prozent in EU-Länder).

Die wichtigsten Exportgüter im Land Brandenburg waren Luftfahrzeuge, pharmazeutische Erzeugnisse sowie Waren aus Kunststoffen und Bleche aus Eisen und Stahl. Die bedeutendsten Exportländer für Brandenburg waren die USA vor Polen und Frankreich.

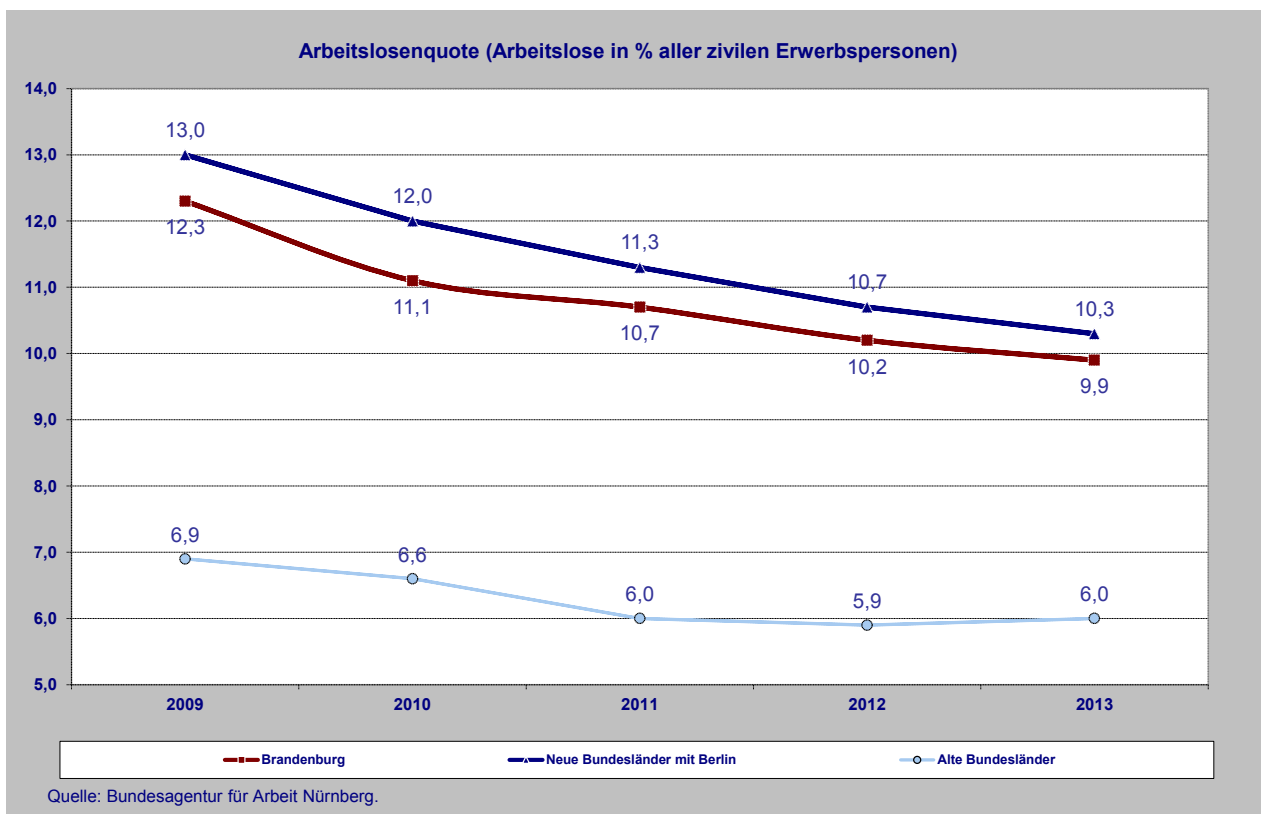
Trotz der Zuwachsraten beim Außenhandel in den letzten Jahren liegt der Anteil der Exporte am BIP 2012 mit 24,6 Prozent weit unter der gesamtdeutschen Exportquote von 41,5 Prozent.

Die Einfuhren erlangten 2012 mit einem Wachstum von +65 Prozent im Vergleich zum Jahr 2009 einen neuen Spitzenwert von rund 19,0 Mrd. Euro. Dabei führte Brandenburg hauptsächlich Erdöl und Erdgas, aber auch Luftfahrzeuge ein. Der größte Teil der Importe kam aus Russland und Polen. 2013 gab es bei den Importen einen leichten Rückgang von -2,2 Prozent.

## 2.2 Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit

Die Entwicklung des brandenburgischen Arbeitsmarkts verlief in den vergangenen Jahren positiv. Seit 2009 sank die durchschnittliche Zahl der registrierten Arbeitslosen um rund 32.000 Personen. Die monatlichen Arbeitslosenquoten<sup>7</sup> waren 2013 stets niedriger als in den Vorjahresmonaten. 2013 betrug die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 9,9 Prozent und lag damit deutlich unter dem Durchschnittswert von 2009 (12,3 Prozent) (siehe Abbildung 3). Der Abstand zur Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich 2013 auf 3,0 Prozentpunkte, vor fünf Jahren waren es noch 4,2 Prozentpunkte.

Abbildung 3:



<sup>7</sup> Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.



Die Arbeitslosigkeit ist bei regionaler Betrachtung nach wie vor sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während der Landkreis Potsdam-Mittelmark mit einer Quote von 6,8 Prozent 2013 unter dem Bundesdurchschnitt liegt, war die Arbeitslosenquote im Landkreis Uckermark mit 15,2 Prozent mehr als doppelt so hoch.

Im Jahr 2013 waren im Land Brandenburg 1,07 Mio. Personen erwerbstätig. Trotz des leichten Rückganges der Erwerbstätigkeit im Jahr 2013 ergibt sich für den Zeitraum 2009-2013 ein durchschnittlicher Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen von jährlich rund +0,41 Prozent. In den ostdeutschen Bundesländern fiel der Anstieg mit +0,47 Prozent ähnlich hoch aus, während die Zunahme in den westdeutschen Bundesländern durchschnittlich bei +0,79 Prozent lag.<sup>8</sup>

### 2.3 Gewerbean- und -abmeldungen, Insolvenzen

Die Zahl der Gewerbeanmeldungen hat im Zeitraum zwischen 2009 und 2013 um -21,5 Prozent abgenommen, darunter die Zahl der Neuerrichtungen um rund -26 Prozent. Damit hat sich der schon in den Vorjahren zu verzeichnende Konsolidierungstrend bei den Gewerbeanmeldungen fortgesetzt. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen sowie darunter die Zahl der Aufgaben ist im gleichen Zeitraum um rund -12 Prozent zurückgegangen (siehe Tabelle 4). Die Zahl der Betriebsgründungen lag im Zeitraum 2009-2013 über der Zahl der Betriebsaufgaben.

Jahr	Anmeldungen		Abmeldungen	
		darunter: Neuerrichtungen		darunter: Aufgaben
2009	23.352	19.274	20.513	16.666
2010	22.319	18.297	19.803	16.130
2011	20.521	16.606	19.371	15.863
2012	18.260	14.473	18.893	15.514
2013	18.330	14.253	18.019	14.610

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Geschlechtsspezifische Angaben zu den Gewerbean- und -abmeldungen sind nur für die Rechtsform des Einzelunternehmens möglich, die allerdings bei nahezu 80 Prozent aller Gewerbeanzeigen vorliegt. Demnach verringerte sich der Anteil von Einzelunternehmerinnen an allen Anmeldungen von Einzelunternehmen im Zeitraum 2009-2012 von rd. 33 Prozent auf rd. 29 Prozent. Im Jahr 2013 stieg dieser Anteil wieder auf rd. 33 Prozent an. Der Frauenanteil an den abgemeldeten Unternehmen dieser Rechtsform blieb im Gesamtzeitraum mit Werten um 34 Prozent relativ konstant.

Das Gründungsgeschehen 2012/2013 war u.a. aufgrund der drastischen Reduzierung des Gründungszuschusses als Instrument der Arbeitsmarktförderung durch die BA nicht nur in Brandenburg, sondern in ganz Deutschland rückläufig. Gleichwohl kann man feststellen, dass sich die Qualität der Gründungen verbessert hat. Die Gründerinnen und Gründer sind deutlich besser vorbereitet, die Konzepte waren durchdachter als in den Vorjahren. Grundsätzlich sind die Rahmenbedingungen für Gründerinnen und Gründer in Deutschland und damit auch in Brandenburg ausgesprochen gut. Es gibt vielseitige Angebote an unterstützender Infrastruktur, bedarfsgerechte öffentliche Förderprogramme, ausreichenden Schutz von geistigem Eigentum (Patente) und eine hohe Wertschätzung von Innovationen.

Die **Selbstständigenquote** (Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen in Prozent) im Land Brandenburg belief sich im Jahr 2012 auf 12,7 Prozent und lag damit – wie auch in den Vorjahren – über den Ver-

<sup>8</sup> Quelle: Vorläufige Ergebnisse des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ sowie des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg; Berechnungsstand: Januar 2014.

gleichwerten für Deutschland insgesamt (10,9 Prozent). Nur Berlin wies mit 14 Prozent eine höhere Quote auf.<sup>9</sup>

Gemäß den Ergebnissen des Mikrozensus stieg die Anzahl der **Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen** im Zeitraum 2009 bis 2011<sup>10</sup> von 136.000 auf 141.000 Personen an. Dabei sank der Anteil der Frauen an dieser Erwerbstätigenkategorie von 33,4 Prozent auf 31,9 Prozent. Der Anteil von Frauen an allen Erwerbstätigen erhöhte sich dagegen von 46,6 Prozent auf 47,3 Prozent.

Die Anzahl der **Insolvenzverfahren von Unternehmen** im Land Brandenburg war im gesamten Berichtszeitraum rückläufig. Während im Jahr 2009 noch 754 Insolvenzverfahren beantragt worden waren, sank deren Zahl auf 584 im Jahr 2013, was einem Rückgang von rd. -23 Prozent entspricht. In etwa 75 Prozent der Fälle wurde ein Insolvenzverfahren eröffnet, in allen anderen Fällen wurde die Eröffnung mangels Masse abgelehnt. Die meisten Insolvenzverfahren gab es im Baugewerbe, gefolgt vom Handel, den wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie dem Verarbeitenden Gewerbe

## 2.4 Entwicklungen in den Wirtschaftsbereichen

### **Industrie**

Das Produzierende Gewerbe ohne Bau ist mit einem Anteil von rund 21 Prozent an der nominalen Bruttowertschöpfung ein wichtiger Wirtschaftsbereich im Land Brandenburg. Wegen der hohen Konjunkturereagibilität verlief die Entwicklung in der Industrie<sup>11</sup> in den letzten fünf Jahren unstetig. Nach dem Umsatzeinbruch 2009 erzielten die Industrieunternehmen 2010/2011 zweistellige Umsatzzuwächse. Mit der Abkühlung der Konjunktur sanken die Umsätze 2012/2013 im Vorjahresvergleich leicht. Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen war 2013 sehr heterogen. Von den umsatzstarken Wirtschaftszweigen erzielten insbesondere die Bereiche Chemische Industrie, Fahrzeugbau sowie Metallerzeugung und -bearbeitung Umsatzzuwächse.

Der Auslandsumsatz ist im Zeitraum 2009-2012 stark gestiegen. 2013 trat eine Konsolidierung ein. Die Exportquote, gemessen als Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Industrieumsatz, ist mit 30,6 Prozent 2013 nach wie vor eine der niedrigsten unter den Bundesländern. 2012 betrug die westdeutsche Exportquote 46,6 Prozent, die ostdeutsche 33,8 Prozent.

Das Beschäftigungsniveau in der Industrie konnte seit 2009 um durchschnittlich +1,9 Prozent erhöht werden. Hohe Zuwachsraten erzielten insbesondere die Investitionsgüterhersteller. Die Beschäftigungsdynamik hat jedoch 2012/2013 abgenommen. 2013 sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um -1,1 Prozent.

Die gute Auftragslage in den Betrieben Ende 2013, insbesondere bei den Investitionsgüterherstellern, deutet auf eine Verbesserung der Industrieentwicklung im Jahr 2014 hin.

### **Bauwirtschaft**

Die Bauwirtschaft im Land Brandenburg leistete in den letzten fünf Jahren einen Beitrag von mindestens 6,3 Prozent (2009) und maximal 6,8 Prozent (2011) zur nominalen Bruttowertschöpfung. Die Umsatzentwicklung verlief allerdings sehr volatil. In den Jahren der Wirtschafts- und Finanzkrise stützte der Umsatz im Bauhauptgewerbe die Konjunktur. Der Umsatz blieb 2009 weitestgehend konstant. Danach folgten zwei Jahre mit einem Umsatzanstieg, insbesondere im Jahr 2011. Nach einem Umsatzrückgang von -4,4 Prozent ergab sich für 2013 wieder eine Umsatzsteigerung von +3,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Umsätze im Ausbau-

<sup>9</sup> Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Berechnungen des MWE.

<sup>10</sup> Bei Redaktionsschluss jüngste vorliegende Angaben.

<sup>11</sup> Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden

gewerbe stiegen in den letzten Jahren von 693 Mio. Euro im Jahr 2009 auf 930 Mio. Euro im Jahr 2012. 2013 dürfte die Dynamik im Ausbaugewerbe etwas nachlassen.

Die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe lag 2013 um +2,7 Prozent über jener im Jahr 2009. Im Vergleich zum Jahr 2012 ist die Beschäftigung 2013 um -0,9 Prozent gesunken. Im Ausbaugewerbe ist die Zahl der Beschäftigten 2009 bis 2012 spürbar erhöht worden (+23 Prozent). In den ersten drei Quartalen 2013 verlief die Beschäftigungsentwicklung moderat (+0,4 Prozent).

Die Genehmigungen von Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau waren 2011 massiv gestiegen (+16,5 Prozent), sind 2012 jedoch wieder zurückgegangen (-5,3 Prozent). 2013 wurden +11,7 Prozent mehr Baugenehmigungen erteilt als im Vorjahreszeitraum.

Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe weist bis November 2013 ein Auftragsplus von knapp 2 Prozent aus, so dass 2014 eine solide Entwicklung erwartet wird.

### **Handel**

Der Einzelhandel im Land Brandenburg ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Mit einer Bruttowertschöpfung von etwa 4,4 Mrd. Euro erzielt der Einzelhandel mit knapp 19.000 Unternehmen (Anteil von 19 Prozent an der Anzahl aller Unternehmen) einen Anteil von knapp 9 Prozent an der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche.<sup>12</sup>

Im Zeitraum 2009 bis 2013 hat sich der Einzelhandel im Land Brandenburg positiv entwickelt. 2013 erwirtschaftete der brandenburgische Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) ein reales Umsatzplus von +2,1 Prozent und lag damit über der Entwicklung im Bundesdurchschnitt (+0,5 Prozent). Auch die Beschäftigung stieg weiter an, allerdings mit +1,1 Prozent nicht mehr so stark wie 2012 (+2,1 Prozent). Der Beschäftigungsanstieg ging dabei ausschließlich auf eine Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung zurück. Die Vollzeitbeschäftigung sank leicht um -0,5 Prozent.

Von den nachfrageseitigen Restriktionen scheinbar unberührt, vollzieht sich die Gestaltung der Angebotsseite in Brandenburg. In einer umfassenden Erhebung (Erhebungszeitraum war Juli 2010 bis Januar 2011) der Einzelhandelsstrukturen im Land Brandenburg wurde unter anderem ermittelt, dass die Verkaufsfläche je Einwohner (ohne Leerstände; zum Zeitpunkt der Erhebung standen immerhin fast 20 Prozent der erfassten Geschäfte leer) mit 1,79 qm je Einwohner deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 1,46 qm je Einwohner lag.

Auffällig ist, dass die prozentualen Veränderungsraten der Kennziffern für Umsatz und Beschäftigung beim Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen, dazu gehören insbesondere der Internet- und der Versandhandel, von denen der Branche deutlich nach oben abweichen. 2013 stiegen die realen Umsätze um +22,0 Prozent, die Beschäftigung um +8,7 Prozent. Welche Chancen (bessere Versorgung des ländlichen Raums vor dem Hintergrund des demografischen Wandels) und Risiken (erhöhter Wettbewerbsdruck auf den inhabergeführten Einzelhandel) dieser Wandel hervorrufen wird, kann nicht vorhergesehen werden.

---

<sup>12</sup> Alle Angaben beziehen sich auf das Jahr 2010; neuere Zahlen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung liegen für den Einzelhandel nicht vor.

## **Tourismus / Gastgewerbe**

Die Entwicklung im Gastgewerbe unterlag im Zeitraum 2009 bis 2013 starken Schwankungen. Nach dem Rückgang des realen Umsatzes im Beherbergungsgewerbe im Jahr 2011 (-2,0 Prozent) und dem Anstieg im Jahr 2012 (+1,5 Prozent) sank der reale Umsatz 2013 aufgrund ungünstiger Witterungsverhältnisse im ersten Halbjahr um -3,6 Prozent<sup>13</sup>. In der Gastronomie gingen die realen Umsätze um -5,8- Prozent zurück. Insgesamt verzeichnete das Gastgewerbe 2013 ein reales Umsatzminus von -5,0 Prozent, nachdem 2012 noch ein Umsatzplus von 1,0 Prozent erreicht wurde.

Die Beschäftigtenzahl im Gastgewerbe des Landes Brandenburg erhöhte sich im Jahr 2012 um +1,6 Prozent, sank 2013 allerdings wieder um -0,5 Prozent. Dabei wurde insbesondere die Zahl der Vollzeitbeschäftigten reduziert. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten wuchs um +1,0 Prozent.

Die steigende Zahl der Gäste und Übernachtungen zeigt jedoch, dass das Land Brandenburg für Touristen an Attraktivität gewonnen hat. So stieg die Anzahl der Übernachtungen 2009 bis 2013 von rund 10,3 Mio. auf rund 11,5 Mio., die der Gästeankünfte von rund 3,7 Mio. auf rund 4,2 Mio. an. Die meisten Touristen kamen 2013 aus dem Inland, 8,3 Prozent waren ausländische Gäste. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag 2013 bei 2,7 Tagen. Die Bettenauslastung lag im Jahresdurchschnitt bei rund 30 Prozent.

## **Freie Berufe**

Eine systematische amtliche Statistik zu den Freien Berufen, die Längsschnittbetrachtungen (auch zu Kennziffern wie Umsatz und Beschäftigung) ermöglichen würde, gibt es weder auf Bundes- noch auf Landesebene.

Eine Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes, anknüpfend an den Daten der Mikrozensi (Erwerbstätige nach Berufsordnungen und Stellung im Beruf) hat ergeben, dass es im Jahr 2009 30.000 selbstständige Freiberufler in Brandenburg gegeben hat (was einem Anteil von 2,4 Prozent an allen Erwerbstätigen entspricht), im Jahr 2011 noch 29.000 (Anteil von 2,3 Prozent an allen Erwerbstätigen). Es kann vermutet werden, dass etwa die Hälfte der selbstständigen Freiberufler in einem sogenannten verkammerten Beruf tätig ist (z.B. als Rechtsanwalt, Zahnarzt oder Steuerberater).

## **Handwerk**

Das brandenburgische Handwerk umfasste per 30. Juni 2013 über 39.898 Betriebe, was im Vergleich zum 31. Dezember 2009 einem Zuwachs von +1,8 Prozent bzw. 688 Betrieben entspricht. Das Wachstum des Betriebsbestandes, das sich in den letzten Jahren zwischen +1 und +2 Prozent bewegte, wurde deutlich von den zulassungsfreien Handwerken bestimmt. Die Betriebszahlen in diesem Bereich sind um 916 Betriebe, d.h. um ca. +11,1 Prozent auf einen Gesamtbestand von 9.155 Betrieben angestiegen. In den zulassungspflichtigen Handwerken ist der Betriebsbestand um 106 Betriebe bzw. +0,5 Prozent angestiegen. Der Gesamtbestand beträgt in diesem Bereich nunmehr 22.821 Betriebe. Im handwerksähnlichen Gewerbe dagegen hat sich die Anzahl der Betriebe um 341 auf 7.857 Betriebe verringert (-4,2 Prozent).

Das Handwerk hat die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise insgesamt gut überstanden und leistete in den letzten fünf Jahren einen wichtigen Beitrag als stabilisierender Faktor für Wirtschaft und Arbeitsmarkt im Land Brandenburg. Die Konjunkturumfragen der brandenburgischen Handwerkskammern (HWK'n) für den Zeitraum 2009 bis 2013 lassen - bei allen regionalen und gewerkespezifischen Unterschieden - eine klare Tendenz erkennen: Das Geschäftsklima weist 2013 ein hohes Niveau auf, auch wenn die Spitzenwerte der Konjunkturumfragen der Jahre 2011 und 2012 nicht ganz erreicht werden konnten und eine leichte Eintrübung im Frühjahr 2013 zu verzeichnen war. Die wichtigsten Indikatoren der Herbstumfrage 2013 zeigen Folgendes:

---

<sup>13</sup> Seit März 2013 wird eine neue Messzahl verwendet (2010=100).

- Trotz der schwachen Konjunktur bewerten je nach Kammerbezirk 88 bis 89 Prozent der befragten Handwerksunternehmen ihre aktuelle **Geschäftslage** mit „gut“ oder „befriedigend“. Der Anteil der Unternehmen mit guter Geschäftslage liegt in der Handwerkskammer Cottbus bei 33 Prozent, in der Handwerkskammer Frankfurt (Oder) bei 47 Prozent und in der Handwerkskammer Potsdam bei 55 Prozent.
- Im Kammerbezirk Frankfurt (Oder) liegt die **Auftragsreichweite** bei 8,6 Wochen und damit deutlich über dem Vorjahreswert. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung konnte ebenfalls weiter erhöht werden; 54 Prozent der befragten Unternehmen weisen eine Kapazitätsauslastung von über 80% aus. Die **Auftragslage** im Kammerbezirk Potsdam wird mit einer durchschnittlichen **Kapazitätsauslastung** von 84 Prozent als stabil eingeschätzt. Im Gegensatz dazu ist die Auftragsreichweite im Kammerbezirk Cottbus auf durchschnittlich 5,9 Wochen gesunken. Bei nur rund 48 Prozent der Unternehmen liegt die Kapazitätsauslastung bei über 80 Prozent. Starke Unterschiede gibt es bei der Auftragslage in den einzelnen Gewerken. Bauhaupt- und Ausbaugewerbe weisen Ende 2013 solide Auftragseingänge aus. Eine unterdurchschnittliche Kapazitätsauslastung verzeichnen hingegen z.B. das Gesundheitshandwerk<sup>14</sup> und personenbezogene Dienstleistungen.<sup>15</sup>
- Die **Beschäftigungsentwicklung** ist in allen drei Kammerbezirken insgesamt stabil. Der Anteil der Unternehmen mit einer Zunahme der Beschäftigung liegt zwischen 10 Prozent (Kammerbezirk Frankfurt (Oder)) und rund 16 Prozent, und in allen 3 Kammerbezirken über dem Anteil der Unternehmen, die Personal abgebaut haben. Für 2014 wird mit einer gleichbleibenden Beschäftigungsentwicklung gerechnet; nur ein geringer Anteil an Unternehmen plant für Anfang 2014 die Beschäftigtenzahl zu erhöhen.
- Die **Umsatzentwicklung** war Ende 2013 in den Kammerbezirken verhalten, nur 19 Prozent (Kammerbezirk Cottbus), 23 Prozent (Kammerbezirk Potsdam) bzw. 25 Prozent (Kammerbezirk Frankfurt (Oder)) der Befragten meldeten ein Umsatzplus. Rund ein Fünftel mussten Umsatzeinbußen hinnehmen, im Kammerbezirk Cottbus sanken die Umsätze sogar bei 26 Prozent der befragten Unternehmen. Für 2014 wird jedoch aufgrund der gefüllten Auftragsbücher mit Umsatzsteigerungen gerechnet.
- Die **Investitionsaktivitäten** der Handwerksbetriebe lassen - bei graduellen Unterschieden - in allen drei Kammerbezirken trotz zuversichtlicher Konjunktur- und Geschäftsaussichten Zurückhaltung erkennen. Nur rund 12 Prozent (Kammerbezirk Potsdam) bzw. 13 Prozent (Kammerbezirk Frankfurt (Oder)) gaben an, dass die Investitionen gestiegen sind. Im Kammerbezirk Cottbus haben immerhin 32 Prozent der Unternehmen mehr investiert. Es werden nach wie vor zumeist Ersatzinvestitionen vorgenommen.

Zu den Risiken für die weitere Entwicklung zählen rund 50 Prozent der befragten Handwerksunternehmen steigende Preise für Material, Rohstoffe und Energie, die nur zu knapp einem Fünftel über den Preis an die Kunden weitergegeben werden können.

### **Kultur-, Kreativ- und Medienwirtschaft<sup>16</sup>**

Die Kreativwirtschaft ist im Land Brandenburg eine Wachstumsbranche mit einer überwiegend kleinteiligen Unternehmensstruktur. Auch wenn das Land Brandenburg aufgrund seiner geringen Einwohnerdichte als Flächenland zwangsläufig zu den kleineren regionalen Kultur- und Kreativwirtschaftsmärkten in Deutschland zählt, hat sich diese Branche als eigenständiger, innovativer Wirtschaftsfaktor etabliert. Die Kultur- und Kreativwirtschaft umfasste im Jahr 2010 rd. 5.500 Unternehmen, die einen Gesamtumsatz von mehr als 2 Mrd. Euro erzielten (im Vergleich zum Vorjahr + 9 Prozent). Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr um + 4,5 Prozent auf 20.428.<sup>17</sup>

<sup>14</sup> Augentoptiker, Hörgeräteakustiker, Orthopädie-Schuhtechniker, Orthopädie-Techniker und Zahntechniker.

<sup>15</sup> Friseure, Schuh- und Uhrmacher, Maßschneider, Fotografen, Textilreiniger, Kosmetiker.

<sup>16</sup> Für den Bereich Kultur-, Kreativ- und Medienwirtschaft liegen keine aktuellen Daten vor. Stand der verfügbaren Statistik ist 2011.

<sup>17</sup> DIW-Erhebung im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen im Jahr 2012 auf der Datenbasis 2010/2011

Die Medienwirtschaft ist der Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft, bei dem das Land Brandenburg über eine ausgewiesene, große nationale und internationale Ausstrahlung verfügt. Zum Erfolg dieser Branche, die von Rundfunk und Film über Games und Multimedia bis hin zur Werbung reicht, trugen 2010 rund 1.700 meist kleine und mittelständische Unternehmen bei, die einen Umsatz von 0,85 Mrd. Euro erwirtschafteten. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten konnte 2011 gegenüber 2010 eine Steigerung von +6 Prozent auf 8.159 verzeichnet werden. Die Zahl der Erwerbstätigen ist 2011 gegenüber 2010 um +4,5 Prozent auf 19.982 gestiegen.<sup>18</sup>

### **Ansiedlungen / Branchenorientiertes Marketing**

Die Ansiedlung weiterer Unternehmen im Land dient der Stärkung der Wirtschaftsstruktur des Landes. Dazu sollen insbesondere Lücken in bestehenden Wertschöpfungsketten der Cluster geschlossen und die Wertschöpfungsketten erweitert sowie stabilisiert werden. Unternehmensansiedlungen stärken nicht nur ihre jeweiligen Standorte, sondern wirken in vielfältiger Weise positiv auf Bestandsunternehmen im Land, wenn durch die Ansiedlung neue Zuliefer- oder Kooperationsbeziehungen entstehen. Die Ansiedlung forschungs- und innovationsorientierter Unternehmen trägt in besonderem Maße zum Aufbau selbsttragender Wirtschaftsstrukturen bei. Das Land Brandenburg erwies sich auch in den Jahren 2009 bis 2013 als sehr attraktiv für hochwertige Investitionsprojekte (siehe Tabelle 5).

	2009	2010	2011	2012	2013*
Anzahl der Investitionen	95	112	82	77	107
davon:					
Direktinvestitionen	46	42	35	28	33
Erweiterungsinvestitionen	43	66	44	47	71
Betriebsstabilisierungen**	6	4	3	2	3
Ausländische Investitionen	11	13	8	12	12
Investitionszusagen (in Mio. Euro)	316,9	825,2	356,5	465,9	438,7
Arbeitsplätze insgesamt	2.176	2.929	2.831	2.420	2.609
davon:					
Direktinvestitionen	822	1.081	1.921	643	1.212
Erweiterungsinvestitionen	545	1.249	841	1.467	1.286
Betriebsstabilisierungen	13	0	9	0	0
gesicherte Arbeitsplätze	796	599	60	310	111
** erstmals für 2009 in das Ergebnis einbezogen Quelle: ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH.					

Der Industrieanteil bei den von der ZAB angeworbenen Unternehmen konnte in den letzten Jahren gehalten werden. Dies gilt auch für die Ansiedlung von Unternehmen der Hoch- und Spitzentechnologie. Beides ist für die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur in Brandenburg besonders wichtig, denn industrielle Investitionen ziehen erfahrungsgemäß weitere Investitionen von Zulieferern und Partnern nach sich und auch die Arbeitsplatzwirkungen auf Handwerk und Dienstleister sind besonders hoch. Ein weiterer Schwerpunkt lag im Bereich von Erweiterungsinvestitionen, vornehmlich im brandenburgischen Mittelstand.

<sup>18</sup> „DIW-Erhebung im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen im Jahr 2012 auf der Datenbasis 2010/2011“.

Insbesondere in den Industriebranchen und im Bereich Logistik konnte Brandenburg seine Position durch Ansiedlungen mit überregionaler Signalwirkung ausbauen. Die Ansiedlungen der Fügetechnik Berlin Brandenburg GmbH in Eberswalde, des österreichischen Unternehmens Austrotherm GmbH in Wittenberge (Cluster Kunststoffe und Chemie) sowie des Logistikunternehmens Zalando GmbH in Brieselang (Cluster Verkehr, Mobilität und Logistik) stehen exemplarisch für den kontinuierlichen Ausbau Brandenburgs als mittelstandsgeprägter Industrie- und Dienstleistungsstandort.

Das Cluster Verkehr und Mobilität, Logistik mit dem Handlungsfeld Luft- und Raumfahrt hat mit der Errichtung eines neuen Testzentrums für Großturbinen des Rolls-Royce-Konzerns an Stärke gewonnen. Die Ansiedlung des US-amerikanischen Unternehmens Florida Turbine Technologies in Wildau (Entwicklung und Fertigung von neuartigen Verdichtungen zur Energieerzeugung zur Anwendung bei Kleintriebwerken für die Luftfahrt) belegt, dass der Standort Brandenburg zunehmend auch für ausländische bzw. international agierende Unternehmen interessant wird. Dies ist auch mit der erfolgreichen Internationalen Luft- und Raumfahrttausstellung (ILA) 2012, die zum ersten Mal am neuen Messestandort abgehalten wurde, deutlich hervorgehoben worden.

Auch bei der Ansiedlung von Unternehmen in weiteren Clustern konnten Erfolge erzielt werden. Beispiele dafür sind die Ansiedlungen von Sky Deutschland in Teltow und der FAV Kunststoffverarbeitung GmbH in Velten. Im Cluster Medien, IKT und Kreativwirtschaft konnten wichtige Unternehmen wie z.B. die Stargate Studios Europe in Babelsberg und die ferret go GmbH, ein Software-Unternehmen mit Schwerpunkt Social Media Analyse in Bernau, für den Standort Brandenburg gewonnen werden.

Seit Dezember 2013 wird das **branchenorientierte Marketing** Brandenburgs durch das Internetportal Brandenburger Business Guide (BBG) gestützt und betrieben ([www.brandenburg-business-guide.de](http://www.brandenburg-business-guide.de)). Mit dem BBG als multimedialem Online-Portal wird das Flächenland Brandenburg auf der Basis von Geodaten abgebildet. Harte und weiche Standortfaktoren können regional differenziert dargestellt werden. Vor dem Hintergrund von eGovernment wird das BBG die bei Verwaltung, Wirtschaftskammern, Verbänden, Wissenschaftseinrichtungen und weiteren Akteuren vorhandenen Daten bündeln sowie Standortvorteile aufzeigen und per schnellem Zugriff abrufbar machen. Gemeinsam mit dem Berliner „Business Location Center“ (BLC) verfügt die Hauptstadtregion damit über ein hochmodernes Informationsmanagement, das die Position im internationalen Standortwettbewerb weiter stärkt.

## 2.5 Exkurs: Das Cluster Tourismus und Tourismuspolitik im Land Brandenburg

### Das Cluster Tourismus

Der Reichtum an kulturellen Sehenswürdigkeiten und Angeboten, die hohe landschaftliche Attraktivität und von deren Qualität und Vielfalt begeisterte Touristinnen und Touristen prägen das positive Image des Reiselandes Brandenburg. Die Tourismuswirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im Land Brandenburg, tragen doch die vielen kleinen und mittleren Unternehmen dieser Branche beträchtlich zur Stärkung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen gerade in den peripheren bzw. ländlich strukturierten Landesteilen bei. Das Land Brandenburg unterstützt daher seit Oktober 2010 die Entwicklung in der Tourismusbranche zusätzlich durch eine gezielte Clusterpolitik.

Seit Oktober 2010 unterstützt die Landesregierung die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der touristischen Potenziale und die Steigerung der Wertschöpfung der Tourismuswirtschaft durch eine gezielte **Clusterpolitik**. Für das **Cluster Tourismus** stehen neben einem Clustermanagement zur Koordinierung und strategischen Entwicklung der Branche (s.u.) auch alle relevanten Förderinstrumente für einen integrierten Einsatz zur Verfügung. Die kontinuierliche Verbesserung der Qualität der touristischen Angebote und die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen KMU und größeren Unternehmen sowie zwischen Wirtschaft und Wissenschaft spielen eine wichtige Rolle. Auch gibt es eine Reihe externer Einflüsse auf die Branche wie die demografische Entwicklung oder den Klimawandel, denen im Verbund besser begegnet werden kann als auf der Ebene ei-

nes einzelnen Unternehmens.

Wichtig für die Clusterentwicklung ist es, alle relevanten Akteure und bestehenden Strukturen in die Clusterarbeit einzubinden. **Clusterakteure** sind neben Tourismusunternehmen zahlreiche Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen der Hauptstadtregion (z.B. die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg und die Fachhochschule Potsdam), die Netzwerke „MICE“ (Meetings, Incentive, Congress, Events), „Aktiv in der Natur“ und „Gesundheits- und Wellness-tourismus“ sowie Institutionen der Branche wie die Reiseregionen, der DEHOGA, die Industrie- und Handelskammern, der Verband pro agro und der Landestourismusverband. Dazu kommen die brandenburgischen Kultureinrichtungen, die mit ihren überregionalen Angeboten eine wachsende Zahl an Kulturtouristinnen und -touristen nach Brandenburg ziehen.

Durch die Clusterbildung werden die o.g. **touristischen Netzwerke** in größere Produktstrukturen eingebunden und erhalten so einen höheren Stellenwert. Das Netzwerk „Aktiv in der Natur“ kann dabei als Erfolgsgeschichte gewertet werden, da es nach Auslaufen der GRW-Förderung im Februar 2013 von den Netzwerkpartnern eigenständig fortgeführt wird. Von dem Netzwerk wurden u.a. im Rahmen einer Qualitätsoffensive zusammen mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) Radwege zertifiziert und thematische Tagestouren für Radler und Kanuten entwickelt und vermarktet.

Die Weiterentwicklung des Clusters Tourismus wird durch ein bei der TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH angesiedeltes **Clustermanagement** unterstützt. Grundlage für die strategische Arbeit ist ein **Masterplan**, der u.a. auf der Tourismuskonzeption des Landes Brandenburg 2011-2015<sup>19</sup> basiert. Folgende vier prioritäre Handlungsfelder bzw. Zukunftsthemen stehen im Fokus: Energieeffizienz, Mobilität, Regionalität und IKT/Medien. Zwei prioritäre Querschnittsthemen sind Innovationen und Nachhaltigkeit.

Der Masterplan umfasst 110 konkrete inhaltliche Maßnahmen, die dem grundlegenden Ziel dienen, den Tourismus als nachhaltigen Wirtschafts- und Imagefaktor für das Land auszubauen. Dazu gehören neben der direkten Unternehmensförderung und der Verbesserung der touristischen Standortqualität auch gezielte Maßnahmen, die der Steigerung der Nachfrage nach touristischen Angeboten dienen. Schwerpunkte liegen hierbei u.a. auf der Schärfung der themen- und zielgruppenspezifischen Ausrichtung, der Verbesserung der Qualität der touristischen Angebote und der verstärkten Kooperation tourismusrelevanter Akteure, auch länderübergreifend.

**Arbeitsschwerpunkte bzw. Projekte** des Clusters Tourismus waren bzw. sind u.a.:

- Zahlreiche Einzelgespräche mit KMU;
- Marketing-Kooperation mit der Universität Potsdam „Wissenschaft meets Tourismuswirtschaft“ unter Einbindung von fünf touristischen Unternehmen;
- Delegationsreise nach Brüssel im November 2013 zur Erörterung brandenburgspezifischer Tourismusthemen und ihrer europäischen Dimension mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Kommission.

Im Zusammenhang mit dem Clusterziel „Förderung der Nachhaltigkeit“ hat das Clustermanagement die Reiseregion Uckermark unterstützt. Die Uckermark errang beim Wettbewerb des Bundesumweltministeriums „Nachhaltige Tourismusregionen 2012/2013“ im Mai 2013 den ersten Platz. Die Auszeichnung erfolgte vor

---

<sup>19</sup> Die Landestourismuskonzeption ist in enger Abstimmung zwischen dem MWE, dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF), dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS), dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL), dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) und dem Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV) sowie den wichtigsten Tourismusverbänden und -institutionen (u.a. Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH TMB, Landestourismusverband, Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Brandenburg e.V., pro agro, Verband der Campingwirtschaft Brandenburg e.V.) entstanden.



allem aufgrund des auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit ausgerichteten Konzepts. Dabei wurden zahlreiche Leistungsträger, von der Ferienwohnung über den Campingplatz bis hin zum Floßcharter, in Zusammenarbeit mit der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde geschult und in das Gesamtkonzept für nachhaltigen Naturtourismus eingebunden.

Von strategischer Bedeutung ist auch die Nutzung von Synergien durch eine enge Kooperation mit anderen tourismusrelevanten Clustern wie „Energietechnik“, „Ernährungswirtschaft“, „IKT, Medien und Kreativwirtschaft“ sowie „Verkehr, Mobilität und Logistik“.

Im Mittelpunkt der ersten **Clusterkonferenz** der Tourismuswirtschaft, die im April 2013 in Potsdam stattfand, standen daher neben dem Schwerpunkt „Regionalität als Marketingfaktor“ die drei Themenblöcke „Chancen und Herausforderungen des Klimawandels“, „Zukunft der Mobilität im ländlichen Raum“ und „Perspektiven der Informations- und Kommunikationstechnologie und Medien im Tourismus“. Zugleich wurde auf der Clusterkonferenz der **Förderwettbewerb „Innovationen im Tourismus“** gestartet. Er richtet sich an kleine und mittlere Unternehmen, die in der Tourismuswirtschaft tätig sind oder deren Produkte und Dienstleistungen im Tourismus Anwendung finden können. Gesucht werden innovative Ideen, die ein oder mehrere Handlungsfelder des Clusters betreffen. Die Kandidaten des Förderwettbewerbs werden vom Clustermanagement unterstützt.

Zur Internationalen Tourismusbörse im März 2013 wurde der Umsetzungsstand der Maßnahmen durch einen externen Gutachter evaluiert. Auch in diesen Prozess waren alle tourismusrelevanten Akteure eingebunden. Das Ergebnis der Evaluierung ist positiv ausgefallen. Aus gutachterlicher Sicht befinden sich rund 90 Prozent der Maßnahmen gemäß vorgeschriebener Zeitschiene und Priorität in der planmäßigen Umsetzung. Positiv erwähnt wurden die umfassenden Aussagen zu den wichtigsten Tourismusthemen und -trends (z.B. soziodemografische Veränderung und Veränderungen des Reiseverhaltens auf der Nachfrageseite sowie Internationalisierung und Professionalisierung bei Angebotsgestaltung und Vermarktung auf der Angebotsseite). Themen, bei denen das Land Brandenburg gegenwärtig eine Vorreiterrolle hat (z.B. beim Ausbau der Barrierefreiheit oder bei der Steigerung des Qualitätsbewusstseins), sollen nach Empfehlung des Gutachters in Zukunft gezielt weiter verfolgt werden.

### ***Tourismusrelevante Investitionsförderung des MWE***

- Über die **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)** wurden von Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2013 aus der Infrastrukturförderung und der gewerblichen Förderung 392 touristische Projekte mit Fördermitteln in Höhe von 157,9 Mio. Euro unterstützt. Damit wurden Investitionen in Höhe von 337,6 Mio. Euro angeschoben. Es wurden 444 Arbeitsplätze neu geschaffen und weitere 550 Arbeitsplätze gesichert.

Im Bereich der gewerblichen Wirtschaft wurden von Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2013 aus der Infrastrukturförderung und der gewerblichen Förderung 331 touristische Projekte mit einem Investitionsvolumen von 229 Mio. Euro mit 89,6 Mio. Euro unterstützt. Von den 331 Vorhaben waren 121 Neuerrichtungen und 210 Erweiterungs- bzw. Umbauinvestitionen. Touristische Projekte werden nur in den Bereichen Gesundheitstourismus (in staatlich anerkannten Kur- und Erholungsorten) sowie im Rad- und Wassertourismus gefördert. Barrierefreiheit und Servicequalität wurden als Zugangsvoraussetzungen in der Richtlinie verankert.

Im Bereich der touristischen Infrastrukturförderung wurden im gleichen Zeitraum 61 Projekte mit 68,3 Mio. Euro Fördermitteln unterstützt. Dafür wurden insgesamt 108,6 Mio. Euro investiert.

- Zur Weiterentwicklung des Clusters Tourismus sollen auch in der neuen EU-Strukturfondsperiode 2014-2020 Mittel aus den Strukturfonds gezielt für die Unterstützung von kleinen und mittleren Tourismusunternehmen eingesetzt werden. Die strategische Ausrichtung der Tourismusförderung konzentriert sich

dabei auf die Schwerpunkte Innovation und Energieeffizienz. Diese Zielsetzung korrespondiert in hohem Maße mit der zunehmenden Erwartungshaltung der Gäste, z.B. Energieeffizienzkonzepte auch in touristischen Unternehmen vorzufinden.

### **Weitere tourismusrelevante Maßnahmen im Land Brandenburg**

Politik für die Tourismuswirtschaft ist zwar in erster Linie Wirtschaftspolitik, umfasst darüber hinaus aber eine ganze Reihe wichtiger Aspekte aus anderen Politikbereichen.

### **Stadtentwicklung / Städtebauförderung**

Attraktive Städte sind ein wichtiger Faktor für die Anziehungskraft einer Region auf Touristen. Der Erhalt und die Inwertsetzung von Stadtbild, baukulturellem Erbe, Sehenswürdigkeiten sowie Kultur-, Bildungs- und Freizeitangeboten unterstützen direkt die touristische Attraktivität des Landes Brandenburg und stärken gleichzeitig das Gastronomie- und Beherbergungsgewerbe, den Einzelhandel und Dienstleistungsanbieter, deren Leistungen auch von Touristen stark nachgefragt werden.<sup>20</sup>

- Die aus dem **EFRE-Programm „Nachhaltige Stadtentwicklung“** unterstützten KMU-Projekte in den ausgewählten 15 Städten<sup>21</sup> tragen zur Steigerung der Attraktivität der Innenstädte durch Erhöhung und Verbesserung des Angebots sowie der Angebotsvielfalt bei.
- Zentrales Stadtentwicklungsinstrument ist die **Städtebauförderung**. Als Highlights des Kultur- und Städtetourismus hervorzuheben sind die Städte mit historischen Stadtkernen, die überwiegend im Rahmen des **Bund-Länder-Programms „Städtebaulicher Denkmalschutz“** gefördert werden. 31 Städte haben sich unter der Schirmherrschaft des Ministers für Infrastruktur und Landwirtschaft zu der Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen“ zusammengeschlossen und setzen auf eine touristische Weiterentwicklung und eine gemeinsame Vermarktung. Die Ausweisung von sechs Radrouten, die die Mitgliedstädte miteinander verbinden und das bestehende Netz ergänzen, gemeinsame touristische Angebotsstandards und die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen sind Beispiele für die erfolgreiche Zusammenarbeit.

### **Tourismusnahe Infrastruktur**

- Der **Radwegbestand** im Land Brandenburg konnte kontinuierlich erhöht werden. So weisen die straßenbegleitenden Radwege an Bundes- und Landesstraßen mittlerweile eine Länge von ca. 2.000 km auf und das touristische Radwegenetz umfasst ca. 6.800 km. Eine seit dem Jahr 2009 kontinuierlich durchgeführte Erfassung der Radverkehrsströme im Land Brandenburg (sog. Radverkehrsanalyse) zeigt, dass das gesamte Radwegenetz etwa je zur Hälfte vom Alltags- und vom touristischen Radverkehr genutzt wird. Die Weiterentwicklung des Radverkehrs im Land Brandenburg ist somit ein entscheidender Beitrag auch zur Tourismusentwicklung.
- Durch die Flutung von erschöpften Braunkohletagebauen wird im brandenburgisch-sächsischen Grenzgebiet der Lausitz das größte künstlich angelegte Seengebiet in Europa und eine der bedeutendsten deutschen Seenlandschaften entstehen. Nach der Fertigstellung der touristischen Basisinfrastruktur (z. B. schiffbare Kanäle, Stadthäfen, Marina-Anlagen, Wasserwanderrastplätze) wird für das brandenburgisch-sächsische **Lausitzer Seenland** mit rd. 1,5 bis 1,6 Mio. Tagesbesuchern und rd. 565.000 Übernachtungen pro Jahr gerechnet. Zahlreiche Arbeitsplätze entwickelten sich hier nicht nur im unmittelbaren Naherholungs- und Tourismusbereich, sondern u. a. auch in den Bereichen Einzelhandel, Dienstleistungen und

<sup>20</sup> Zu den Förderergebnissen siehe Seite 29.

<sup>21</sup> Brandenburg an der Havel, Cottbus, Eberswalde, Eisenhüttenstadt, Frankfurt (Oder), Fürstenwalde/Spree, Königs-Wusterhausen, Neuruppin, Oranienburg, Potsdam, Prenzlau, Schwedt (Oder), Senftenberg, Spremberg, Wittenberge.

Verkehr. Die vier schiffbaren Kanäle (sog. Überleiter) im Land Brandenburg werden voraussichtlich bis 2016 in Betrieb gehen, auf sächsischer Seite soll dies bis 2020 geschehen. Der Stadthafen Senftenberg wurde im April 2013 fertiggestellt. Für die anderen Elemente der Basisinfrastruktur liegt in beiden Bundesländern bis 2020 konkreter Handlungsbedarf auf Projektebene vor. Der Koschener Kanal (Überleiter 12) als Verbindung zwischen dem Senftenberger und dem Geierswalder See sowie der Brandenburger Teil des Geierswalder Sees wurden zur Wassersportsaison 2013 durch das MIL für schiffbar erklärt.

- Das **Kommunale Kulturinvestitionsprogramm (KKIP)** des MWFK aus dem EFRE dient der Unterstützung infrastruktureller Potenzialfaktoren für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Ziele dieser auf den Kulturbereich ausgerichteten Investitionsförderung sind die Stärkung des regionalen Dienstleistungssektors (insbesondere im Bereich des Kulturtourismus und dem damit zusammenhängenden Gewerbe) und die Verbesserung der Standortfaktoren u.a. für die Ansiedlung von Unternehmen. 2009 - 2011 wurden 9 Investitionsprojekte mit einem Gesamtvolumen von rd. 9,7 Mio. Euro (davon rd. 5 Mio. Euro aus EFRE-Mitteln) umgesetzt. Im Zeitraum 2012 - 2014 sind weitere 60 Projekte mit einem Gesamtvolumen von rd. 25 Mio. Euro (davon rd. 14,5 Mio. Euro aus EFRE) geplant. Größere Projekte gibt es vor allem in Rheinsberg (Restaurierung des Kavalierhauses für die Musikakademie), Frankfurt (Oder) (Erweiterung des Kleist-Museums durch einen Neubau), in Schöneiche (Erstellung des Touristik- und Kulturcenters), in Velten (Bau des Bollhagen-Museums) sowie in Doberlug (museumsspezifische Ausstattung für das Schloss).

### ***Fachkräftesicherung in der Tourismuswirtschaft***

- Die **Regionalbüros für Fachkräftesicherung** sind im Tourismuscluster vertreten, um das Thema „Fachkräfte“ angemessen zu platzieren. Im Rahmen des Fachkräftemonitorings der Regionalbüros wurde in Kooperation mit der TMB eine Studie zur Darstellung der Beschäftigungssituation im Cluster Tourismus erstellt. Die dwif-Consulting GmbH wurde beauftragt, eine Analyse der touristischen Nachfrage im Land Brandenburg durchzuführen, um den Umfang der touristisch nachgefragten Güter und Dienstleistungen für die verschiedenen Wirtschaftszweige zu erfassen und darauf aufbauend Umsatz- und Beschäftigtenzahlen zu berechnen. Die Studie wurde Ende 2013 fertig gestellt.
- Die Hotel- und Gaststättenbranche ist Teil des **Brandenburger Sozialpartnerdialogs**. Ziel dieses Dialogs unter Moderation des MASF ist die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Tarifparteien, eine stärkere Beteiligung der bisher nicht organisierten Unternehmen und Beschäftigten sowie die Weiterentwicklung von Flächentarifverträgen entsprechend den sich wandelnden wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Rahmenbedingungen. Darüber hinaus gilt es Fachkräfte im Land Brandenburg auszubilden und auf der Grundlage guter Arbeitsbedingungen zu halten und zu gewinnen. Als positiv für die Branchenentwicklung sind die im Jahr 2012 von den Tarifparteien beschlossenen Entgelterhöhungen um bis zu 20 Prozent bis zum Jahr 2015 anzusehen.

### ***Schärfung der themen- und zielgruppenspezifischen Ausrichtung touristischer Angebote***

#### **Kinder- und Jugendreisen / Jugendbegegnungen**

- In der Landestourismuskonzeption des Landes Brandenburg für die Jahre 2011 - 2015 wird der Bereich der **Kinder- und Jugendreisen** ausdrücklich berücksichtigt und dabei hervorgehoben, dass der Kinder- und Jugendtourismus nicht nur an seinen wirtschaftlichen Potenzialen zu messen ist, sondern auch als sozialpolitisches Instrument gerade für Länder wie Brandenburg eine große Bedeutung hat. Die Landestourismuskonzeption zielt für den Bereich der Kinder- und Jugendreisen darauf ab, die Angebotsqualität und Profilierung des Kinder- und Jugendtourismus auszubauen.
- Eine Förderung von Projekten der **außerschulischen Jugendbildung und der internationalen Jugendbegegnungen** im Land Brandenburg erfolgt auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung der nationalen und internationalen Jugendbildung und Jugendbegegnung im Land Brandenburg aus Mitteln des

Landesjugendplans. Für den Bereich der internationalen Jugendbegegnungen hat der brandenburgische Landtag für den Landeshaushalt 2013/2014 zusätzlich zu den bisherigen Mitteln in Höhe von 150.000 Euro weitere Mittel in Höhe von 80.000 Euro zur Verfügung gestellt.

### **Wassersportentwicklungsplan**

- Der Wassersportentwicklungsplan (wep3) besteht seit 1999 als Rahmenplan für die Entwicklung des Wasserwanderns auf den Gewässern im Land Brandenburg. Er legt Wasserwanderplätze für alle Sportarten fest und lenkt damit die Entwicklung an die Hauptwasserwanderrouten und Hauptwasserwanderreviere. Er definiert Wasserwanderrastplätze unterschiedlicher Kategorien und unterstützt die Förderung des Wasserwanderns in den Bereichen Sport, Erholung und Tourismus sowie ländliche Entwicklung. Als zentrales Steuerungsmittel ist er Grundlage einer Vielzahl an gewerblichen Entwicklungen.

### **Natur-, Gesundheits- und Kulturtourismus**

- Der hohe Stellenwert des **Naturtourismus** wird durch die brandenburgischen Nationalen Naturlandschaften (15 Großschutzgebiete) maßgeblich unterstützt. Sie initiieren und begleiten touristische Infrastrukturprojekte. In bestimmten Großschutzgebieten können u.a. Unternehmen der Tourismusbranche Auszeichnungen und Zertifikate erhalten und damit werben: z. B. als „Partner-Betriebe“ des Nationalparks Unteres Odertal und des Biosphärenreservates Flusslandschaft Elbe-Brandenburg, mit der Dachmarke „Spree-wald“ oder mit dem Prüfzeichen „Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin“. Diese Partner-Netzwerke sollen die regionale Wirtschaft stärken und auch die Idee der Nationalen Naturlandschaften weiter tragen.
- Die Wirtschaftsbereiche „**Gesundheitstourismus**“ und „**Gesundheitswirtschaft**“ sind wachstumsträchtige Marktsegmente, die für brandenburgische KMU eine große Rolle spielen. Eine zentrale Grundlage für die dauerhafte Verfügbarkeit dieser Wirtschaftspotenziale ist die Sicherung einer hohen Umweltqualität, die durch Maßnahmen in den Bereichen Luftreinhaltung, Lärminderung, Gewässerschutz, Trinkwasserversorgung, Naturschutz und Landschaftspflege erfolgt. Im Land Brandenburg gibt es bereits mehr als 50 Hotels und Thermen mit dem Schwerpunkt Wellness; acht Kurorte sind etabliert. Zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Gesundheitsdestination Brandenburg gründete sich Anfang 2012 das "Netzwerk Gesundheits- und Wellnesstourismus". Zu dieser Marketingkooperation mit derzeit 40 Partnern gehören Wellnesshotels und Ferienparks, Thermen und Kurorte, Saunen und Fitnessstudios sowie Reha-Zentren, Kliniken und private Gesundheitsanbieter. Ziel des Netzwerks ist die Entwicklung und Vermarktung neuer gesundheitstouristischer Angebote. Träger der Kooperation ist die Vereinigung der Brandenburgischen Tourismuswirtschaft e.V. mit Sitz in Potsdam. Das Netzwerk wird im Rahmen der GRW-Förderrichtlinie "Clustermanagement und Kooperationsnetzwerke" über das MWE gefördert.
- Mit der **ESF-Richtlinie des MWFK zur "Förderung von Kompetenzentwicklung in Kunst und Kultur"** wird die Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten im Kulturbereich, insbesondere von KMU und kulturellen Einrichtungen, gefördert. Ein weiteres Ziel ist es, die Zahl der selbstständig Tätigen an der Schnittstelle von Kultur und Wirtschaft zu erhöhen. Hier insbesondere im Kulturtourismus, der innerhalb des Landestourismus an Bedeutung gewinnt. Neben zahlreichen örtlichen Initiativen, z.B. koordiniert durch den Kulturfeste Brandenburg e.V., ist es vor allem der Kulturland Brandenburg e.V., der mit seiner landesweiten Projektstätigkeit und seinem ESF-Qualifizierungsprogramm „Brandenburgisch-preußische Kulturlandschaft erleben“ Künstler und Kultureinrichtungen mit den Angeboten des Tourismusgewerbes vernetzt.

Im Rahmen dieser Richtlinie wurden in den Jahren 2009 bis 2011 rd. 1,7 Mio. Euro an ESF-Mitteln verausgabt. Im Zeitraum 2012 bis Ende 2014 werden weitere Projekte mit einem ESF-Volumen von rd. 3,43 Mio. Euro gefördert. Insbesondere die qualitative Erweiterung der touristischen Angebote und die Entwicklung neuer Geschäftsfelder im kulturellen Bereich sowie die Erschließung neuer Zielgruppen sind Inhalt dieser Projekte. Auch die Bereitstellung von Qualifizierungs- und Vermarktungsangeboten für Künstler und Selbstständige sowie die Entwicklung neuer Produkte und Marktstrategien sind Zielstellungen einer Vielzahl von Projekten. Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Förderung der beruflichen Qualifizierung

von Beschäftigten im Kulturbereich. Dadurch werden Arbeitsplätze gesichert und die Unternehmen durch die Wissenserweiterung gestärkt.

### **Zusammenarbeit mit Polen**

- Zur ITB 2011 hat die TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH mit der Wielkopolska Organizacja Turystyczna (WOT) der **Wojewodschaft Wielkopolska (Großpolen)** eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, um die Partnerschaft auch auf touristische Inhalte auszudehnen. Regelmäßige Treffen ermöglichen einen Know-how Transfer und fördern die zielgruppengerechte Gestaltung des jeweiligen Marketings im Nachbarland. Eine gemeinsame Veranstaltung zu den Themen Wassertourismus und deutsch-polnische Kooperation anlässlich der Messe Boot & Fun fand im November 2013 in der Brandenburgischen Landesvertretung in Berlin statt.
- Eine enge Kooperation besteht im Rahmen der **Oder-Partnerschaft** bei der Tourismuskoooperation. Hier konnten schon mehrfach grenzüberschreitende Kooperationsprojekte, wie die Zusammenarbeit der Tourismus-Marketinggesellschaften der Oderregion, angestoßen werden. Auf der ITB 2013 wurde über die seit 2011 entwickelte gemeinsame Tourismuszusammenarbeit in der Oderregion berichtet sowie buchbare Produkte vorgestellt. Ziel ist es auch, die Attraktivität dieser Region für Besucher aus Drittmärkten zu erhöhen.

### ***Weltoffenheit und Toleranz im Reiseland Brandenburg***

#### **Tolerantes Brandenburg**

- Im Jahr 1998 beschloss die Landesregierung das Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg - für eine starke und lebendige Demokratie". Diesem Leitbild folgend setzt sich die Landesregierung für eine offene und freiheitliche Gesellschaft ein, in der sich aktive Bürgerinnen und Bürger tatkräftig an der Gestaltung ihres demokratischen Gemeinwesens beteiligen. Mittlerweile sind 35 Institutionen Kooperationspartner der Koordinierungsstelle "Tolerantes Brandenburgs", darunter Vertreter der Tourismuswirtschaft wie der DEHOGA Brandenburg, die TMB, der LTV oder der Verband der Campingwirtschaft. Die touristischen Unternehmen profitieren dabei von einem positiv geprägten, weltoffenen Image des Reiselandes Brandenburg.

## **3. Mittelstandspolitik im Land Brandenburg**

### **3.1 Grundlinien der Mittelstandspolitik**

Kleine und mittlere Unternehmen bilden die Basis der brandenburgischen Wirtschaft und leisten einen entscheidenden Beitrag zum Wachstum, zur Beschäftigung sowie zur ökologischen Modernisierung. Sie sind zugleich Impulsgeber für neue Produktionstechnologien, Produkte und Dienstleistungen. Viele dieser Unternehmen tragen darüber hinaus unternehmerische Sozialverantwortung und setzen sich in vielfältiger Weise für das Zusammenleben in ihrer Region ein. Nicht nur der materielle Lebensstandard, sondern auch die Lebensqualität im Land Brandenburg hängen damit wesentlich von der Leistungsfähigkeit und vom gesellschaftlichen Engagement der heimischen Handwerksbetriebe, der kleinen und mittleren Industrie- oder Dienstleistungsunternehmen sowie der Freiberufler ab.

Ihre Stärken haben die Unternehmerinnen und Unternehmer zunächst bei der erfolgreichen Bewältigung des Transformationsprozesses zur Marktwirtschaft unter Beweis gestellt, später dann auch unter wirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen wie der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Mut zum Risiko, Pragmatismus, Geschäftssinn, innovative Ideen und Konzepte, die Bereitschaft zu Kooperationen und die regionale Verankerung sind die vielleicht wichtigsten Merkmale ihres mentalen Stärkenprofils. Das strukturelle Stärkenprofil des brandenburgischen Mittelstands sowie der Gesamtwirtschaft spiegelt sich insbesondere in

den fünf gemeinsamen Clustern Berlin-Brandenburg „Energietechnik“, „Gesundheitswirtschaft“, „IKT, Medien und Kreativwirtschaft“, „Verkehr, Mobilität und Logistik“ und „Optik“ sowie in den vier brandenburgspezifischen Clustern „Ernährungswirtschaft“, „Kunststoffe und Chemie“, „Metall“ sowie „Tourismuswirtschaft“ wider.

Mittelstandspolitik ist zwar vor allem, aber nicht allein Wirtschaftspolitik. Nahezu alle Politikfelder haben Berührungspunkte zum Mittelstand, fast jede politische Entscheidung wirkt sich direkt oder indirekt auch auf kleine und mittlere Unternehmen aus. Die Belange von KMU sind daher stets einzubeziehen und ressortübergreifend „mitzudenken“, sei es in der Arbeits-, Wissenschafts-, Schul- und Infrastrukturpolitik oder in der Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik. Diese Politiken schaffen wichtige Voraussetzungen und Rahmenbedingungen z.B. für die Fachkräftesicherung, die Innovationsfähigkeit von Unternehmen, die Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft, die verkehrliche Erschließung von Wirtschaftsräumen oder die Entwicklung des ländlichen Raums und somit für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung insgesamt.

Dieser politikfeldübergreifende Ansatz wird im vorliegenden Mittelstandsbericht insbesondere am Beispiel der Tourismuspolitik veranschaulicht, wird aber u.a. auch bei der Innovationspolitik oder der Gründungsförderung deutlich.

Eine weitere Maxime brandenburgischer Mittelstandspolitik ist das Bekenntnis zum Unternehmertum. Es gilt, ein positives Bild vom Unternehmertum zu vermitteln, nicht zuletzt um mehr junge Frauen und Männer für die Idee einer unternehmerischen Selbstständigkeit zu gewinnen, Unternehmensgründungen zu stimulieren und Betriebsübernahmen zu befördern.

Darüber hinaus ist die brandenburgische Mittelstandspolitik durch einen kontinuierlichen Dialog mit Kammern, Verbänden, Sozialpartnern und mit den Unternehmerinnen und Unternehmern selbst gekennzeichnet. Das Zusammenspiel aller wirtschaftsrelevanten Akteurinnen und Akteure und die Möglichkeit, Politik mitzugestalten, bewirken letztendlich mehr Zielgenauigkeit und Akzeptanz. Ein Beispiel dafür ist der Konsultationsprozess zum Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg.

Auf diesen Grundgedanken beruht die EER-Strategie, für die das Land Brandenburg vom europäischen Ausschuss der Regionen mit dem Titel „Europäische Unternehmerregion“ ausgezeichnet wurde. Diese Auszeichnung ist Ausdruck der Anerkennung für die Qualität der Strategie. Sie ist auf längere Sicht angelegt und zielt auf dauerhafte Wirkungen. Die Anpassung einzelner Maßnahmen und Elemente ist dabei konstitutiv für die Strategie.

Ansatzpunkte sind eine Reihe von Herausforderungen und Problemen, die eine größere Anzahl kleiner und mittlerer Unternehmen betreffen. Dazu zählen vor allem der Zugang zum Kapitalmarkt bzw. die Finanzierung von Investitionen und Betriebsmitteln, die Umsetzung von Innovationen bzw. die Kooperation mit Forschungseinrichtungen, die Durchführung von Maßnahmen zur ökologischen Modernisierung wie Energiesparmaßnahmen oder die Verbesserung der Energieeffizienz, die Aufnahme oder die Ausweitung von Markterschließungsaktivitäten auf europäischen und internationalen Märkten, die Fachkräfteentwicklung sowie die berufliche Weiterbildung. Außerdem benötigen gerade Existenzgründende häufig finanzielle Hilfe und Beratung.

Die Landesregierung bietet bei all diesen Herausforderungen zahlreiche Möglichkeiten zur Unterstützung an. Die Förderung reicht dabei von Zuschüssen und Darlehen für Investitionen über Beratungsmaßnahmen, die Bereitstellung von alternativen Finanzierungsmöglichkeiten bis hin zur Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten, des Wissens- und Technologietransfers sowie der Vernetzung. Mittelstandspolitik versteht sich dabei als Katalysator, Impulsgeber, Ansprechpartner und nicht zuletzt als Dienstleister für kleine und mittlere Unternehmen.

### ***Beratung und Förderung von Wirtschaft und Arbeit aus einer Hand durch ZAB und ILB***

Dienstleistungen aus einer Hand bietet neben dem Einheitlichen Ansprechpartner für das Land Brandenburg (EAPBbg) die InvestitionsBank des Landes Brandenburg (ILB) und die ZAB ZukunftsAgentur Brandenburg

GmbH). Mit der Integration der LASA Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH in die ZAB und die ILB ab dem 1. Januar 2014 bietet Brandenburg als erstes Bundesland in Deutschland Arbeits- und Wirtschaftsberatung aus einer Hand an. Die institutionelle Zusammenführung ist ein wichtiges Modernisierungsvorhaben des Landes für die laufende Legislaturperiode, denn durch die Bündelung von Wirtschafts- und Arbeitsberatung und -förderung können Synergieeffekte genutzt und ein noch umfassenderes Service-Angebot für Unternehmen bereitgestellt werden. Die Themen Fachkräfte, Arbeit und Qualifizierung sind für Unternehmen von zunehmender Bedeutung. Ein komplettes, auch diese Bereiche umfassendes Beratungs- und Förderangebot unterstützt daher nicht nur Bestandsunternehmen bedarfsgerecht, sondern kann auch im Standortwettbewerb Vorteile bringen.

### **Industriepolitik**

Zum Stärkenprofil gehört ausdrücklich die im Land Brandenburg mittelständisch geprägte Industrie. Die brandenburgische Landesregierung hat im April 2012 den Aktionsplan „ProIndustrie“ verabschiedet. Mit neuen Akzenten einer integrierten Industriepolitik sollen Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit im Land Brandenburg gestärkt werden. Ziele der Strategie sind die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die industrielle Produktion, die Forcierung einer qualitativen und quantitativen Entwicklung der klein- und mittelständisch geprägten industriellen Basis im Land Brandenburg, die Erhöhung des Anteils industrieller Arbeitsplätze sowie die Verbreiterung der industriellen Wertschöpfungsbasis. Insgesamt wird mit dem Aktionsplan eine Profilierung Brandenburgs als moderner, ökologisch orientierter und international wettbewerbsfähiger Industriestandort bis zum Jahr 2020 angestrebt.

Den Kern von „ProIndustrie“ bilden fünf zentrale Handlungsfelder (Rahmenbedingungen, Vernetzung, Cluster und Innovation, Internationalisierung und produktbezogene Dienstleistungen, Fachkräfteentwicklung und Qualifizierung sowie Standortkommunikation) mit fünf Leitprojekten und 15 Maßnahmenbereichen. Die Maßnahmenbereiche berücksichtigen sowohl zukünftige Entwicklungstrends, die sich auf strukturelle Stärken und Schwächen der brandenburgischen Industrie auswirken, als auch Einflussfaktoren, die die Zukunftsfähigkeit und Erfolg der industriellen Entwicklung gewährleisten.

Insbesondere hinsichtlich kleiner und mittlerer Industrieunternehmen sind folgende Maßnahmen geplant bzw. werden bereits umgesetzt: Erhöhung der Innovationsbereitschaft und -fähigkeit von KMU im Rahmen der Clusterstrategie; Einführung von Innovations- und Designmanagements; Steigerung der Exportfähigkeit und Internationalisierung; Erleichterung des (erstmaligen) Zugangs zu internationalen Märkten; Gewinnung und Bindung von hochqualifizierten Nachwuchskräften.

Ergänzend zu den erfolgreichen Cluster- und Handlungsfeldkonferenzen stellt die Industriekonferenz Brandenburg, die zum ersten Mal am 9. September 2013 stattgefunden hat, eine Dachveranstaltung dar, die über alle industriellen Branchen hinweg Signalwirkung für die Bedeutung der Industrie hat. Diese und andere Dialogformate sollen cluster- und regionalspezifisch fortgesetzt werden. Dabei sollen die Möglichkeiten des Internets verstärkt genutzt werden.

Mit dieser industriepolitischen Strategie verfügt die Landesregierung über eine abgestimmte Grundlage, die nunmehr in einem dialogorientierten und partnerschaftlichen Prozess von Politik und Verwaltung mit den Unternehmen sowie den Wirtschafts- und Sozialpartnern umgesetzt wird. Bei der Umsetzung des Aktionsplans „ProIndustrie“ handelt es sich um einen fortlaufenden Prozess in mehreren Stufen: In der ersten Stufe sollen zunächst die fünf Leitprojekte umgesetzt werden. Parallel dazu werden die Leitprojekte der nächsten Stufe wiederum mit den Sozial- und Wirtschaftspartnern abgestimmt und festgelegt. Die Realisierung der Maßnahmen erfolgt durch die jeweils federführenden Akteure.

### **Unternehmensfreundliche Verwaltung: Bürokratieabbau**

Eine wesentliche Aufgabe der Landesregierung ist es, geeignete Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten mittelständischer Unternehmen zu schaffen. Dazu gehört auch eine unternehmensfreundliche Verwaltung. Die brandenburgische Landesregierung hat sich für dieses Politikfeld das Ziel gesetzt, die Verwaltung

weiter zu modernisieren sowie Bürokratiebelastungen und Bürokratiekosten für Wirtschaft und für Bürger spürbar zu senken. Zur Koordinierung der Aktivitäten wurde bereits im Jahr 2005 eine Leitstelle für Bürokratieabbau geschaffen, die seit 2010 dem Ministerium des Innern (MI) zugeordnet ist.

Landesrechtliche Informationspflichten machen im Verhältnis zu den durch Bundesrecht hervorgerufenen Bürokratiekosten (besonders im Wirtschafts- und Steuerrecht) nur einen kleinen Teil der Bürokratiebelastungen aus. Trotzdem wurden in Brandenburg in Rechtsbereichen, die von hoher Relevanz für die Wirtschaft sind, die Bürokratiekosten gemessen und nachweislich gesenkt. Beispiel sind die 2008 verabschiedete Novelle des Brandenburgischen Wassergesetzes oder das neugeschaffene Brandenburgische Gaststättengesetz. Seit 2005 werden Gesetze und Verordnungen durch die Zentrale Normprüfstelle auf unverhältnismäßig hohe Belastungen für die Wirtschaft überprüft. Dieses Verfahren hat sich bewährt. Es hat in allen Ressorts zu einem verstärkten Bewusstsein für die Belastungen geführt, die bei Unternehmen durch gesetzliche Anforderungen ausgelöst werden.

Zur weiteren Reduzierung der Belastungen der KMU setzt die Landesregierung verstärkt auf schnelle, transparente und planbare Verwaltungsentscheidungen. So bietet die Landesregierung z.B. gemeinsam mit den Kammern den Antragstellern bei der Genehmigung immissionsschutzrechtlicher Verfahren eine umfassende Beratung.

Kleine und mittlere Unternehmen erwarten eine möglichst einfach zu handhabende, flexibel einsetzbare und unbürokratische Förderung. Vor allem angesichts rückläufiger Haushaltsmittel müssen Fördermittel aber auf prioritäre Felder und Projekte konzentriert und effizient eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang wurden bzw. werden Förderstrategien und Förderzwecke z.T. neu ausgerichtet; die Einführung qualitativer Förderkriterien sowie eine stärkere Erfolgskontrolle sind erforderlich. Dies kann für KMU, die Fördermittel in Anspruch nehmen wollen, zu einem erhöhten Aufwand führen und insofern zunächst hemmend wirken. Die Landesregierung kann den Zielkonflikt zwischen Entbürokratisierungswünschen und Kontroll- bzw. Mitwirkungserfordernissen zwar nicht aufheben. Aufgabe und zugleich Anliegen der Landesregierung ist es aber, ihn im Sinne der Unterstützung und Entwicklung des Mittelstands so gering wie möglich zu halten.

### ***Brandenburger Sozialpartnerdialog: „Gute Arbeit“ im Land Brandenburg***

Bei der Schaffung guter und attraktiver Arbeitsbedingungen zur Sicherung unternehmerischer Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit sowie bei der Sicherung des Fachkräftebedarfs kommt den Tarifvertragsparteien eine herausgehobene Bedeutung zu. Angesichts niedriger Organisationsgrade von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und schwacher Tarifbindung ist die Stärkung der Sozialpartnerschaft im Land Brandenburg daher ein wichtiger Schritt, um Brandenburg zu einem Standort der „Guten Arbeit“ fortzuentwickeln. Im Rahmen des MASF-Leitprojekts „Stärkung der Sozialpartnerschaft“ wurde im November 2011 unter Beteiligung der Sozialpartner der Metall-, Chemie-, Handel-, Bau- und Hotel- und Gaststättenbranche der Brandenburger Sozialpartnerdialog gegründet. Er basiert auf der im Mai 2011 von MASF, Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) und UVB unterzeichneten „Gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Sozialpartnerschaft im Land Brandenburg“. Ziele des Sozialpartnerdialoges sind

- die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Tarifparteien,
- eine höhere Beteiligung der bisher nicht in Verbänden bzw. Gewerkschaften organisierten Unternehmen und Beschäftigten,
- die Weiterentwicklung von Flächentarifverträgen entsprechend den sich wandelnden wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Rahmenbedingungen und
- Fachkräfte in Brandenburg auf der Grundlage guter Arbeitsbedingungen auszubilden, zu halten und zu gewinnen.

Die Schaffung „Guter Arbeit“ in brandenburgischen Unternehmen sowie die Vertiefung der Sozialpartnerschaft im Land Brandenburg werden zudem durch die am 1. Dezember 2013 in Kraft getretene Brandenburger Sozialpartnerrichtlinie mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) unterstützt. Die Richtlinie fördert Projekte



zur Gestaltung der Arbeitsorganisation von Unternehmen und bezieht dabei die betrieblichen und überbetrieblichen Strukturen der Tarif- und Sozialpartnerschaft mit ein.

### 3.2 Vorfahrt für KMU<sup>22</sup>

Das Land Brandenburg unterstützt kleine und mittlere Unternehmen durch zinsgünstige Darlehen, Bürgschaften und Beteiligungen bei Gründung, Übernahme und Erweiterung von Unternehmen, aber auch bei der Umsetzung notwendiger Strukturanpassungen, bei der Überwindung von Liquiditätsengpässen und bei der Stärkung der Eigenkapitalbasis. Als Förderbank kommt der ILB eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Unternehmensförderung zu. Durch die stärkere Etablierung eigener Programme entwickelt sich die ILB zu einer Förder- und Strukturbank weiter.

#### **GRW**

Das wichtigste Förderinstrument für die regionale gewerbliche Wirtschaft ist die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Mit der GRW werden neben gewerblichen Investitionen (GRW-G) auch Investitionen in die kommunale wirtschaftsnahe Infrastruktur (GRW-I) sowie nichtinvestive Maßnahmen gefördert. Die Förderung gewerblicher Investitionen soll die Investitionstätigkeit der gewerblichen Wirtschaft stärken, um so Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern sowie die Einkommenssituation in der Region zu verbessern. Im Rahmen der GRW-I werden Infrastrukturmaßnahmen in den Kommunen gefördert, um dadurch die Standortattraktivität für Investitionen aus der gewerblichen Wirtschaft zu erhöhen.

Im Jahr 2012 wurde die GRW-G Förderung neu ausgerichtet und in zwei Richtlinien aufgeteilt. Aus dem „GRW-G Wachstumsprogramm für kleine Unternehmen“ können Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten und einem Investitionsvolumen von bis zu 1,5 Mio. Euro unabhängig von der Zuordnung zu einem Cluster die für ihre Region geltende Höchstförderung erhalten. Damit ist eine strukturpolitisch wichtige Mittelstandskomponente der GRW-Förderung gewährleistet. Bei Investitionen von mittleren Unternehmen bzw. kleinen Unternehmen mit Investitionen ab 1,5 Mio. Euro erfolgt im Rahmen der „Großen Richtlinie“ eine Konzentration auf die Kernbereiche der fünf gemeinsamen Cluster der innoBB Berlin-Brandenburg und der vier brandenburgspezifischen Cluster. Die Fördersatzhöhe hängt hier ausschließlich von der Erreichung von Struktureffekten (z.B. Beschäftigungs- und Innovationseffekte, Entlohnung und Energieeffizienz) ab, zuzüglich etwaiger KMU-Boni. Damit erfolgt eine Konzentration auf qualitativ hochwertige Investitionen.

Im Zeitraum 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2013 sind aus der Gemeinschaftsaufgabe 1.762 gewerbliche Unternehmen mit Fördermitteln in Höhe von rd. 818,3 Mio. Euro unterstützt worden. Mit den zugesagten Zuschüssen konnten Investitionen in einem Umfang von nahezu 3,5 Mrd. Euro angestoßen werden. Dadurch wurden im Berichtszeitraum insgesamt 10.592 Arbeitsplätze neu geschaffen und 43.895 Arbeitsplätze gesichert.

Davon entfallen auf KMU allein 1.583 zugesagte Zuschüsse in Höhe von 451,8 Mio. Euro. Damit wurden Investitionen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 1,38 Mrd. Euro unterstützt. Durch die ausgereichten Mittel konnten im vorgenannten Zeitraum 4.292 neue Arbeitsplätze geschaffen und 21.310 vorhandene Arbeitsplätze gesichert werden.

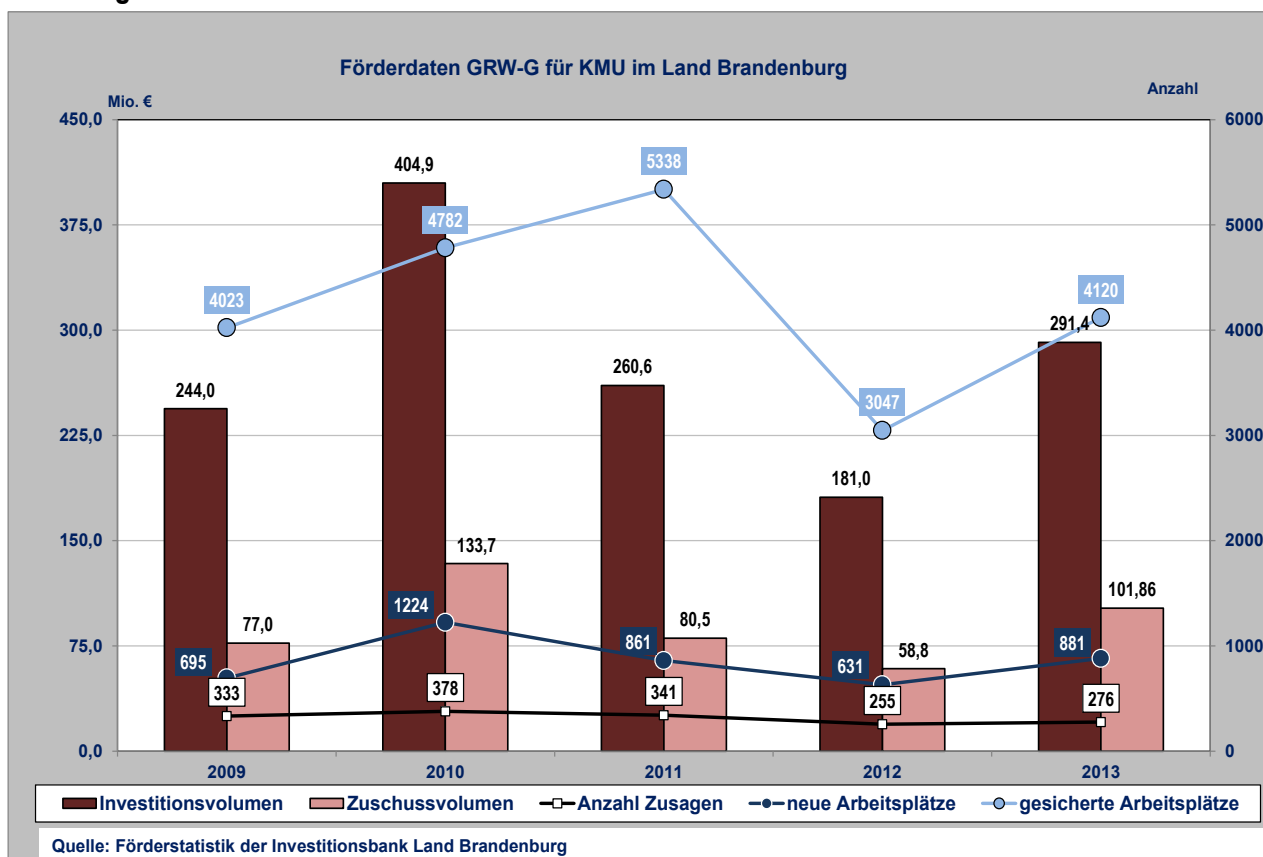
Antragsentwicklung und bewilligte Förderanträge unterliegen im Berichtszeitraum erheblichen Schwankungen. Im Jahresdurchschnitt lagen das Investitionsvolumen bei etwa 276 Mio. Euro und die Zuschüsse bei 90 Mio. Euro. Die stark angestiegenen Bewilligungen 2010 begründen sich durch beihilferechtliche Änderungen zum Jahresende (Absenkung der Fördersätze). Viele KMU haben die Antragstellung vorgezogen. Insoweit zeigten sich durch den Vorzieheffekt in den Folgejahren 2011 und 2012 rückläufige Förderzusagen. Die rückläufige Entwicklung in 2012 könnte Folge der Eurokrise oder der konjunkturellen Entwicklung sein. 2012 lagen die

---

<sup>22</sup> Siehe dazu auch: Wirtschaftsförderung im Land Brandenburg 2011/2012, MWE, 2011

Zusagen mit nur 255 deutlich unter dem Niveau des Vorjahres mit 341 Zusagen. 2013 hat sich die Antragsentwicklung vor dem Hintergrund der auslaufenden beihilferechtlichen Rahmenbedingungen zum 30. Juni 2014 deutlich positiv entwickelt (siehe Abbildung 4). Die Unternehmen haben offensichtlich ihre investiven Planungen vorgezogen.

Abbildung 4



### Darlehen

- Ziel des **Konsolidierungs- und Standortsicherungsprogramms (KoSta)** ist es, die Wettbewerbsfähigkeit von KMU, die sich vorübergehend in existenzbedrohenden Schwierigkeiten befinden, wiederherzustellen. Zusätzlich zur Umstrukturierung der Unternehmen wird seit Oktober 2009 auch die Liquiditätssicherung bis zur Erstellung eines Umstrukturierungsplanes (Rettungsbeihilfe) gefördert. Im Jahr 2009 wurden an neun Unternehmen Mittel in Höhe von rd. 1,8 Mio. Euro ausgezahlt, im Jahr 2010 an sechs Unternehmen 1,1 Mio. Euro, im Jahr 2011 an vier Unternehmen 0,7 Mio. Euro, im Jahr 2012 waren es rd. 4,8 Mio. Euro für sieben Unternehmen, darunter drei Rettungsbeihilfen in Höhe von rd. 3,4 Mio. Euro. 2013 wurde drei Darlehen in Höhe von rd. 1 Mio. Euro ausgezahlt. Die geringe Inanspruchnahme von KoSta spiegelt auch die insgesamt stabile konjunkturelle Entwicklung wider.
- Der **Brandenburg-Kredit für den Mittelstand** dient der langfristigen Finanzierung von Investitionen und Betriebsmitteln. Er basiert auf dem KfW-Unternehmerkredit. Im Zeitraum 2009 bis 2013 wurden 1.170 Fälle mit insgesamt rd. 177 Mio. Euro gefördert.
- Über das **ILB-Wachstumsprogramm „Kooperationsdarlehen für den Mittelstand“ (ILB-Programm)** beteiligt sich die ILB als Konsortialpartner der Hausbank an der Finanzierung von Investitionen von bestehenden mittelständischen Unternehmen. Von 2009 bis 2013 wurden vierzehn Zusagen in Höhe von rd. 58,6 Mio. Euro erteilt.

Insbesondere für brandenburgische Kleinstunternehmen, für die der herkömmliche Kreditmarkt oft nur schwer zugänglich ist, sind sog. **Mikrofinanzierungsangebote**<sup>23</sup> wichtig.

- Seit August 2011 bietet das MWE gemeinsam mit der ILB den **Brandenburg-Kredit Mikro (BK Mikro)** an. Gründer, Freiberufler und kleine Unternehmen aller Branchen können bis zu drei Jahre nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit einen Kreditbetrag von max. 100.000 Euro mit günstigen Konditionen für Investitionen und Betriebsmittel erhalten. Beim BK Mikro übernimmt die ILB im Rahmen des KfW-Programms „ERP Gründerkredit StartGeld“ die Hausbankfunktion, falls die Hausbank des Antragstellers ein Engagement ablehnt. Die Besicherung der ausgereichten Darlehen erfolgt banküblich und mit einer 80-prozentigen Haftungsfreistellung der KfW. Das Programm BK Mikro war bis zum 31. Dezember 2013 befristet. Per 31. Dezember 2013 sind an 16 Unternehmen Darlehen in Höhe von insgesamt rd. 0,6 Mio. Euro bewilligt worden.

### ***Beteiligungen und mezzanine Formen***

Zur Stärkung der oft unzureichenden **Eigenkapitalbasis** von KMU arbeiten MWE und ILB gemeinsam an einer Ausweitung des Förderangebotes. Die zunehmende Bedeutung von beteiligungs- und eigenkapitalnahen Finanzierungen in der Unternehmensförderung wird auch durch die zum 1. Juli 2010 erfolgte Bündelung dieser Aktivitäten in dem neu geschaffenen Bereich „Beteiligungsmanagement“ der ILB unterstrichen. Darüber hinaus stellt die ILB seit 2012 die Mittel für die Kofinanzierung beim Brandenburg-Kredit Mezzanine zur Verfügung.

In diesem Zusammenhang nimmt die ILB seit dem 1. Juli 2011 auch die Aufgaben der BC Brandenburg Capital GmbH (einer Holdinggesellschaft verschiedener Beteiligungsfonds) als Geschäftsbesorgerin wahr. Damit kann eine breitere Auswahl an Finanzierungsmitteln aus einer Hand angeboten und den Anforderungen an eine optimale Finanzierung noch besser entsprochen werden.<sup>24</sup>

- Zielgruppe des **BFB Wachstumsfonds Brandenburg** sind technologieorientierte KMU in der Früh- und Wachstumsphase. Es können offene oder stille Beteiligungen eingegangen werden. Die auszureichenden Beteiligungen betragen bis zu 2,5 Mio. Euro pro Zwölfmonatszeitraum pro KMU für die Finanzierungstranche. Von 2009 bis 2013 wurde 20 Unternehmen Kapital in Höhe von insgesamt rd. 26,7 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.
- Ziel des **Frühphasenfonds** ist es, die Eigenkapitalbasis von jungen, innovativen kleinen Unternehmen in der Frühphase mittels Nachrangdarlehen in Verbindung mit offenen Beteiligungen zu stärken. Das Volumen des Fonds beträgt 20 Mio. Euro. Möglich sind Finanzierungen von Kapitalgesellschaften mit Sitz oder Betriebsstätte in Brandenburg von insgesamt bis zu 1 Mio. Euro je Unternehmen. Seit seinem Start im Jahr 2010 bis Ende 2012 ist der Frühphasenfonds 14 Beteiligungen eingegangen. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 12,5 Mio. Euro zugesagt, davon 7,9 Mio. Euro ausgezahlt. Im Jahr 2013 erfolgten vier weitere Beteiligungen mit einem Zusagevolumen von 3,9 Mio. Euro.
- Der Einsatz von Darlehen aus dem **Brandenburg-Kredit Mezzanine** startete im Jahr 2011. Aus dem Programm werden Nachrangdarlehen an etablierte KMU aus allen gewerblichen und freiberuflichen Branchen mit Eigenkapitalbedarf vergeben. Die Darlehen von bis zu 2 Mio. Euro je Unternehmen stehen für Investitionen und zur Finanzierung von Betriebsmitteln zur Verfügung. Das Fondsvolumen beträgt 20 Mio. Euro, Darlehensgeber ist die ILB. 2011 hat es zwei Zusagen mit einem Finanzvolumen von rd. 2,2 Mio. Euro gegeben, 2012 waren es sieben Zusagen mit einem Volumen von rd. 6,4 Mio. Euro. Im Jahr 2013 wurden weitere 5 Zusagen mit einem Volumen von 5,2 Mio. Euro erteilt.

---

<sup>23</sup> In der EU werden Darlehen von unter 25.000 Euro als „Mikrokredit“ definiert.

<sup>24</sup> Siehe dazu: Investitionsbank des Landes Brandenburg, Geschäftsbericht 2010.

## **Bürgschaften und Garantien**

Haben brandenburgische Unternehmen wegen geringen Eigenkapitals oder fehlender Sicherheiten Schwierigkeiten, Bankkredite zu erhalten, können staatlichen Bürgschaften eingesetzt werden, die den Banken zusätzliche Sicherheiten bieten:

- **Landesbürgschaften**<sup>25</sup>: Bis zu einem Bürgschaftsobligo in Höhe von 1 Mio. bis 10 Mio. Euro (bei einem Obligo unter 1,5 Mio. Euro nur für große Unternehmen) können Landesbürgschaften in Anspruch genommen werden. Im Jahr 2009 waren es elf Landesbürgschaften mit einem Wert von rd. 32,3 Mio. Euro, im Jahr 2010 kamen fünf neue Landesbürgschaften mit einem Wert von rd. 32,1 Mio. Euro hinzu. In den Jahren 2011 und 2012 wurden insgesamt fünf neue Landesbürgschaften im Wert von rd. 22,65 Mio. Euro eingegangen.
- **Bürgschaften der Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH**: Die Bürgschaftsbank Brandenburg übernimmt Bürgschaften zur Besicherung von Krediten an mittelständische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und an Angehörige der Freien Berufe bis zu einem Obligo von 1,5 Mio. Euro im Einzelfall. Im Jahr 2009 reichte die Bürgschaftsbank 296 Bürgschaftsurkunden mit einem Volumen von 74,5 Mio. Euro aus. 2010 waren es 387 Urkunden mit einem Volumen von 107,9 Mio. Euro. 2011 waren es 335 Urkunden (Volumen 82,2 Mio. Euro); im Jahr 2012 wurden 293 Urkunden und im Jahr 2013 insgesamt 249 Urkunden mit einem Gesamtvolumen von 77,6 Mio. Euro bzw. 68,3 Mio. Euro ausgereicht. Bund und Land beteiligten sich in den Jahren 2009 bis 2010 mit bis zu 90 Prozent am von der Bürgschaftsbank getragenen Risiko, in den Jahren 2011 und 2012 mit maximal 80 Prozent und seit 2013 mit bis zu 75 Prozent.
- **Großbürgschaften (Bundesbürgschaften mit Parallelbürgschaften des Landes)**: Der Bund und das Land Brandenburg übernehmen Bürgschaften mit einem Gesamtbligo von mehr als 10 Mio. Euro für Kredite an Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft. Der Bundesanteil beträgt 60 Prozent und der Landesanteil 40 Prozent. Im Jahr 2009 unterstützte das Land im Rahmen einer Großbürgschaft über 550 Mio. Euro ein Unternehmen durch eine anteilige Obligoübernahme von rd. 14,8 Mio. Euro. In 2010 wurden durch zwei Großbürgschaften unter Einbeziehung des Landes Brandenburg Investitionskredite in Höhe von 153 Mio. Euro gefordert (anteiliges Landesobligo rd. 44 Mio. Euro). Im Jahr 2011 beteiligte sich das Land Brandenburg bei der Absicherung eines gewerblichen Kredites in Höhe von rd. 19,6 Mio. Euro durch die Übernahme einer Bürgschaft von 0,75 Mio. Euro.<sup>26</sup> Seit 2012 gibt es keine Zugänge mehr.
- **Garantien der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH**: Die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft stärkt die Kapitalausstattung mittelständischer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft durch die Übernahme von Unternehmensbeteiligungen mit einem Umfang von bis zu 1,4 Mio. Euro, in Einzelfällen auch bis zu 2,5 Mio. Euro. Das Land förderte dieses Programm durch öffentliche Garantien bis zu einem Risikoanteil von 64 Prozent. 2013 ermäßigte sich diese Garantie auf rd. 59 Prozent des Obligos. 2009 wurden 38 Beteiligungen vom Land mit einem Volumen von 5,39 Mio. Euro übernommen, im Jahr 2010 waren es 56 Beteiligungen mit einem Gesamtvolumen von 10,81 Mio. Euro. In den Jahren 2011 und 2012 wurden 38 bzw. 41 Unternehmen mit Beteiligungen im Gesamtvolumen von 7,83 bzw. 6,61 Mio. Euro gefördert. 2013 wurden mit diesem Programm 49 Beteiligungen in einem Volumen von 9,96 Mio. Euro übernommen.

---

<sup>25</sup> Bei Landesbürgschaften für Vorhaben, die die Voraussetzungen für eine Förderung mit Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe erfüllen, übernimmt der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den förderfähigen Anteil eine Ausfallgarantie in Höhe von 50 v.H.

<sup>26</sup> Es liegen keine statistischen Angaben darüber vor, ob KMUs im Berichtszeitraum davon betroffen waren.

### ***Unternehmensbegleitung, Konsolidierung***

Für Unternehmen mit besonderem Unterstützungsbedarf besteht die Möglichkeit, eine Beratung über passgenaue, konkrete Hilfestellungen durch die „Monitoring-Gruppe“ in Anspruch zu nehmen. Die „**Monitoring – Gruppe**“ setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der ILB, der Bürgschaftsbank Brandenburg, der ZAB und des MWE zusammen und steht bei Bedarf als Ansprechpartner für Unternehmen zur Verfügung. Ziel ist es, die Restrukturierung und Stabilisierung der Unternehmen – auch unter Einbeziehung staatlicher Finanzierungsinstrumente wie Kreditprogrammen - zu unterstützen, um Arbeitsplätze zu erhalten und Werksschließungen zu verhindern. Insgesamt haben 118 Unternehmen dieses Angebot genutzt.

### ***KMU-Förderung im Rahmen der Stadtentwicklung***

- Grundlage der Förderung im Rahmen der Richtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung ist u. a. ein **Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK)**, das zu Beginn der Fondsperiode von jeder interessierten Stadt eingereicht werden musste und mittels Auswahlprozess zur Festlegung von 15 Städten geführt hat. Ein Handlungsfeld der nachhaltigen Stadtentwicklung (NSE) umfasst Maßnahmen der kleinräumigen und gebietsbezogenen Wirtschaftsförderung städtischer Gebiete. Die Förderung dient zur Stärkung und Stabilisierung der Städte, Quartiere und Innenstädte als Wirtschafts-, Handels- und Infrastrukturstandorte. Ziel ist es, KMU in städtischen Quartieren zu sichern, zu erweitern, zu gründen oder neu anzusiedeln. Insgesamt wurden in der Strukturfondsperiode 2007-2013 bis zum 31. Dezember 2013 für 309 KMU Zuwendungsbescheide mit einer Zugesumme von ca. 7,2 Mio. Euro erteilt. Dadurch wurden Investitionen im Umfang von ca. 22,3 Mio. Euro auf den Weg gebracht. Das förderfähige Investitionsvolumen betrug rd. 21,2 Mio. Euro. Dadurch konnten 1.919 Arbeitsplätze gesichert und 274 neu geschaffen werden. Zum Stichtag 31. Dezember 2013 ist das zur Verfügung stehende Budget sowohl im Fördergebiet Brandenburg Südwest als auch im Fördergebiet Brandenburg Nordost nahezu vollständig mit Bewilligungen bzw. Anträgen untersetzt.

### ***KMU-Förderung im Rahmen der Entwicklung ländlicher Räume***

- Mit der **Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für einzelbetriebliche Investitionen in landwirtschaftlichen Unternehmen** des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL) wird mit Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) sowie zum Teil der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes – GAK“ die Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe unterstützt und eine Diversifizierung hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten gefördert. Damit sollen Arbeitsplätze im ländlichen Raum gesichert und geschaffen werden.

### ***Unterstützung von KMU im Rahmen der interregionalen Zusammenarbeit***

- Mit dem Ende 2012 beendeten **INTERREG IV C Projekt DART** (Declining, Ageing and Regional Transformation, also Bevölkerungsrückgang, Alterung und veränderte räumliche Verteilung) wurden in interregionaler Zusammenarbeit mit 13 anderen europäischen Regionen u.a. neue Geschäftsfelder für KMU im Bereich der Gesundheits- und Seniorenwirtschaft identifiziert. Ziel war es ferner, Erfahrungen und gute Lösungen zu verschiedenen Fragestellungen des demografischen Wandels anderer EU - Mitgliedstaaten zur Umsteuerung von fachpolitischen Strategien und Maßnahmen in Brandenburg zu nutzen. Neben der Veröffentlichung der gefundenen Lösungen durch die drei deutschsprachigen Partner in der Broschüre „Engagement vor Ort“ ist der Transfer geeigneter Projekte in andere Regionen durch Transferworkshops initiiert worden.

### ***Vergabegesetz***

Eine wichtige Funktion des am 1. Januar 2012 in Kraft getretenen **Brandenburgischen Vergabegesetzes** ist es, bei öffentlichen Aufträgen einen Unterbietungswettbewerb zu Lasten der zumeist kleinen und mittleren Unternehmen zu verhindern, die ihren Beschäftigten faire Löhne zahlen. Die Menschen sollen in Brandenburg von ihrer Arbeit leben können. Deshalb will das Land bei der Beschaffung von Leistungen nicht von Löhnen profitieren, mit denen dieses Ziel nicht erreicht werden kann. Die Brandenburger Mindestlohnkommission hat sich im Juni 2013 auf Empfehlungen zur Anpassung des Gesetzes verständigt, darunter auf die Anpassung

der Lohnuntergrenze von 8,00 Euro auf 8,50 Euro ab dem 01. Januar 2014. Die Übernahme der Lohnuntergrenze von 8,50 Euro ins Brandenburgische Vergabegesetz wurde vom Landtag im Januar 2014 verabschiedet und ist am 13. Januar 2014 in Kraft getreten.

### **Wirtschaftsbezogener Verbraucherschutz**

Verbraucherpolitik trägt als Element der Wirtschaftspolitik zur strukturellen Entwicklung verschiedener Wirtschaftszweige bei und unterstützt die Wirkung von Marktmechanismen. Durch die Aufdeckung unlauterer Geschäftspraktiken einzelner Unternehmen werden die Markttransparenz sowie das Vertrauen in den Markt gestärkt und faire Wettbewerbsbedingungen befördert. Darüber hinaus wirken aufgeklärte, gut informierte und kompetent handelnde Verbraucherinnen und Verbraucher marktstimulierend und schaffen durch gezielte Konsumententscheidungen Anreize für Innovationen. Deshalb sichert die Landesregierung die Arbeitsfähigkeit der Verbraucherzentrale Brandenburg mit einer institutionellen Förderung durch das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV).

### **Förderung der Kultur-, Kreativ- und Medienwirtschaft**

Als Hauptansprechpartner in der Landesregierung für den gewerblich orientierten Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft hat sich das MWE zur Aufgabe gemacht, ineinandergreifende Maßnahmen zur Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft zu erarbeiten und umzusetzen. Dies betrifft insbesondere die Förderung der öffentlichen Wahrnehmung der kreativen Leistungen im Land, die Vernetzung und den Wissenstransfer der Kreativschaffenden untereinander sowie interdisziplinär, die Begleitung von Projekten sowie das Angebot von Finanzierungsmöglichkeiten. Aus den Jahren 2012 und 2013 sind dazu beispielhaft folgende Maßnahmen zu nennen:

Die ZAB wurde im Rahmen eines Pilotprojektes beauftragt, die Potenziale der Kreativwirtschaft zu bündeln und weiterzuentwickeln sowie Netzwerkstrukturen aufzubauen. Dafür ist eine **Kreativkoordinatorin** eingesetzt worden, deren Aktivitäten in den Jahren 2012 und 2013 maßgeblich zur Realisierung dieser Ziele beigetragen haben: Die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft untereinander bzw. die Verzahnung mit anderen Wirtschaftsbereichen ist fortgeschritten, erste selbstständig laufende Netzwerkstrukturen haben sich entwickelt. Die Kreativwirtschaft und ihre wirtschaftliche Bedeutung sind sowohl bei den verschiedenen Institutionen als auch in der Öffentlichkeit stärker in den Fokus gerückt. Die zweijährige Pilotphase wurde zum 31. Dezember 2013 erfolgreich abgeschlossen.

Die in der Pilotphase aufgebauten Netzwerkstrukturen sollen nun verstetigt und vor allem weiterführende Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stärkung der Kreativschaffenden umgesetzt werden. Dazu ist ein Förderprogramm zur Einrichtung einer **zentralen Beratungs- und Vernetzungsstelle für die Kreativwirtschaft** (Richtlinie zur **Kompetenzentwicklung der Kultur und Kreativwirtschaft**) in das Operationelle Programm des ESF 2014-2020 aufgenommen worden.

Das im Rahmen der Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg (innoBB) realisierte **Webportal „Kreatives Brandenburg“** dient sowohl der Öffentlichkeit als auch den Kreativen als umfangreiche Informationsquelle. Es enthält z.B. Informationen zu den verschiedensten Kreativbereichen und Kreativschaffenden, zu Veranstaltungen oder auch zu den Themen Finanzierung, Gründung und Wettbewerbe. Zusätzlich haben alle Kultur- und Kreativschaffenden die Möglichkeit, das Portal durch die Einstellung ihrer eigenen Präsentation mit zu gestalten. Ziel ist es, die Kommunikation und damit die Vernetzung der Kreativen in einem Flächenland wie Brandenburg zu befördern. Das Webportal wird vom MWE und -wegen seines Kulturbezugs - auch vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) finanziert.

Seit Ende 2012 organisiert die Kreativkoordinatorin die regelmäßig stattfindenden **„Kreativ-Dialoge“**. Ziel ist es, die Kommunikation auf dem Feld der Kultur- und Kreativwirtschaft zu intensivieren sowie die Unternehmen zu unterstützen und stärker zu vernetzen. Die „Kreativ-Dialoge“ werden in verschiedenen Formaten wie Podiumsdiskussionen, Workshops, Konferenzen oder Seminaren sowohl in Potsdam als auch in den ländlichen Regionen realisiert. Branchenrelevante Themen werden aufgegriffen und erörtert, die Potenziale der Kreativ-

wirtschaft präsentiert und vernetzt, aber auch Bedarfe der Kreativen und mögliche Lösungsansätze erörtert. Im Vordergrund stehen dabei Themen, die teilmärktübergreifend von Interesse sind. Aber auch die Fokussierung auf einzelne Teilmärkte der Kreativwirtschaft ist vorgesehen. Voraussichtlich werden die Kreativ-Dialoge auch 2014 fortgeführt.

Im November 2012 wurden vom MWE erstmals die „**Brandenburger Designtage**“ veranstaltet. Aufgrund des hohen Zuspruchs aus der Designbranche und des erfolgreichen Verlaufs der Auftaktveranstaltung wurde 2013 eine Folgeveranstaltung durchgeführt. Die Veranstaltung setzt sich aus einer Konferenz, aus Fachworkshops und einem Designmarkt zusammen. Ergänzt wurden die Designtage durch die Preisverleihungsveranstaltung des **Designpreiswettbewerbs 2013** – ebenfalls eine durch das MWE finanzierte Maßnahme.

Darüber hinaus werden **Förderprojekte bezuschusst und begleitet**, die dazu beitragen, die Wertschöpfung der Kreativschaffenden zu erhöhen. Neben den bereits etablierten Projekten wie „ART BRANDENBURG“ oder „Urban Creative Poles“ (gefördert aus INTERREG IV B) sind weitere neue beispielhaft zu nennen:

- Brandenburger-Bands auf der Berlin Music Week 2012 und 2013 oder
- der Wettbewerb „Brandenburger Kreativradar 2013“, über den Impulsgeber aus der Kreativwirtschaft des Landes gesucht werden.

Strategisches Ziel der **Medienpolitik** bleibt, den Medienstandort Berlin-Brandenburg weiter zukunftsfähig auszubauen. Dies wird unterstützt durch die Förderung von Medientechnologien, die Ansiedlung von innovativen Medienunternehmen, eine Vielzahl von internationalen Filmforen und -veranstaltungen sowie die Bildung und Förderung von Netzwerken.

Die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH ist erste Anlaufstelle für alle Kreativen der Film- und Medienwirtschaft in beiden Bundesländern. Der Geschäftsbereich Filmförderung fördert Filme und filmbezogene Projekte vor allem in den Kategorien Stoff- und Projektentwicklung, Produktion, Verleih und Vertrieb sowie Filmtheater. Außerdem werden Filmschaffende in Finanzierungsfragen beraten und über die Möglichkeiten der fachlichen Weiterbildung in der Medienwirtschaft informiert. Der Geschäftsbereich Standortmarketing sorgt für die nationale und internationale Präsentation und Profilierung, für aktuelle Standortinformationen sowie für die länder- und branchenübergreifende Vernetzung der Film- und Medienwirtschaft und unterstützt die Wirtschaftsförderungsgesellschaften beider Länder bei der Ansiedlung von Medienunternehmen. Von den Aktivitäten der Medienboard GmbH profitieren primär mittelständische Medienunternehmen sowie Freiberuflerinnen und Freiberufler.

Die ILB und die Investitionsbank des Landes Berlin (IBB) stellen Zwischenkredite für Film- und Fernsehproduktionen zur Verfügung. Dieses Programm ist auch für digitale Medieninhalte geöffnet worden. Zusätzlich führt die ILB mit Unterstützung des Landes seit 2011 das Programm der Gap-Finanzierung durch. Mit dem Gap-Darlehen können insbesondere kleine und mittlere Produktionsgesellschaften, die einen wesentlichen Teil ihres Film- oder TV-Projekts in der Medienregion Berlin-Brandenburg umsetzen, eine noch bestehende Lücke innerhalb ihrer Filmfinanzierung schließen.

Um die Vernetzungsaktivitäten insbesondere der kleineren und mittleren Unternehmen zu unterstützen, fördert das MWE seit 2010 das Netzwerk media connect Brandenburg. Dieses Netzwerk, das neben der Stadt Potsdam auch in Frankfurt (Oder), Cottbus und Brandenburg a.d.H. aktiv ist, ermöglicht insbesondere den mittelständischen Medienunternehmen, ihre Marketingaktivitäten durch gemeinsame Publikationen und Messeauftritte zu bündeln und gemeinsame Projekte wie gemeinsame Forschungsvorhaben zu realisieren. So haben sich in dem Unternehmens- und Forschungsbündnis 13 meist mittelständische Medienunternehmen mit Forschungseinrichtungen unter der Bezeichnung „D-Werft“ zusammengeschlossen, um gemeinsam Forschungsvorhaben im Bereich der digitalen Produktionstechnologien zu realisieren.

### 3.3 Innovation

Innovative Fähigkeiten sind entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Entsprechend ist die Innovationspolitik ein Schlüsselement für die wirtschaftliche Entwicklung. Den strukturellen bzw. institutionellen Rahmen bildet die „Gemeinsame Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg“ (**innoBB**), die die Innovationspolitik in einen größeren, länderübergreifenden Zusammenhang stellt. Ergänzend dazu wird mit **innoBB-plus** der strategische Rahmen zur integrierten Entwicklung brandenburgspezifischer Cluster gesetzt.

#### **Gemeinsame Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg (innoBB)**

Mit der im Juni 2011 von beiden Landesregierungen beschlossenen Innovationsstrategie stellt sich die Hauptstadtregion den rasch verändernden Rahmenbedingungen im globalen Standortwettbewerb. innoBB formuliert einen neuen Gestaltungsrahmen für eine über Ländergrenzen hinausgehende, weitere Entwicklung der Hauptstadtregion hin zu einem einheitlichen und wettbewerbsfähigen Innovationsraum. innoBB setzt - im Sinne einer „smart specialisation strategy“ - zur Stärkung dieser Position und zur weiteren Schärfung des Standortprofils auf den zielgerichteten Ausbau der 2010 und 2011 auf den Weg gebrachten **länderübergreifenden Cluster** mit hohem Entwicklungspotenzial (Gesundheitswirtschaft; Energietechnik; Verkehr, Mobilität und Logistik; IKT, Medien und Kreativwirtschaft sowie Optik).

Das Land Brandenburg hat entschieden, neben den fünf gemeinsamen Clustern mit Berlin weitere vier brandenburgspezifische Cluster zu fördern (**innoBB-plus**), um die für die Wirtschaft des Landes bedeutenden Unternehmen in den industriedominierten Branchen Metall sowie Kunststoffe und Chemie in den Clusterprozess einzubeziehen. Des Weiteren sollen die großen Potenziale der landwirtschaftlichen Strukturen durch die Entwicklung des Clusters Ernährungswirtschaft noch besser genutzt werden. Dies erfolgt auch durch eine Verzahnung des Entwicklungsplans für den ländlichen Raum (EPLR) mit der EFRE-Förderung. Das vierte brandenburgspezifische Cluster ist wegen seiner großen Bedeutung der Tourismus (siehe dazu den Exkurs zum Thema Tourismus in Kapitel 2.5). Die Tourismusstrukturen von Berlin und Brandenburg weisen erhebliche strukturelle Unterschiede auf, so dass eine zwar partnerschaftliche, aber jeweils spezifische Unterstützung des Tourismus in beiden Ländern sinnvoller ist.

Die Etablierung der fünf länderübergreifenden Cluster sowie der vier brandenburgspezifischen Cluster mit ihren jeweiligen Clustermanagementstrukturen ist im Wesentlichen abgeschlossen. Die weitere Entwicklung der Cluster erfolgt auf der Grundlage von **Masterplänen**, die evaluiert (Gesundheitswirtschaft in 2012) oder bereits erstellt wurden (Energietechnik in 2011; Tourismus in 2011) bzw. neu erarbeitet werden (Verkehr, Mobilität und Logistik; Optik; IKT, Medien und Kreativwirtschaft; Ernährungswirtschaft; Metall; Kunststoffe und Chemie, alle jeweils im 1. Halbjahr 2014).

Die inhaltliche Ausrichtung der einzelnen Cluster geht über rein technologische Aspekte in Forschung und Anwendung hinaus. Ein größeres Kooperationsumfeld für die Clusterakteure, geschlossene Wertschöpfungsketten, eine größere Wertschöpfungstiefe, ein verbesserter Wissensaustausch und die Initiierung strategischer Forschungs- und Entwicklungs- bzw. Verbundprojekte tragen zur Stärkung der Wirtschafts- und Innovationskraft sowie zur besseren internationalen Positionierung der Region bei.

Mit der Clusterbildung soll insbesondere den vielfach kleinen und mittleren innovativen Unternehmen, die nur über begrenzte Forschungs- und Entwicklungskapazitäten verfügen, die Möglichkeit gegeben werden, im Verbund ihre Potenziale und Kompetenzen zu entwickeln und in einem breiten Kontext regionaler Wertschöpfung mitzuwirken. Seitens der Clustermanagements werden neue Kontakte zwischen Unternehmen und mit der Wissenschaft geknüpft, aus denen sich neue (Kooperations-) Projekte entwickeln.

Die Clusterinitiativen sind im Rahmen der innoBB bzw. innoBB-plus über sog. **wachstumsrelevante Querschnittsthemen** in einem breiteren Wirtschaftsumfeld verankert (aktuell im Vordergrund: Werkstoffe / Materialien; Produktions- und Automatisierungstechnik; Clean Technologies sowie Sicherheit). Auch Fragestellungen aus dem Bereich der Bioökonomie werden hier aufgegriffen.



Der Clusterentwicklungsprozess wird unterstützt durch Maßnahmen zur Forcierung des Wissens- und Technologietransfers (einschließlich innovativer Gründungen und einer zielgerichteten Fachkräftesicherung), der internationalen Vernetzung, der Sicherung der Finanzierung von Forschung und Entwicklung (FuE) sowie von Managementstrukturen und einem erweiterten Cluster- und Standortmarketing als wesentlichem Element der Profilschärfung.

### **Regionalisierung der Clusterpolitik**

Neben der sektoralen Fokussierung spielt für das Flächenland Brandenburg auch die regionale Komponente eine wesentliche Rolle. Für eine erfolgreiche Clusterpolitik ist es entscheidend, alle Potenziale der Akteure von Wirtschaft und Wissenschaft im gesamten Land in den Prozess zu integrieren. Insbesondere ist eine Verbindung mit der regionalpolitischen Schwerpunktsetzung im Land Brandenburg über die 15 Regionalen Wachstumskerne (RWK) erforderlich.

Um die RWK hierbei zu unterstützen, hat das MWE von 2011-2013 insgesamt 30 RWK-Einzelmaßnahmen im Rahmen des EFRE-TH-Projektes<sup>27</sup> „Erhöhung der Wirksamkeit von EFRE-Interventionen in den RWK“ gefördert. Im Mittelpunkt standen Projekte, die EFRE-förderfähige Investitionen vorbereiten, die Standortentwicklung unterstützen und zur regionalen Umsetzung der Clusterstrategie beitragen.

Ergänzend wurde 2013 mit dem EFRE-TH-Projekt „Regionalisierung der Clusterpolitik“ ein zweites Programm bereitgestellt, das regionale Clusterinitiativen fördern und zur Integration von RWK-Prozess und Clusterstrategie beitragen soll. Förderfähige RWK-Clusterprojekte sind u.a.

- Innovations-Dialoge mit regionalen Schlüsselunternehmen,
- Intensivere Vernetzung von Unternehmen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie
- regionale Clusterkonzepte/-dialoge.

Der erste Cluster- und Standortdialog fand am 26. September 2013 in Schwedt (Oder) zum Thema „Energieeffizienz – State of the Art und neue Wege“, die zweite Veranstaltung am 14. November 2013 in Cottbus zum Thema „Speichertechnologien – Herausforderung und Chance der Energiewende“ statt. Im Frühjahr 2014 werden voraussichtlich Veranstaltungen zu den Themen Ernährungswirtschaft (RWK Prignitz), Gesundheitstourismus (RWK Neuruppin), Industriewasserwirtschaft (RWK Spremberg) sowie Zukunft der IT und des IT-Standortes Potsdam stattfinden.

### **Innovationspreis Berlin-Brandenburg**

Der gemeinsame Innovationspreis Berlin-Brandenburg entwickelt sich zunehmend zur Plattform und Leistungsschau der innoBB. Im Wettbewerbsjahr 2013 gab es 135 Wettbewerbsteilnahmen (Vorjahr: 102), darunter 89 KMU-Beiträge (Vorjahr: 63) inkl. 12 Beiträgen von Handwerksbetrieben (Vorjahr: 4). 17 Einreichungen betrafen gemeinsame Projekte von Wirtschaft mit Wissenschaft; 16 Bewerbungen wurden als Verbundprojekte Berlin-Brandenburg eingereicht.

### **Einzelbetriebliche Innovationsförderung und -beratung**

Für die einzelbetriebliche Innovationsförderung (sowie für die Verzahnung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, siehe unten) wurde in Brandenburg ein umfassendes System entwickelt, das Unterstützungsmaßnahmen über den gesamten Lebenszyklus innovativer Produkte oder Leistungen anbietet:

- Der „**Brandenburger Innovationsgutschein**“ des MWE ist ein niedrigschwelliges Instrument im Bereich Wissens- und Technologietransfer, mit dem KMU des Produzierenden Gewerbes und des Handwerks wissenschaftliche Leistungen einkaufen können, um ihren ganz konkreten Innovationsbedarf zu decken. Damit soll die Hemmschwelle bei KMU bei der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen überwunden werden. Das Programm und die seit November 2011 verbesserten Förderkonditionen (die Höchstbeträge der Förderung betragen nun 3.000 Euro für die „Kleinen“ und 15.000

---

<sup>27</sup> Gefördert aus der Technischen Hilfe des EFRE.

Euro für die „Großen Gutscheine“) werden von den KMU gut angenommen. Als erste Ansprechpartner stehen die Transferstellen an den brandenburgischen Hochschulen und die ZAB zur Verfügung. Im Berichtszeitraum konnten 366 Innovationsgutscheine mit einer Fördersumme von 2,5 Mio. Euro unterstützt werden.

- **FuE-KMU-Richtlinie sowie der FuE-Große Richtlinie:** Im Rahmen der KMU-Richtlinie wurden im Berichtszeitraum 256 Projekte mit einer Fördersumme in Höhe von mehr als 69 Mio. Euro gefördert. Damit konnte ein Gesamtinvestitionsvolumen von mehr als 129 Mio. Euro induziert sowie die Schaffung von mehr als 562 geplanten neuen Arbeitsplätzen unterstützt werden. Über die FuE-Große-Richtlinie wurden 21 Zuwendungsbescheide an KMU mit einer Fördersumme von rd. 22,6 Mio. Euro erteilt und ein Investitionsvolumen von rund rd. 39,1 Mio. Euro induziert. Für Nicht-KMU wurden im selben Zeitraum 72 Förderbescheide mit einer Fördersumme von rd. 76,0 Mio. Euro und einem Investitionsvolumen von 130,0 Mio. Euro erteilt.
- Ziel des 2012 beendeten „**Brandenburger Innovationsprogramms zur Förderung der Implementierung neuer Lösungen für mehr Wachstum und Beschäftigung**“ (**ProVIEL**) war die Entwicklung neuer Geschäftsfelder und -modelle (z.B. für Dienstleitungen im Bereich der Material- und Energieeffizienz durch die Nutzung innovativer Technologien oder Gesundheitsdienste). Zielgruppe waren KMU des Dienstleistungssektors, des Handwerks und des Produzierenden Gewerbes. ProVIEL war ein Förderprogramm im Rahmen der EFRE-Experimentierklausel, durch das insgesamt 17 Projekte mit einer Fördersumme in Höhe von rund 1,6 Mio. Euro unterstützt werden konnten. Die Erkenntnisse aus ProVIEL wie eine stärkere Marktorientierung der Projekte, die Förderung der unmittelbaren Marktvorbereitung und -einführung sowie die gezielte FuE-Förderungen im Wettbewerbsverfahren zu ausgewählten Themen in den Clustern sollen ab 2014 in die neue FuE-Regelförderung integriert werden.
- **Das EFRE-Zuschussprogramm des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF) für innovative Gründungen (Gründung innovativ)** deckt einen dringenden Bedarf von innovativen Start-up-Unternehmen ab, die wegen fehlenden Eigenkapitals und mangels Sicherheiten Probleme haben, Bankkredite zu erhalten. Das Programm ging im Juli 2011 in die zweite Förderphase, die bis Ende 2013 dauerte. Dabei wurden einige Fördergrundsätze leicht modifiziert: Antragsberechtigt waren in der zweiten Förderperiode ausschließlich Erstgründerinnen und Erstgründer sowie Unternehmen in den ersten beiden Jahren nach der Gründung (zuvor fünf Jahre). Bei der Förderung von Personalausgaben wurde zudem eine verpflichtende Lohnuntergrenze von 7,50 Euro eingeführt. Das Förderprogramm gilt ausschließlich für Maßnahmen in der Förderregion Brandenburg Nord-Ost. Von 2009 bis 2013 wurden 44 Gründungsvorhaben mit rd. 3,6 Mio. Euro gefördert.
- Das **Enterprise Europe Network Berlin-Brandenburg (EEN BB)** informiert und berät KMU über innovationsrelevante Entwicklungen, Initiativen und Programme der EU und hilft bei der Suche nach Geschäfts- und Technologiepartnern. Regelmäßige Veranstaltungen, z.B. Informationstage zu EU-Ausschreibungen sowie Kooperationsbörsen insbesondere auf internationalen Messen und Dialogforen ergänzen das Angebot. So hat das EEN BB in 2012 z.B. erfolgreich Existenzgründer und Unternehmen im Rahmen von „Europasprechstunden“ in verschiedenen Regionen im Land Brandenburg über die Möglichkeiten der EU-Förderung informiert. Im Jahr 2013 organisierte das EEN BB u.a. eine Kooperationsbörse auf der wichtigsten internationalen Logistikmesse in München, der transport logistic 2013.

### ***Verzahnung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft***

Für eine enge Verzahnung von Wirtschaft (hier insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen) und Wissenschaft gibt es im Land Brandenburg seitens der Hochschulen sehr gute Voraussetzungen:

- So sind die **Fachhochschulen** des Landes Brandenburg im bundesweiten Vergleich sehr forschungsstark. Durch ihre anwendungsorientierte Forschung geben Fachhochschulen wichtige Impulse

für Innovationen in der Wirtschaft und fördern insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit von KMU. Die im Jahr 2009 eingerichteten **Forschungsprofessuren** an Fachhochschulen tragen maßgeblich zu einer intensiven transferbezogenen Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft bei. Derzeit gibt es an den brandenburgischen Fachhochschulen 30 Forschungsprofessorinnen und -professoren. Weitere solcher Professuren sind geplant.

- Die **Zielvereinbarungen** des MWFK mit den Hochschulen (Laufzeit bis Ende 2013) sowie die für den Zeitraum 2014 bis 2018 geschlossenen **Hochschulverträge** verfolgen u.a. das Ziel, den Wissens- und Technologietransfer durch ein gemeinsames Vorgehen in der Förderung des Unternehmertums und der Unterstützung von Gründungen voranzubringen.

Der engen Verzahnung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft dienen folgende Maßnahmen:

- Aus der **Richtlinie des MWE zur Förderung des wirtschaftsbezogenen Technologietransfers und des Clustermanagements** können seit Ende 2011 neben den Transferstellen an den brandenburgischen Hochschulen weitere Projekte unterstützt werden, die die Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft weiter vorantreiben sollen. Im Berichtszeitraum 2009 bis Ende 2013 konnten im Rahmen dieser Richtlinie insgesamt 90 Zusagen mit einer Fördersumme in Höhe von rd. 32,2 Mio. Euro erteilt werden.

Die Standortmanagements im Gründungsgeschehen an den brandenburgischen Hochschulen stellen Erst- und Orientierungsinformationen für Gründungsinteressierte an den Hochschulen zur Verfügung und leiten dann gezielt an die bekannten Gründungsberater (z. B. Gründerservice, Wirtschaftskammern, ZAB) weiter, um den Ausgangspunkt für neue unternehmerische Tätigkeiten in Brandenburg zu setzen. Einen Zugang von Unternehmen zu akademischen Erfindungen ermöglicht die Patentverwertungsagentur „**ZAB Brainshell**“. Die Clustermanagements der fünf gemeinsamen Cluster mit Berlin sowie der vier brandenburgischen Cluster treiben die Vernetzung in Branche und Region voran und übernehmen die länderübergreifende Koordinierung des clusterbezogenen Transfers. Internationale Cluster-zu-Cluster-Kooperationen sowie die Umsetzung von FuE-Projekten, die von EU-Forschungsförderung profitieren können, werden über das Projekt „**CLINT-INNO**“ unterstützt, um so weitere Lücken zu schließen.

- Das MWFK fördert mit verschiedenen Maßnahmen die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Mit dem **Programm „Forschungs- und Innovationsförderung zur Steigerung der Innovationskraft an Brandenburger Hochschulen“** werden innovative Forschungs- und Entwicklungsprojekte der Hochschulen des Landes mit Unternehmen gefördert. Im Zeitraum 2009 bis 2013 wurden insgesamt 201 Kooperationsprojekte mit insgesamt rd. 9,2 Mio. Euro gefördert.
- Mit dem **Programm „Wissens- und Technologietransfer für Innovationen“** fördert das MWFK den weiteren Aufbau von anwendungsorientierten Forschungsstrukturen und -kapazitäten aus EFRE-Mitteln. Im Zeitraum 2009 bis 2013 wurden insgesamt 164 Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Hochschulen in Kooperation mit der Wirtschaft mit rd. 14,2 Mio. Euro gefördert, um das regionale Forschungspotenzial und die technologische Entwicklung Brandenburgs, insbesondere in den Zukunftsfeldern und Clustern, zu stärken.
- Aus ESF-Mitteln förderte das MWFK von 2007 bis 2013 insgesamt 10 Projekte zur „**Netzwerkbildung mit Unternehmen**“ mit rund 2 Mio. Euro.
- Die vom MWFK initiierte und von 2009 bis 2011 mit einer Anschubfinanzierung in Höhe von rd. 220.000 Euro geförderte **Forschungsplattform Klimawandel** hat das Ziel, die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Wirtschaft zu fördern und die

Hauptstadtregion Brandenburg-Berlin als Modellregion für das wissenschaftliche Verständnis und den Umgang mit den Folgen des Klimawandels zu etablieren. Der Verein hat derzeit 26 Mitglieder.

- Mit der **Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien in der Land- und Ernährungswirtschaft sowie in der Forstwirtschaft** fördert das MIL mit Mitteln des ELER die nachhaltige Stärkung der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum. Mit dieser Förderung wird das Ziel einer besseren Nutzung von Marktchancen durch die Verbreitung innovativer Methoden und Konzepte für die Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien verfolgt.

### 3.4 Ökologische Modernisierung und nachhaltiges Wirtschaften

Ökologische Modernisierung umfasst Verbesserungen der Energieeffizienz und Energiesparmaßnahmen z.B. bei Gebäuden, Produktionsanlagen oder beim Gütertransport. Moderne Energietechnologien bieten gleichzeitig ein großes Potenzial für Unternehmen, sich neue Märkte mit innovativen Produkten zum Umweltschutz bzw. zur Energie- und Ressourceneffizienz zu erschließen. Diese Aspekte sind sowohl für die brandenburgischen KMU von hoher Relevanz als auch für die Weiterentwicklung der brandenburgischen Wirtschaft insgesamt. Die ökologische Modernisierung ist daher ein fundamentaler Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung und findet sich auch in der Energiestrategie 2030 wieder.

Die Landesregierung unterstützt brandenburgische KMU bei der ökologischen Modernisierung durch folgende Maßnahmen zur Sensibilisierung, Information, Beratung und zur Förderung von Investitionen im Zusammenhang mit der Energieeffizienz:

- Im Jahr 2012 feierte die EnergieSpar-Agentur des Landes Brandenburg ihr 20-jähriges Bestehen. In den 90er Jahren als BEA – Brandenburgische EnergieSpar-Agentur und seit Gründung der ZAB als „**ZAB Energie**“ berät sie Unternehmen und Kommunen anbieterneutral zu allen Fragen der Energieeffizienz, zu Einsparkonzepten im Prozess- und Gebäudebereich und deren Wirtschaftlichkeit, zur Einführung von Energiemanagements und zur Nutzung erneuerbarer Energien. ZAB Energie ist zudem Regionalpartner im KfW-Programm „Energieberatung Mittelstand“ und wirkt an der operativen Umsetzung der Energiestrategie 2030 mit dem zugehörigen strategischen Maßnahmenkatalog mit. Dies beinhaltet u.a. das begleitende Monitoring, sowie die Begleitung der Erstellung und Umsetzung der fünf vom Land Brandenburg geförderten regionalen Energiekonzepte in den Regionalen Planungsgemeinschaften. Darüber hinaus koordiniert ZAB Energie die „Energieallianz Brandenburg“, die mit Energieversorgern, IHKn, HKWn und Verbänden die regionalen Akteure in einer Plattform vereint und wichtiger Baustein in der Umsetzung der Energiestrategie 2030 ist.
- Vorhaben zum verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien sowie zu höherer Energieeffizienz und Versorgungssicherheit werden nach der Richtlinie **RENplus** gefördert. Das Programm wurde stärker auf die Zielvorgaben der brandenburgischen Energiestrategie abgestimmt, der Kreis der Berechtigten für Fördermittel erweitert. Zuschüsse gibt es z.B. für Anlagen zur Energierückgewinnung und Wärmepumpen. Darüber hinaus können auch Veranstaltungen und Maßnahmen zur Sensibilisierung und Beratung zum Thema Energieeffizienz aus dem Programm gefördert werden. Zur Sensibilisierung der Wirtschaft in Energieeffizienzfragen werden die bestehenden GRW-Netzwerke über die Energieallianz Brandenburg mit eingebunden. Zu diesem Zweck werden auch sektorale Energiekonzepte (d.h. Energiekonzepte für einzelne Branchen, z.B. Bäckereien, Papierherstellung) aus RENplus gefördert. Ergänzend hierzu sind Energieeffizienzmaßnahmen in gewerblichen Prozessabläufen sowie die Einführung von nach DIN ISO 50001 zertifizierten Energiemanagementsystemen förderfähig. Der Sensibilisierung und Beratung dienen auch die von der ZAB Energie durchgeführten Einzelveranstaltungen zu Themen wie „Energieeffizienz in Kommunen“ und „Contracting für Krankenhäuser“. Im Zeitraum 2009 bis Ende 2013 ist mit 6,6 Mio. Euro rund die Hälfte der Fördermittel von insgesamt ca. 13,3 Mio. Euro

an KMU geflossen. Damit konnten 67 Projekte der KMU mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 35,8 Mio. Euro unterstützt werden.

- Das **Cluster Energietechnik** wird in der Hauptstadtregion zu einem wachsenden, international wettbewerbsfähigen Wissenschafts- und Wirtschaftscluster weiterentwickelt und entsprechend vermarktet. Das Cluster ist geprägt durch ca. 4.800 Unternehmen mit rund 53.600<sup>28</sup> Beschäftigten in Berlin und Brandenburg. Die Schwerpunkte liegen sowohl auf klassischen Energiesektoren als auch auf Erneuerbaren Energien sowie auf Energieservices und -dienstleistungen. Im November 2012 wurde der Masterplan Energietechnik Berlin-Brandenburg verabschiedet. Dieser entstand in einem breiten Diskussionsprozess mit den Clusterakteuren.

Die Mehrzahl brandenburgischer Unternehmen, die systematischen Umweltschutz betreiben und hierzu an dem europäischen Umweltmanagement- und Auditsystem EMAS teilnehmen oder nach der internationalen Umweltmanagement-Norm ISO 14001 bzw. dem „Brandenburger Umweltsiegel“ zertifiziert sind, sind KMU. Diese Umweltleistungen werden durch die Landesregierung honoriert: durch öffentliche Anerkennung, Gebührenermäßigungen, Vollzugserleichterungen, Zuschläge bei der Bewilligung von Fördermitteln und durch die Möglichkeit einer Teilnahme an der Umweltpartnerschaft:

- Die 1999 von der Landesregierung, den brandenburgischen Wirtschaftskammern und dem UVB Berlin und Brandenburg e. V. als Kooperationsprojekt gegründete **Umweltpartnerschaft Brandenburg** hat sich zu einem wichtigen Instrument der Zusammenarbeit und des Meinungsaustausches von Wirtschaft und Landesregierung in der Umwelt- und Wirtschaftspolitik sowie zu einem Impulsgeber für umweltbewusstes Wirtschaften und betrieblichen Umweltschutz entwickelt. Im Jahr 2010 haben die Landesregierung und die beteiligten Organisationen der Wirtschaft erneut die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Umweltpartnerschaft mit dem Ziel beschlossen, noch mehr Unternehmen für die Einführung systematischer Maßnahmen der Ressourceneffizienz, des Umwelt- und Klimaschutzes sowie für nachhaltiges Wirtschaften zu gewinnen. Dem Teilnehmernetzwerk gehören mehr als 70 überwiegend kleine und mittelständische Unternehmen an.

Zur ökologischen Modernisierung gehört die **Verlagerung von Gütertransporten auf umweltfreundliche Verkehrsträger** wie Bahn und Binnenschiffe. Um die Informationstransparenz und damit die Attraktivität dieser Verkehrsträger im Land Brandenburg u.a. für kleine und mittlere Unternehmen zu erhöhen, hat das MIL die Internetseite [www.logistics-brandenburg.de](http://www.logistics-brandenburg.de) erarbeitet:

- Das **internetbasierte Güterverkehrsinformationssystem** bietet Nutzern aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung einen umfassenden Überblick sowie ausgewählte Detailinformationen zu den öffentlichen und privaten Schienenzugängen und Häfen. Ergänzt wird dieses Informationssystem durch Informationen zu Gewerbegebieten, die beispielsweise Details zur Anbindung an die Infrastruktur und weitere unternehmensrelevante Angaben wie Größe verfügbarer Grundstücke oder verfügbare Medien beinhalten.

### 3.5 Internationalisierung von KMU, Zusammenarbeit mit Polen

Der Begriff Internationalisierung bedeutet mittelstandspolitisch in erster Linie Unterstützung der KMU bei der Aufnahme oder der Ausweitung von Markterschließungsaktivitäten auf europäischen und internationalen Märkten. Internationalisierung bedeutet weiterhin, Kooperationen mit ausländischen Unternehmen einzugehen und sich internationalen Netzwerken anzuschließen, um auf diese Weise an zusätzliches Know-how zu gelangen, Technologien auszutauschen oder gemeinsam entwickeln zu können.

---

<sup>28</sup> Angaben der BA; Stand: 30. Juni 2012

Zur einzelbetrieblichen Unterstützung werden vom MWE u.a. folgende Instrumente eingesetzt:

- Das MWE unterstützt kleine und mittelständische Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte vor allem über die „**Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft zur Förderung von Unternehmensaktivitäten im Management, Marketing, Messen und Markterschließung im In- und Ausland von kleinen und mittleren Unternehmen (M4)**“. Die Laufzeit der Richtlinie wurde bis zum 31. Dezember 2014 verlängert. Gefördert werden
  - Maßnahmen des innerbetrieblichen Managements;
  - Maßnahmen des Marketings und der strategischen Unternehmensführung im Inland;
  - die Teilnahme an Messen und Ausstellungen;
  - Maßnahmen zur Vorbereitung des Marktauftritts auf einem neuen Markt und Markterschließungsstrategien im Ausland; Marktzugangprojekte, die zielland- bzw. branchenorientiert sind sowie
  - innovationsunterstützende Dienstleistungen wie Zertifizierung und Anpassung von Produkten an neue Märkte.

Im Rahmen der M4-Richtlinie wurden im Berichtszeitraum 2009 bis Ende 2013 insgesamt 771 Vorhaben mit einer Zugesumme in Höhe von 7,6 Mio. Euro gefördert.

- Die jährlich im Wechsel gemeinsam mit Berlin durchgeführte **Außenwirtschaftskonferenz Berlin-Brandenburg** dient der Information und Motivation insbesondere international noch wenig erfahrener KMU. Die Konferenz widmet sich wechselnden Themen- und Regionalschwerpunkten und bietet in Workshops vertiefende Informationen z.B. zu Zollfragen. Daneben stehen auf dem im Rahmen der Konferenz organisierten „Marktplatz Außenwirtschaft“ alle wichtigen außenwirtschaftlichen Akteurinnen und Akteure der Hauptstadtregion für Fragen und zur Beratung der Unternehmen zur Verfügung.

Am 12. November 2012 fand in Berlin die 10. Außenwirtschaftskonferenz Berlin-Brandenburg statt. Schwerpunktthema waren Geschäftschancen in der Türkei. Die 11. Außenwirtschaftskonferenz beschäftigte sich am 4. Dezember 2013 in Potsdam mit den USA und dem amerikanischen Markt.

- Im Zeitraum 2009 bis Ende 2013 wurden 37 Unternehmerreisen mit insgesamt 473 teilnehmenden KMU und wissenschaftlichen Einrichtungen durch das Land unterstützt.<sup>29</sup> Bei der Akquisition der teilnehmenden KMU wird in der Regel angestrebt, drei bis vier speziell an das Zielland angepasste Branchenschwerpunkte für die Zusammensetzung der Delegation zu erreichen. Im Rahmen der Unternehmerreisen werden den teilnehmenden KMU in erster Linie gemäß ihrer eigenen Zielsetzungen Kontakte zu potenziellen ausländischen Geschäftspartnern vermittelt und auf diese Weise ihre Markterschließungsaktivitäten unterstützt. Ebenso werden für die teilnehmenden KMU und wissenschaftlichen Einrichtungen Kontakte zu potenziellen Kooperationspartnern im Wirtschafts-, Wissenschafts- und Forschungsbereich vermittelt.

Zur Förderung weiterer Internationalisierungsaspekte mit KMU-Bezug dienen insbesondere folgende Programme des MASF:

- Mit der Richtlinie „**Förderung des transnationalen Wissens- und Erfahrungsaustauschs für die Gestaltung einer zukunftsorientierten Arbeitspolitik im Land Brandenburg**“ unterstützt das MASF transnationale Aktionen und Maßnahmen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit Partnern aus anderen europäischen Ländern zu vertiefen sowie zur Entwicklung und Verbreitung arbeitspolitischer Innovationen beizutragen. 60 Projekte mit Partnern aus 19 EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz wurden seit dem Inkrafttreten der Richtlinie im April 2009 bis Ende 2013 gefördert. Dafür wurden 6,8 Mio.

---

<sup>29</sup> Mehrfachzählung von Reisen und Teilnehmenden bei Reisen, die in mehrere Länder führten.

Euro eingesetzt. Darüber hinaus wurden im 2. Halbjahr 2013 weitere 14 Projekte für die Förderung ausgewählt, die sich derzeit noch in der Antragsbearbeitung/Bewilligung befinden. Bei den transnationalen Kooperationen geht es u.a. um Fragen der Fachkräftesicherung, um die Sicherung von Arbeitsplätzen durch ökologische Strategien oder um Möglichkeiten der Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Aber auch Projekte zur Existenzgründung, Ausbildung und Integration von Benachteiligten in den Arbeitsmarkt werden durchgeführt. Viele Projekte haben Bezüge zu den Clustern. Die Geltungsdauer der Richtlinie (gefördert mit Mitteln des ESF) wurde über den 31. Dezember 2013 hinaus bis zum 31. März 2015 verlängert.

- Das **Programm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“**, das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie von der BA gefördert wird, ist im Land Brandenburg in Gestalt eines eigenständigen Landesnetzwerks vertreten. Die Koordinierungsstelle des Netzwerkes sowie die Beratungsstelle für im Ausland erworbene Berufsabschlüsse sind beim MASF angesiedelt, weitere acht Projekte werden von Trägern im Land durchgeführt. Neben der Begleitung der gesetzlichen Neuregelung von Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsqualifikationen ist die Qualifizierung von Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund ein weiterer Baustein des Landesnetzwerks. Im Rahmen dieses Projektes wird dieser Personengruppe betriebswirtschaftliches Wissen vermittelt, um sie bei der Führung ihres Betriebes zu unterstützen. In einem weiteren Teilprojekt des Netzwerkes – „IQ für Arbeitgeber“ – werden Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Personalverantwortliche brandenburgischer Unternehmen zu Fragen bei der Einstellung von Beschäftigten mit Migrationshintergrund und zur interkulturellen Öffnung beraten. Außerdem bietet das „IQ Netzwerk Brandenburg“ in Kooperation mit den Hochschulen Informationsveranstaltungen für ausländische Studierende und Absolventinnen und Absolventen an, bei denen über Beschäftigungsmöglichkeiten in Brandenburg und damit im Zusammenhang stehende rechtliche Fragen informiert wird.

Wichtiges Instrument zur mittelbaren Unterstützung von KMU bei der grenzübergreifenden Zusammenarbeit sind die Programme im Rahmen der „Europäischen territorialen Zusammenarbeit“ (sog. INTERREG IV A Programme):

- Im Rahmen der **INTERREG IV A-Programme** 2007 bis 2013 Polen (Wojewodschaft Lubuskie) – Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg – Polen (Wojewodschaft Zachodniopomorskie) wird in der Priorität 2 (Förderung der Wirtschaftsverflechtungen sowie der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft) eine Vielzahl von deutsch-polnischen Unternehmenskooperationen und -netzwerken unterstützt. Dies geschieht insbesondere durch Kooperationsbörsen, Branchenkonferenzen und gegenseitige Wirtschaftspräsentationen. Davon zielen z.B. die INTERREG IV A Projekte „WIKOB“ (Wirtschaftskooperationsbüro Euroregion Spree-Neiße-Bober) und „viadukt innovativ“ (Grenz überschreitende Kooperation und Netzwerkbildung von KMU und Wissenschaft in der Euroregion Pro Europa Viadrina) auf die Intensivierung der wirtschaftlichen Verflechtung und die Verbesserung der Wettbewerbs- und Kooperationsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen auf dem jeweiligen Nachbarmarkt.
- Zur **Entwicklung des deutsch-polnischen Wirtschaftspotenzials in den Grenzregionen** mittels gezielter Kooperationsbeziehungen tragen ebenfalls die Euroregionen Pomerania, Pro Europa Viadrina und Spree-Neiße-Bober bei. Alle drei Euroregionen feierten in den Jahren 2011-2013 ihr 20-jähriges Jubiläum. Die Stärkung der regionalen Wirtschaft stand von Anfang an im Vordergrund der Arbeit der Euroregionen und wird auch in den im Jahr 2013 vorbereiteten Entwicklungs- und Handlungskonzepten der Euroregionen für die Jahre 2014 - 2020 wieder als ein Schwerpunkt definiert.

Die wirtschaftliche bzw. wirtschaftspolitische **Zusammenarbeit mit Polen** wurde im Berichtszeitraum weiter ausgebaut. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Polen konzentrieren sich vor allem auf die Partnerwojewod-

schaften des Landes Brandenburg. Neue Akzente gab es im Arbeitsmarkt-, Ausbildungs- und Infrastrukturbereich:

- Zum 31. März 2012 sind in den Wojewodschaften Wielkopolskie/Großpolen und Dolnośląskie/Niederschlesien erneut **Partnerschaftsbeauftragte** für einen Zeitraum von drei Jahren eingesetzt worden. Die Partnerschaftsbeauftragten haben die Aufgabe, Kooperationen mit den Partnerregionen anzuregen. In diesem Zusammenhang sind z.B. der Aufbau und der Ausbau sowie die Nutzung von Regionalnetzwerken relevant. In Wielkopolskie/Großpolen wurden in 2013 mit Unterstützung der Partnerschaftsbeauftragten z.B. Kontakte zur Ernährungswirtschaft aufgebaut. Ebenfalls wurde in 2012 beim Besuch des brandenburgischen Ministerpräsidenten in Poznań ein Businessfrühstück in Kooperation der PSB mit der ZAB zum Cluster Verkehr, Mobilität und Logistik durchgeführt. Sowohl in Dolnośląskie/Niederschlesien als auch in Brandenburg wurden durch den Partnerschaftsbeauftragten zusammen mit der ZAB Informationsveranstaltungen für interessierte polnische Unternehmen durchgeführt.
- Im April 2012 hat in Brandenburg bereits zum zweiten Mal eine politisch begleitete Studienreise von Vertreterinnen und Vertretern der **Wojewodschaft Dolnośląskie (Niederschlesien)**, vor allem niederschlesischer Unternehmen, Kommunen und Verwaltungen stattgefunden. Im Fokus stand das Thema „Erneuerbare Energien“. Dies führte zu einer Wirtschaftspräsentation des Landes Brandenburg in Wrocław/Breslau am 6. November 2012 unter dem Thema „Wojewodschaft Niederschlesien und das Land Brandenburg – Zusammenarbeit im Energiesektor“. In Cottbus wurde am 9./10. Oktober 2013 die Thematik mit einer Konferenz zum Thema „Deutsch-polnische Braunkohlekonferenz des Marschallamtes Niederschlesien und des Landes Brandenburg“ im Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) erneut behandelt.
- Gemeinsam mit der **Wojewodschaft Lubuskie (Lebuser Land)** wurde am 24. Oktober 2012 ein Workshop zum Thema „Innovation“ durchgeführt. Schwerpunkt war die Zusammenarbeit der Cluster Metall und Energietechnik. Ziel ist es, ein gemeinsames Brandenburg-Lubuskie-Cluster für Zusammenarbeit, Erfahrungsaustausch und Unternehmensförderung zu gründen.
- Mit der **Wojewodschaft Masowien** und der Hauptstadtregion **Warszawa (Warschau)** wurde im Cluster Optik eine gemeinsame Zusammenarbeit begonnen. Im Rahmen eines Workshops am 21. März 2012 wurde zunächst ein Überblick über die neuesten Entwicklungen bei der Etablierung von Clusterallianzen gegeben. Wichtige Themen sind der Informationsaustausch auf Fachebene sowie die Verbindung von Wertschöpfungsaktivitäten in beiden Regionen.
- Zur Intensivierung der Zusammenarbeit der Hauptstadtregion mit **Warszawa (Warschau)** wurde im Mai 2013 eine Kooperationsvereinbarung zwischen den deutschen Projektpartnern (Fraunhofer-Heinrich Hertz Institute, Optec-Berlin-Brandenburg e.V., Technologiestiftung Berlin GmbH) und dem Optikcluster aus Warschau (Optoklaster) unterzeichnet. Ziel der mit EFRE-Mitteln geförderten Netzwerkpartnerschaft „PHÖNIX“ ist es, Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus dem Bereich der Optischen Technologien grenzüberschreitend zu vernetzen. Mit einem Workshop am 4./5. September 2013 in Berlin zur innoBB und zur Clusterpolitik wurde der Austausch fortgeführt. Auf einem Treffen am 24./25. Oktober 2013 in Potsdam wurden Möglichkeiten der Finanzierung von interregionalen und transnationalen Clusterprojekten ausgelotet. Konkrete Clustertreffen sind ebenfalls geplant.
- Um brandenburgische und polnische Firmen aus der Chemiebranche zusammenzuführen, unterstützt das MWE zudem die jährlich in **Szczecin (Stettin) (Wojewodschaft Westpommern)** im Rahmen von „Chemika“ stattfindende branchenbezogene **Kooperationsbörse**. Am 18. Dezember 2013 fand in Szczecin (Stettin) die Konferenz „Gemeinsame Bioökonomische Region Brandenburg-Zachodniopomorskie“ statt.



- Im August 2010 wurde zwischen dem Marschallamt Lubuskie und dem MASF vereinbart, den Dialog im Bereich der Arbeitsmarktpolitik zu vertiefen und dabei Gestaltungsmöglichkeiten und Chancen für einen länderübergreifenden Arbeitsmarkt - insbesondere nach Einführung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 – auszuloten und zu nutzen. Dazu wurde im Dezember 2010 eine **Arbeitsgruppe Brandenburg-Lubuskie** gebildet, der neben Vertreterinnen und Vertretern des Marschallamtes und des MASF, der Arbeitsverwaltung und der Statistikämter auch die brandenburgischen Sozialpartner angehören. Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich u.a. mit Fragen der Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf den Arbeitsmarkt in der Region, mit einer vergleichenden Analyse der Arbeitsmärkte in Brandenburg und Lubuskie sowie mit Fragen der Fachkräftesicherung in beiden Regionen einschließlich der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Die Ergebnisse der bisherigen Arbeit sind in der Broschüre „Entwicklung eines deutsch-polnischen Arbeitsmarktes in der Region Brandenburg-Lubuskie – Potenziale und Chancen“ in Deutsch und Polnisch veröffentlicht.
- Für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Metropolregion Szczecin wurde eine Kooperation zwischen dem Marschallamt Westpommerns und den Raumordnungsbehörden Berlin-Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern initiiert. Zielstellung des Projektes „**Grenzüberschreitende Metropolregion Szczecin**“ ist die gemeinsame Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes mit Schwerpunkten zur Positionierung der grenzüberschreitenden Metropolregion Szczecin in Europa. Zu den Themenbereichen „Lage am Wasser“, „Funktion der Städte und Gemeinden“, „Menschen, Kultur, Sprache, Arbeit“ sowie „Erneuerbare Energien“ wurden Zielstellungen und Vorschläge für Leitprojekte entwickelt. Dieses Spektrum wird um weitere Themenbereiche wie das Thema „Öffentlicher Personennahverkehr/Regionalverkehr“ ergänzt. Der bisherige Arbeitsstand wurde auf der V. Raumplanungskonferenz im Oktober 2013 in Stettin vorgestellt und durch den Vizemarschall und die zuständigen Ressorts der beteiligten Bundesländer in einem Kommuniqué gewürdigt. Zugleich wurde damit die politische Unterstützung zur Fortsetzung des Projektes gegeben. Mit dem Entwicklungskonzept sollen neben Voraussetzungen für eine gelebte Kooperation in der Region auch Ansatzpunkte und begünstigende Bedingungen für eine prosperierende Wirtschaft geschaffen werden.

Der besseren **transnationalen verkehrlichen Anbindung europäischer Wirtschaftsräume** dienen verschiedene infrastrukturpolitische Projekte und Initiativen, die für das Land Brandenburg auch unter wirtschaftspolitischen Aspekten von Bedeutung sind:

- Die inzwischen abgeschlossenen Projekte SCANDRIA, SoNorA und Transitects haben einen wesentlichen Beitrag zur Revision der Transeuropäischen Verkehrsnetze geleistet und die Rolle der Hauptstadtregion als zentralem Umschlagknoten zwischen Nord-Süd und Ost-West auf europäischer Ebene verankert. Damit erhöhen sich die Chancen, logistische und Förderunterstützung zur Anbindung der Regionen an die transnationalen Netze zu erhalten. Hiermit wurden beispielsweise Voraussetzungen geschaffen und Maßnahmen getroffen für die Revitalisierung von Schienenverkehrsstrassen und deren Betrieb durch kleinere und mittelständische Betreiber.
- Darüber hinaus wurden im Rahmen dieser Projekte der transnationalen Zusammenarbeit durch die Gemeinsame Landesplanungsarbeit in Zusammenarbeit mit den Brandenburger und Berliner Verkehrsabteilungen z. B. Konzepte und Angebote für Blockzüge zwischen Skandinavien und dem Mittelmeerraum sowie Standorte für den Einsatz innovativer Verladetechnologien (Straße – Schiene) erarbeitet (Projekt ILOtech). Diese bieten Geschäftsmodelle für KMU in Bereichen mit wirtschaftlichem Nachfragepotenzial.
- Für die EU-Förderperiode 2014-2020 werden in den europäischen Kooperationsräumen Ostsee und Zentraleuropa unter maßgeblicher Beteiligung Berlin-Brandenburgs **SCANDRIA® II North und South** mit u. a. dem Schwerpunkt des Einsatzes klimaschonender Kraftstoffe vorbereitet.

- Das Projekt **Rail Baltica Growth Corridor** hat politisch-strategische Rahmenbedingungen zur Qualifizierung der europäischen Ost-West-Verkehrsachse von Finnland via Baltikum sowie Polen bis Berlin-Brandenburg, insbesondere für die Revitalisierung und Modernisierung des Eisenbahnverkehrs, geschaffen. Dies begründete die Bildung des neuen TEN-T<sup>30</sup> Korridors North Sea Baltic mit seinem Schwerpunkt im Verkehrsknoten Berlin. Es wurde u. a. mit der Etablierung des „RBGC Intermodal Node Information System – Pilot“, basierend auf der Idee des Güterverkehrsinformationssystems des Landes Brandenburg, ein wichtiger Schritt in Richtung der langfristigen Verkehrsverlagerung von der Straße zur Schiene auf europäischer Ebene durch die Erhöhung von Informationstransparenz geschaffen. Durch die Projektpartnerschaft der Stadt Ludwigsfelde und des Güterverkehrszentrums Großbeeren war eine intensive Einbindung der Logistikunternehmen und eine Kooperation der beiden Logistikstandorte gewährleistet.
- Das Projekt **TransGovernance** will zu einer besseren Abstimmung der nationalen Verkehrspolitiken in der Ostseeregion beitragen und dadurch auch die transnationalen Wirtschaftsbeziehungen unterstützen. Ausgehend von der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg finden in den verschiedenen beteiligten Regionen 2012-2014 insgesamt 9 Workshops statt, auf denen konkrete Kooperationsfelder für eine (institutionalisierte) Form der Zusammenarbeit im Entwicklungskorridor Ostsee-Adria herausgearbeitet werden sollen.
- Das **BSR Transport Cluster** (BSR = Baltic Sea Region) hat unter Beteiligung verschiedener Transport- und Logistikprojekte (u.a. des Scandria®-Projektes) Schlussfolgerungen für die Ausarbeitung der Operationellen Programme der Förderperiode 2014-2020 und für die Entwicklung „Grüner Korridore“ im Rahmen der Transeuropäischen Verkehrsnetze gezogen.

### 3.6 Stärkung des Unternehmertums und der Gründungsmotivation

Die Stärkung des Unternehmertums und der Gründungsmotivation beginnt im Land Brandenburg bereits bei den Schülerinnen und Schülern. Das Interesse für die Selbstständigkeit soll bereits bei Jugendlichen geweckt und durch praktische Tätigkeiten vertieft werden. Eine weitere spezielle Zielgruppe insbesondere im Hinblick auf innovative und technologieorientierte Gründungen sind Hochschulabsolventinnen und -absolventen sowie Studierende. Generell soll bei möglichst vielen Frauen und Männer im Land Brandenburg das Interesse für eine berufliche Selbstständigkeit geweckt werden. Wird aus dem Interesse eine konkrete Gründungsabsicht, gibt es wiederum ein kompaktes Angebot an Beratungs-, Coaching- und Finanzierungsprogrammen (siehe Kapitel 3.7).

- **SchuleWirtschaft:** Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) unterstützt die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft Berlin-Brandenburg durch die Bereitstellung von Personal in Form von Lehrerstellenanteilen für den Verein „**Netzwerk Zukunft. Schule und Wirtschaft für Brandenburg e.V.**“, der insbesondere mit der Fortbildung von Lehrkräften sowie der Unterstützung regionaler Arbeitskreise SchuleWirtschaft zur unmittelbaren Kooperation von Schulen und Wirtschaftsunternehmen beiträgt. Mitglieder im Verein sind neben dem MBS der Unternehmerverein Berlin-Brandenburg e.V. (UVB) sowie die brandenburgischen Wirtschaftskammern. Ferner sind an den 293 weiterführenden Schulen im Land Brandenburg 116 Schülerfirmen aktiv (Stand: Dezember 2013). Brandenburg ist hier mit der Servicestelle-Schülerfirmen als landesweitem Unterstützungsportal vorbildlich aufgestellt. Die Servicestelle wird von MBS und MWE mit Personalressourcen und Sachmitteln unterstützt. Kernaufgabe der Servicestelle ist es, Schülerfirmen in Brandenburg zu initiieren, zu beraten, zu qualifizieren und miteinander zu vernetzen (siehe nächster Abschnitt).
- **Servicestelle Schülerfirmen:** Das MWE unterstützte in den Jahren 2012 und 2013 die Projektarbeit von Schülerinnen und Schülern, die in Schülerfirmen arbeiten, finanziell. Im Jahr 2012 wurden Schü-

---

<sup>30</sup> Transeuropäisches Verkehrsnetz

lerfirmen im Bereich der außerschulischen Kooperationen qualifiziert und insgesamt 13 Kooperationen zwischen Schülerfirmen und Wirtschaftsunternehmen geschlossen. Im Jahr 2013 wurde diese Zielrichtung intensiv weiter verfolgt. Insbesondere sollen Schülerinnen und Schüler aus Schülerfirmen lernen, sich mit dem Gedanken des nachhaltigen Wirtschaftens auseinanderzusetzen. Hierzu sind Abschlüsse weiterer Kooperationsvereinbarungen mit nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen geplant.

- Im November 2012 hat das MWE in Kooperation mit dem MBSJ sowie den Wirtschaftsunioren Berlin-Brandenburg eine Veranstaltung durchgeführt, die zum Ziel hatte, Schülerinnen und Schüler schon frühzeitig für eine eigene unternehmerische Tätigkeit zu interessieren. Dazu wurden über das MBSJ alle Schulen, die das Unterrichtsfach „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ im Lehrplan haben, eingeladen, ihren jeweils besten Businessplan vor einer Jury aus Wirtschaftsunioren zu präsentieren. Im Anschluss daran hatten die Schülerinnen und Schüler Gelegenheit, mit den Wirtschaftsunioren ins Gespräch kommen.
- Das Projekt „**UniClass+ - Start-up in die Zukunft**“ des MWFK vermittelt Schülerinnen und Schülern in Workshops Verständnis und Interesse an unternehmerischem Denken und an einer Existenzgründung. Darüber hinaus vermittelt es Informationen zu Studienmöglichkeiten. Das Projekt unterstützt bereits im Vorfeld des Studiums Maßnahmen der Universität Potsdam, die für Studierende beim Übergang in die Berufstätigkeit insbesondere von den **Career Services** organisiert werden.
- Das MWFK sowie die Hochschulen des Landes haben ein hohes Interesse daran, die Vermittlung von Gründungsbefähigungen sowie die Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventinnen und -absolventen sowie Studierenden und Alumni noch weiter zu verbessern. Aus diesem Grund fördert das MWFK über die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen die **Optimierung der hochschulinternen Gründungsförderung**. Diesem Ziel dienen auch die Förderung des MASF von **Gründungsservices** an allen Hochschulen sowie die Förderung des Standortmanagements durch das MWE.

Der **Unternehmerinnen- und Gründerinnentag** (UGT) sowie der **Wettbewerb „Unternehmerin des Landes Brandenburg“** dienen vor allem dazu, Unternehmerinnen zu würdigen und ihre Rolle in der und für die Wirtschaft in Brandenburg herauszustellen. Positive Beispiele frauengeführter Unternehmen sollen einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden, um weitere Frauen zu einer Existenzgründung zu ermutigen:

- Der 7. UGT, der am 11. Juli 2009 stattfand, stand unter dem Motto „Die Großen voraus – Unternehmerinnen erfolgreich in Brandenburg“. Anlässlich der seinerzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise spielte die Auseinandersetzung mit Krisenbewältigungsstrategien auf der von 185 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besuchten Veranstaltung eine besondere Rolle. Der 8. UGT am 20. Mai 2011 stand unter dem Motto „Mut und Kompetenz – Frauen in Brandenburg“. Inhaltlicher Schwerpunkt der Veranstaltungen waren die Unterschiede zwischen Unternehmern und Unternehmerinnen, z.B. beim Einkommen. Mit 220 Teilnehmenden wurde der UGT gut angenommen. Am 12. März 2014 fand der 9. UGT unter dem Motto unter „Unternehmen für die Zukunft – Gründerinnen gestalten Brandenburg“ statt. Der UGT wird vom MASF durchgeführt und aus -Mitteln des ESF und des Landes Brandenburg gefördert.
- Auf dem UGT wird auch die Auszeichnung „**Unternehmerin des Landes Brandenburg**“ vergeben. Damit werden Unternehmerinnen mit herausragenden beruflichen Leistungen und mit hohem sozialem Engagement aus den unterschiedlichsten Branchen geehrt. 2011 beteiligten sich an dem Wettbewerb zum ersten Mal mehr als 100 Unternehmerinnen.

### 3.7 Förderung von Gründungen

Brandenburg verfügt über ein **flächendeckendes und zielgruppenspezifisches Förderangebot für Gründerinnen und Gründer**. Es ist komplementär zu einschlägigen Förderangeboten z.B. des Bundes konzipiert, stellt aber Synergieeffekte zu diesen Programmen her (z.B. die Lotsendienste als Regionalpartner für das KfW-Programm „Gründercoaching Deutschland“). Das MASF fördert bereits seit dem Jahr 2001 mit ESF- und Landesmitteln Qualifizierungs- und Beratungsleistungen für Gründungswillige in der Vorgründungsphase. Im Berichtszeitraum 2009 bis 2012 wurden mehr als 6.000 Gründungswillige beraten. Davon haben sich rd. 74 Prozent selbstständig gemacht. Die Förderangebote des ESF zur Unterstützung von Existenzgründungen in Brandenburg erzielten eine beachtliche Wirkung. Dies gilt insbesondere in Relation zur Gesamtzahl der jährlichen Gründungen bzw. der Gründungen aus Arbeitslosigkeit. Dazu kommt, dass rund 43 Prozent aller registrierten Teilnehmenden an den Qualifizierungs- und Beratungsangeboten Frauen waren. Dieser Anteil ist deutlich höher als der von Frauen am Gründungsgeschehen und an selbstständiger beruflicher Tätigkeit insgesamt. Die Finanzausstattung für die Existenzgründungsförderung betrug von 2009 bis 2012 insgesamt 25,9 Mio. Euro.

Das wichtigste Instrument des MASF in der Gründungsförderung ist die **Richtlinie zur Förderung von Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen bei Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen im Land Brandenburg**. Sie vereint die gesamte Existenzgründungsförderung des MASF erstmals unter einem gemeinsamen Dach. Für die Gestaltung der Richtlinie wurde das MASF von der EU-Kommission für die Finalrunde des RegioStars Award 2012 ausgewählt. Mit diesem Preis werden besonders innovative Projekte aus den Regionen ausgezeichnet.

- Kernelement dieser Richtlinie ist die Bereitstellung eines flächendeckenden Netzes der Gründungsberatung im ganzen Land Brandenburg in Form der **Lotsendienste**. Deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begleiten Interessierte von der Entwicklung der Gründungsidee bis zur Unternehmensgründung. Dabei werden andere regionale Beratungsangebote einbezogen. Von 2009 bis Mitte 2012 konnten 3.800 Gründungen durch die Beratung der Lotsendienste erfolgreich begleitet werden.
- Migrantinnen und Migranten stellen in Brandenburg zwar eine zahlenmäßig eher kleine Gruppe dar, die aber sehr gründungsfreundlich ist. Daher existiert seit 2004 ein zentraler, landesweit wirkender **Lotsendienst für Migrantinnen und Migranten**. Dieser Lotsendienst stellt sich auf die soziokulturellen und beruflichen Erfahrungen sowie auf die Sprachkenntnisse ein. Die Gründungen von Migrantinnen und Migranten bauen meist auf die tatkräftige Unterstützung aller Familienmitglieder, sodass hier in bestimmten Fällen eine gemeinsame berufliche Existenz aufgebaut wird.
- Die **Gründungswerkstätten** unterstützen bereits seit dem Jahr 2004 junge Leute auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit. Junge Menschen erfahren dort unter Leitung erfahrener Trainer und Coaches, was für die Gründung eines Unternehmens wichtig ist. Der Hauptteil der Qualifizierung findet in der Werkstatt statt. Darüber hinaus wird auch die individuelle Einzelfallbetreuung angeboten. Eine Werkstatt ist der räumliche Stützpunkt mit Arbeits-, Trainings- und Kommunikationsräumen. Seit 2009 bis 2012 wurden auf diesem Wege 770 Gründungen junger Menschen realisiert.
- Im Rahmen des Programms **„Innovationen brauchen Mut“** (IbM) fördert das MASF die Begleitung von Gründungswilligen mit innovativen Gründungsideen in der Vorgründungsphase und Existenzgründer und -gründerinnen bis zu drei Jahre nach der Gründung sowie individuelle Beratungs- und Coachingleistungen durch externe Leistungserbringer in der Vorgründungsphase. In der Zeit zwischen Januar 2009 und Ende Juni 2013 wurden 258 Gründerinnen und Gründer in das IbM-Coaching aufgenommen. Daraus sind 160 Gründungen hervorgegangen, darunter 51 von Frauen.

Weitere wichtige Instrumente zur Verbesserung des Gründungsklimas und zur Unterstützung von Gründungsinteressenten sind die Deutschen Unternehmer- und Gründertage (deGUT) und der Businessplan-Wettbewerb (BPW).

- Die **Deutschen Unternehmer- und Gründertage (deGUT)** bieten als bundesweit größte Veranstaltung dieser Art ein kompaktes Informationsangebot zu Themen rund um die Gründung. Die deGUT 2010 ist Preisträger des Innovationswettbewerbs „365 Orte im Land der Ideen“. Mit EFRE - und Landesmitteln gefördert und gemeinsam mit Berlin durchgeführt, findet die Gründungsmesse jährlich statt ([www.deGUT.de](http://www.deGUT.de)).
- Der von den Ländern Berlin und Brandenburg ausgetragene **Businessplan-Wettbewerb (BPW)** ist der größte und erfolgreichste regionale Gründerwettbewerb Deutschlands ([www.b-p-w.de](http://www.b-p-w.de)). Die Beteiligung vor allen Dingen von brandenburgischen Gründungsinteressierten ist konstant hoch. Der BPW wird zunächst bis 2014 fortgesetzt und vom MWE mit EFRE-Mitteln für die Aktivitäten im Land Brandenburg zwecks Erhöhung des Anteils brandenburgischer Existenzgründerinnen und -gründer gefördert. Der BPW 2014 wurde auf der deGUT 2013 gestartet.

Unterstützung für Gründungswillige im Land Brandenburg in den Dienstleistungsbereichen bieten die Angebote des **Einheitlichen Ansprechpartners für das Land Brandenburg (EAPBbg)**.

- Das Internetportal des Einheitlichen Ansprechpartners für das Land Brandenburg ([eap.brandenburg.de](http://eap.brandenburg.de)) informiert umfassend über die rechtlichen Anforderungen an die Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungstätigkeiten. Den Kern des E-Government-Portals bildet jedoch die Möglichkeit, die bei einer Gründung oder Unternehmensveränderung erforderlichen Formalitäten (z. B. Gewerbeanzeige, Eintragung in die Handwerksrolle) online abzuwickeln. Dabei koordiniert der E-APBbg die Verfahrensabwicklung mit den zuständigen Behörden. Darüber hinaus betreibt der E-APBbg einen eigenen Twitter-Kanal für brandenburgspezifische Gründerneugigkeiten.

Die Hochschulen im Land Brandenburg leisten einen wichtigen Beitrag einerseits durch die Unterstützung von Gründungen aus den Hochschulen heraus und andererseits bei der Vermittlung von Wissen und Gründungsbefähigungen.

- Im Rahmen des von allen Hochschulen des Landes gegründeten **Brandenburgischen Institutes für Existenzgründung und Mittelstandsförderung e.V. (BIEM)** leisten die Hochschulen einen nachhaltigen Beitrag zur Gründungsförderung.
- Vom MWE gefördert, stehen seit Anfang 2011 nunmehr an neun Hochschulen **Gründungs-Standortmanagerinnen und -manager** u.a. für die Erst- und Orientierungsberatung als Ansprechpartnerinnen und -partner für gründungswillige Studierende bereit. Sie sollen den Studierenden aber auch den Hochschulangehörigen die Laufbahn „Unternehmer/Unternehmerin“ als eine mögliche Berufsalternative vermitteln. Außerdem sollen sich die Standortmanagerinnen und -manager durch Netzwerkbildung und Gewinnung von Unterstützenden innerhalb der Hochschulen für eine fachübergreifende Gründungslehre einsetzen.
- Die **Gründungsservices an den Hochschulen**, die durch das MASF an allen Hochschulen des Landes gefördert werden und zielgerichtete Qualifizierung und Coaching bieten, haben ihr Profil vor allem durch ergänzende **experimentelle Aktionen** (z.B. die Vernetzung von Gründerinnen und Gründern aus der Kultur- und Kreativwirtschaft mit regionalen Unternehmen an der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ in Potsdam) kontinuierlich weiterentwickelt. Im Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis 30. Juni 2013 wurden ca. 600 Gründungen an den Hochschulen unterstützt.

- Die Hochschulen des Landes sind erfolgreich in der Vermittlung von **Gründungsbefähigung** sowie der Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventinnen und -absolventen sowie Studierende und Alumni tätig. Die **Universität Potsdam** wurde im Juli 2011 erneut als eine von zehn Exzellenz-Hochschulen Deutschlands im Bereich Entrepreneurship ausgezeichnet und hat erfolgreich am Wettbewerb des Bundesministeriums für Wirtschaft „EXIST-Gründungskultur – Die Gründerhochschule“ teilgenommen.

In den peripheren, ländlich geprägten Regionen des Landes Brandenburg gibt es spezielle Angebote der Gründungsförderung.

- Über die **Richtlinie „Integrierte Ländliche Entwicklung/LEADER“** werden u. a. aus Mitteln des E-LER sowie zum Teil aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes - GAK“ der ländliche Tourismus, die Unterstützung und Gründung von Kleinunternehmen sowie Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und die Bevölkerung gefördert. Damit sollen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des ländlichen Raumes gestärkt werden. Von 2009 bis Ende 2013 wurden ca. 69 Mio. Euro für Vorhaben des ländlichen Tourismus bzw. der ländlichen Wirtschaft bereitgestellt. Bisher wurden 520 neue Arbeitsplätze geschaffen und 960 Arbeitsplätze gesichert. Es erfolgten 108 Neugründungen von Kleinunternehmen im ländlichen Raum.
- „Grüne“ Unternehmen in Brandenburg zeigen in den letzten Jahren insbesondere im ländlichen Raum ein besonders hohes Wachstums- und Beschäftigungspotenzial. Mit Hilfe des Projektes **"green companies"** unterstützt das beim Lotsendienst Märkisch-Oderland angesiedelte und im Rahmen der ESF-Experimentierklausel geförderte Projekt „grüne“ Existenzgründer in Nordost-Brandenburg. Dazu gehören „grüne“ Produkte (z.B. Bionahrungsmittel, Wellnessprodukte), Energien (z.B. Energie aus Biomasse) und Materialien (z.B. ökologische Baustoffe). Unterstützt werden auch auf die „grüne“ Wirtschaft ausgerichtete Dienstleistungen und Technologien.

Im Zuge des demographischen Wandels steht in vielen Betrieben im Land Brandenburg die Regelung der **Unternehmensnachfolge** an.

- Das MASF fördert bereits seit 2003 die Unternehmensnachfolge durch Unterstützung und Moderation des Übergabeprozesses, angesiedelt bei den Kammern in allen drei Kammerbezirken. Im Zeitraum 2010 bis 2013 konnten von 219 rechtsverbindlich übergebenen Unternehmen insgesamt 3.032 Arbeitsplätze (Stichtag 30.Juni 2013) erhalten werden.
- Die Maßnahmen des MASF zur Unterstützung der Unternehmensnachfolge wurden 2008-2012 durch das **Modellprojekt „Fit für die Unternehmensnachfolge im Handwerk“** des MWE unterstützt. Gefördert wurde eine Initiative der Niederlausitzer Kreishandwerkerschaft und regionalen Unternehmen zur Sicherung der Führungsnachfolge in Handwerksunternehmen. Mit der Qualifizierung wurde der Abschluss „Technischer Fachwirt“ erlangt, der als Teil der Meisterausbildung anerkannt wird.

### 3.8 Fachkräfteentwicklung

Qualifizierte Fachkräfte sind eine wichtige Voraussetzung für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen sowie für ein nachhaltiges Wachstum der gesamten Wirtschaft. Gut ausgebildete Arbeitskräfte sind zudem häufig ein entscheidendes Kriterium für Ansiedlungsentscheidungen von Unternehmen und somit ein wichtiger Standortfaktor. Aus diesen Gründen wird das Thema Fachkräfteentwicklung im Land Brandenburg bereits seit 2004/2005 systematisch aufgearbeitet. Dies betrifft neben der Prognose des Fachkräftebedarfs insbesondere konkrete Maßnahmen zur Fachkräftesicherung bzw. -entwicklung.

Dabei hat sich das **Bündnis für Fachkräftesicherung** als Gremium zur Beratung und Unterstützung der Landesregierung in Fragen der Fachkräftesicherung und des Fachkräftebedarfs etabliert. Der vom Bündnis für Fachkräftesicherung initiierte Maßnahmenplan umfasst derzeit mehr als 90 laufende Maßnahmen und Projekte, die direkt auf die Sicherung des Fachkräftebedarfs abzielen. Aufbauend auf den Erkenntnissen der „Gemeinsamen Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg“ aus dem Jahr 2010 wird bei den regelmäßigen Sitzungen des Bündnisses brandenburgische Fachkräftestrategie unter dem Leitmotiv „**Brandenburger Fachkräfte bilden, halten und gewinnen**“ strategisch weiter entwickelt.

Zum Aspekt des „Bildens“ von Fachkräften innerhalb der brandenburgischen Fachkräftestrategie gehören zunächst die betriebliche bzw. die überbetriebliche **berufliche Ausbildung**, der Übergang von der Ausbildung in die Beschäftigung sowie das externe Ausbildungsmanagement:

- Die strukturellen Veränderungen am Ausbildungsmarkt veranlassten die Landesregierung zur Anpassung der Ausbildungsförderung an die neuen Bedingungen. Mit dem zum Beginn des Ausbildungsjahres 2011/12 gestarteten Programm zur „**Förderung von qualifizierter Ausbildung im Verbundsystem**“ (**PAV**) erfolgte eine Bündelung der Förderungen im Bereich Ausbildung, um Angebot und Nachfrage wirksamer zusammen zu bringen und die Qualität der Ausbildung zu erhöhen.<sup>31</sup> Verschiedene Fördererelemente unterstützen sowohl Ausbildungsbetriebe als auch Auszubildende an den Lernorten Schule und Betrieb. Praxiserfahrungen im ersten Jahr nach Inkraftsetzung der Richtlinie, insbesondere im Bereich der neu eingeführten Fördererelemente „Spezifische Verbundausbildung“ und „Ausbildungserfolg durch Lernkompetenzen“, wurden aufgegriffen und in die Richtlinie eingearbeitet. Zum 1. Oktober 2012 trat „PAV II“ in Kraft. Mit der allgemeinen und spezifischen Verbundausbildung wurden 2012 insgesamt 634 Auszubildende erreicht. Der Anteil weiblicher Auszubildender betrug bei der allgemeinen Verbundausbildung rd. 11 Prozent und bei der spezifischen Verbundausbildung rd. 38 Prozent. Dieser eher niedrige Anteil ist darin begründet, dass die Verbundausbildung hauptsächlich im Bereich der gewerblich-technischen und handwerklichen Berufe stattfindet, in dem Mädchen unterrepräsentiert sind. Ausgezahlt wurden hier rd. 0,4 Mio. Euro. Für die Vorgängerrichtlinie wurden 2012 noch Mittel in Höhe von rd. 2 Mio. Euro ausgereicht.
- Im Rahmen der **Gemeinsamen PAV-Richtlinie des MASF und des MIL** werden mit ESF- und Landesmitteln die Sicherung und die Verbesserung der Qualität der Ausbildung im Agrarbereich unterstützt. Angesichts der kleinbetrieblichen Struktur in Brandenburg sind überbetriebliche Ausbildungsformen auch weiterhin unentbehrlich. In überbetrieblichen Lehrwerkstätten wird insbesondere die Berufsausbildung im Handwerk und im Landwirtschaftsbereich unterstützt. Die ausgezahlten Mittel für die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung im Handwerk betragen 2012 rd. 1,3 Mio. Euro. An entsprechenden Maßnahmen haben 7.105 junge Menschen teilgenommen. Der Anteil weiblicher Auszubildender spiegelt mit rd. 12 Prozent die anhaltende bundesweite Unterrepräsentanz von Frauen in handwerklichen Berufen wider. Seitens des MIL wurden im Rahmen des PAV sowohl Maßnahmen der Überbetrieblichen Ausbildung als auch die Zusammenarbeit in Ausbildungsnetzwerken im Bereich der Landwirtschaft gefördert; hierfür sind 2013 rd. 0,5 Mio. Euro geflossen. Davon profitierten 1.500 Jugendliche, der Frauenanteil betrug rd. 20 Prozent.
- Ähnliche Ziele verfolgt die **Richtlinie „Integrierte Ländliche Entwicklung“ (ILE) und LEADER**, über die mit Mitteln des ELER u. a. Schulungen, Seminare, Kurse für lokale Akteurinnen und Akteure – vorrangig für solche aus der Wirtschaft – sowie Qualifizierungsmaßnahmen in für die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft erforderlichen Tätigkeiten gefördert werden.

---

<sup>31</sup> Bis zum Jahr 2011 erfolgte die Förderung der Verbundausbildung nach der „Richtlinie zur Förderung von Ausbildungsverbänden und Zusatzqualifikationen im Rahmen der Berufsausbildung im Land Brandenburg“. Die „Richtlinie zur Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk“ war ebenfalls bis 2011 gültig.

- Mit dem Programm **Einstiegszeit** wird einerseits der Berufseintritt von jungen Fachkräften in Unternehmen in der Einstiegsphase gefördert. Andererseits sollen durch betriebliche Personal- und Organisationsentwicklung zusätzliche Arbeitsplätze für Jugendliche erschlossen werden. Das Programm trägt damit zur unternehmerischen Fachkräftesicherung bei und wirkt zugleich der Abwanderung junger Leute entgegen. Im Programm wurde in 2011 neu verankert, dass für 10 Prozent der vermittelten jungen Frauen karriereorientierte Berufseinstiege zu organisieren sind. Das Programm wurde erfolgreich umgesetzt. So konnten zwischen 2009 und 2013 rd. 3.130 ausgebildete junge Nachwuchskräfte in Arbeit gebracht werden; zu Fragen der Personal- und Organisationsentwicklung wurden 1.911 Unternehmen beraten. Die Förderung wird zunächst bis Februar 2015 fortgeführt. Im Zeitraum von 2009 bis 2013 standen 7,9 Mio. Euro an ESF- und Landesmitteln zur Verfügung.
- Mit der Förderung des **Externen Ausbildungsmanagements** werden insbesondere kleinere brandenburgische Unternehmen bei der Suche nach geeigneten Auszubildenden unterstützt und Jugendliche über regionale Ausbildungsangebote informiert. Ausbildungsberater und -beraterinnen ermitteln die Kompetenzen der Bewerberinnen und Bewerber für Ausbildungsplätze, um für die Unternehmen eine Vorauswahl treffen zu können. In diese Projekte der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern wurden 2012 4.293 Jugendliche einbezogen, davon 1.626 junge Frauen (rd. 38 Prozent). 2012 wurde das Externe Ausbildungsmanagement mit nahezu 0,5 Mio. Euro finanziert.

Um eine berufliche Vorbildung zu vertiefen, zu erweitern oder erworbene berufliche Kenntnisse zu aktualisieren ist die **berufliche Weiterbildung** ein weiterer Aspekt der Fachkräftestrategie:

- Das Land Brandenburg unterstützt KMU mit einem Zuschuss zur beruflichen Weiterbildung. Die **Weiterbildungsrichtlinie** ermöglicht sowohl die Unterstützung der betrieblichen Weiterbildung als auch die individuelle arbeitsplatzunabhängige berufliche Weiterbildung von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit dem **Bildungsscheck**. Der 70-prozentige Zuschuss wird auf Grundlage betrieblicher bzw. individueller Qualifikationsbedarfe beantragt. Gefördert werden können auch Aufstiegsfortbildungen oder berufsbegleitende Studiengänge, wenn anderweitige Förderprogramme nicht in Frage kommen. In den Jahren 2009 bis 2013 nahmen 15.141 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an mit der Weiterbildungsrichtlinie geförderten Maßnahmen teil.
- Für die Förderung der betrieblichen und individuellen beruflichen Weiterbildung mit der Kompetenzentwicklungsrichtlinie und dem Bildungsscheck bzw. der folgenden gemeinsamen Weiterbildungsrichtlinie wurden im Zeitraum 2009 bis 2013 ESF- und Landesmittel in Höhe von insgesamt rd. 19,5 Mio. Euro eingesetzt. Der überwiegende Teil davon (rd. 17,9 Mio. Euro) floss in die betriebliche Weiterbildung.
- Mit der **Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Berufsbildung im ländlichen Raum** des MIL werden mit Mitteln des ELER und des Landes Berufsbildungs- und Informationsmaßnahmen für Personen, die in der Land-, Ernährungs- oder Forstwirtschaft tätig sind, gefördert. Die Bildungsarbeit soll zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, zur Deckung des Fachkräftebedarfs und damit zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes beitragen.

Da die Nachfrage nach Fachkräften mit Hochschulabschluss insbesondere in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) auch in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg weiter zunehmen wird, gibt es eine Reihe von **Maßnahmen zur Sicherung akademischer Fachkräfte sowie zur Weiterbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte**. Dies ist sowohl für größere Unternehmen als auch insbesondere für technologieorientierte KMU von Bedeutung. Bei den folgenden Maßnahmen des MWFK geht es auch um die Erleichterung des Studiumszugangs, eine höhere Studierneigung sowie um die Bindung internationaler akademischer Fachkräfte an das Land Brandenburg:



- Um die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen in den **MINT-Fächern** zu steigern, hat das MWFK den Förderschwerpunkt bei Projekten gesetzt, die junge Menschen für ein MINT-Studium motivieren. Dazu gehören das Projekt „Science on Tour“ an der BTU Cottbus-Senftenberg oder die Schülerexperimentallabore dort und an der TH Wildau. Vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2012 ist die Zahl der jährlichen Absolventinnen und Absolventen im MINT-Bereich von 902 auf 3.032 angewachsen. Der Anteil der Absolventinnen beträgt derzeit 35 Prozent.
- Mit der Förderung verbindet sich die Erwartung, dass die Projekte wesentliche Impulse für die Arbeit der Hochschulen setzen und dort fortgeführt werden. Dies gilt z.B. für das Projekt **BrISanNT** („Brandenburger Initiative Schule und Hochschule auf dem Weg zur Naturwissenschaft und Technik“), einem Kooperationsprojekt von fünf brandenburgischen Hochschulen oder für das Projekt „Studium lohnt!“.
- Zur Steigerung der Studierneigung sowie zur Verbesserung des Übergangs von der Schule zur Hochschule bzw. von der Hochschule in die Berufstätigkeit fördert das MWFK mit ESF-Mitteln eine Vielzahl von Maßnahmen. Besonders hervorzuheben ist das von allen brandenburgischen Hochschulen getragene Projekt „**Studium lohnt!**“. Es unterbreitet flächendeckend allen Schulen, die zur Hochschulzugangsberechtigung führen, und deren Schülerinnen und Schülern Erstinformationen über Studienmöglichkeiten im Land Brandenburg und bindet wichtige Ansprechpartner als Multiplikatoren in den Studienorientierungsprozess ein. Die Hochschulen und das MWFK streben an, dieses Projekt auch nach Auslaufen der ESF-Förderung fortzusetzen.
- Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Brandenburg in einer zunehmend globalisierten Arbeitswelt fördert das MWFK Projekte, die darauf ausgerichtet sind, in Brandenburg ausgebildete **internationale akademische Fachkräfte** mit ihren interkulturellen Kompetenzen an den brandenburgischen Arbeitsmarkt zu binden.
- In einer „**kleinen Novelle**“ **des Hochschulgesetzes zum Oktober 2010** wurde die Schaffung individueller Teilzeitstudienformen als Maßgabe an die Hochschulen eingeführt. Der Zugang zum Masterstudium wurde erleichtert und die Anrechnung von hochschulischen Leistungen, aber auch von außerhochschulischen Kenntnissen und Fähigkeiten verbessert. In den hochschulfernen Regionen des Landes wurden mit Unterstützung des MWFK Präsenzstellen der Hochschulen eingerichtet. Diese sind allgemeine Ansprechpartner vor Ort und organisieren u.a. verschiedene Studienangebote.
- Mit dem **Gesetz zur Neustrukturierung der Hochschulregion Lausitz** sind 2013 die Brandenburgische Technische Universität Cottbus und die Hochschule Lausitz (FH) in einer neu errichteten Technischen Universität aufgegangen. In diesem Gesetz ist u.a. die Schaffung eines Zentrums für Studierendengewinnung und Studienvorbereitung (College) sowie u.a. die Schaffung einer „Professional School“ vorgesehen. Das College fördert die Studierfähigkeit von Bewerbern an der Schnittstelle von Schule und Hochschule sowie die Studierneigung insbesondere in technischen Studiengängen. Es fördert ebenfalls die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und tertiärer Bildung und unterstützt Studierende in der Studieneingangsphase. In einem ESF-geförderten Pilotprojekt, das im Juli 2013 begann und bis März 2015 läuft, soll das phasenweise geplante Programm mit einem Eingangstest und einem individuell zuzuschneidenden Curriculum aufgebaut und getestet werden. Die „Professional School“ fördert die hochschulische Weiterbildung, die Berufsqualifizierung und die Beschäftigungsfähigkeit der Studierenden, den Praxisbezug des Studiums, die Verankerung der Hochschule in der Region, die Anerkennung berufsbezogener Kompetenzen und das Lebenslange Lernen.

Beim „**Brandenburg-Stipendium**“ und beim **Innovationsassistentenprogramm** steht die Aspekte des Haltens und der Gewinnung von Fachkräften im Vordergrund. Dazu kommt der Transfer von Know-how aus der Wissenschaft in kleine und mittlere Unternehmen:

- Die Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen an kleine und mittlere Unternehmen im Land Brandenburg zur Vergabe von Stipendien an Studierende und zur Beschäftigung von Werkstudierenden – „**Brandenburg-Stipendium**“ ist seit dem 1. Juni 2013 in Kraft. Ziel der Richtlinie ist, die Gewinnung und Bindung von hochqualifizierten Nachwuchskräften an brandenburgische KMU bereits während des Studiums zu unterstützen. Im Fokus stehen außerdem die Unterstützung des Wissenstransfers und die niedrighschwellige Stärkung von Innovation und Wachstum. Dafür stehen zwei Fördererelemente zur Verfügung: Das Stipendium zur Erststellung einer Abschlussarbeit im Rahmen des Hochschulstudiums, orientiert an einem betrieblichen Innovationsprojekt und die Teilzeitbeschäftigung von Werkstudierenden im Rahmen eines betrieblichen Innovationsprojektes. Das Programm ist für alle Studienrichtungen und alle Studierenden offen und darüber hinaus leistungs- und einkommensunabhängig. Knapp 1,5 Mio. ESF-Mittel sind für diese Förderung bis zum 31. März 2015 eingeplant. Zum Stichtag 31. Dezember 2013 lagen 57 Bewilligungen vor.
- Die Richtlinie zur Förderung der **Beschäftigung von Innovationsassistentinnen und -assistenten** lag bis zum 30. September 2012 in der Zuständigkeit des MWE. Im Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis 30. September 2012 ergingen dazu 277 Zuwendungsbescheide an KMU mit einer Fördersumme in Höhe von rund 7 Mio. Euro und einem induzierten Investitionsvolumen von rd. 17,4 Mio. Euro. Die Richtlinie wurde im Rahmen des Wechsels der Zuständigkeit hin zum MASF zum 1. Oktober 2012 neu aufgelegt. Über diese Richtlinie kann nun die Einstellung von Absolventinnen und Absolventen von Hochschulen, aber auch von Absolventinnen und Absolventen einer Aufstiegsqualifizierung (Meister/innen, Techniker/innen etc.), deren Abschluss noch nicht länger als 24 Monate zurückliegt, im Rahmen eines betrieblichen Innovationsprojektes gefördert werden. Die Richtlinie ist grundsätzlich branchenoffen. Zum Stichtag 31. Dezember 2013 lagen insgesamt 216 Bewilligungen vor. Für die Richtlinie stehen insgesamt ca. 8,8 Mio. Euro zur Verfügung.

Der „**Brandenburger Sozialpartnerdialog**“ (siehe Kapitel 3.1) beinhaltet bezüglich der Fachkräfteentwicklung sowohl den Aspekt des „Bildens“ als auch des „Halten“ von Fachkräften, was auch an den Aktivitäten im Rahmen dieses Dialogs deutlich wird:

- Dazu gehörten bisher neben den Gremiendiskussionen zwei Bustouren im Zusammenhang mit den Themenfeldern Vereinbarkeit von Beruf und Familie / altersgerechte Arbeitswelt bzw. zum Thema Ausbildungschancen in Brandenburg und die von MASF, DGB und UVB veranstaltete Betriebsräte- und Personalverantwortlichenkonferenz „Wettbewerbsvorteil Familienbewusstsein“ im Mai 2013.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sind in kleinen und mittleren Unternehmen Maßnahmen zum **betrieblichen Personal- bzw. Demografiemanagement** sowie zum **betrieblichen Gesundheitsmanagement** erforderlich. Folgende Projekte und Initiativen aus der Fachkräftestrategie unterstützen KMU dabei:

- Seit März 2013 fördert das MASF die Konzipierung und Umsetzung eines Schulungsprogramms zur Stärkung älterer Beschäftigter in den Betrieben. Im **Projekt „Ziemlich beste Lernfreunde – Demografie managen“** werden Schulungsmodulare für Personalverantwortliche und Bildungsträger entwickelt und angeboten, um diese für verschiedene Fragen des demografischen Wandels (z.B. zur Integration der Erfahrung Älterer in den Arbeitsprozess oder zur arbeitsplatzbezogenen Weiterbildung Älterer) weiter zu sensibilisieren. Projektträger ist die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg in Kooperation mit der UP Transfer Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer an der Universität Potsdam mbH. Bis Anfang 2015 sind in Cottbus und Potsdam jeweils vier Schulungsdurchgänge geplant. Bis zu 100 Personalverantwortliche sollen qualifiziert werden.
- Mit einer dreijährigen Laufzeit hat das MASF bis Dezember 2011 im Rahmen der INNOPUNKT-Initiative „**Ältere – Erfahrung trifft Herausforderung**“ Modellprojekte für innovative Lösungen zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefördert. Es ging um Modellprojekte für neue praxisbezogene Lernarrangements für ältere arbeitslose Akademi-

ker/-innen und Fachkräfte in Kooperation mit Hochschulen und Unternehmen sowie um Methoden zur „individuellen Berufswegegestaltung“, die neue Entwicklungsmöglichkeiten für ältere Beschäftigte aufzeigen konnten.

- Mit der **INNOPUNKT-Initiative „Gesund arbeiten in Brandenburg - Betriebliche Gesundheitspolitik stärken“** (Laufzeit 1. November 2011 – 30. November 2014) und dem Sozialpartnerprojekt **„Netzwerk KMU – Gesundheitskompetenz für Unternehmen in Brandenburg“** (Laufzeit vom 1. Mai 2012 – 30. November 2014) soll ein Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) für Betriebe und Beschäftigte in Brandenburg nachhaltig eingeführt werden. Die Förderung ist vorwiegend auf KMU ausgerichtet. Es werden KMU-spezifische Instrumente der betrieblichen Gesundheitsförderung entwickelt, angepasst, bereitgestellt und erprobt. Beispielsweise nehmen brandenburgische Unternehmen im Netzwerk KMU an einem professionell begleiteten, regelmäßigen Erfahrungsaustausch teil und werden bei der Einführung neuer (wissenschaftlicher) Erkenntnisse und Instrumente des BGM in die betriebliche Praxis begleitet. Mit der Förderung sollen etwa 250 Beschäftigte in 25 Betrieben erreicht werden. Ab Mitte 2014 sollen die im Netzwerk entwickelten KMU-spezifischen Instrumente und Best Practice-Beispiele im Rahmen der Transferphase auch für (noch) nicht am Netzwerk beteiligte Unternehmen nutzbar gemacht werden. Das Land Brandenburg fördert das Sozialpartnerprojekt mit rd. 700.000 Euro aus ESF- und Landesmitteln.

Als direkte Ansprechpartner für KMU bei Fragen der Fachkräfteentwicklung dienen die **Regionalbüros für Fachkräftesicherung**. Eine weitere Schnittstelle ist das **Fachkräfteportal**, bei dem die Fachkräftegewinnung im Mittelpunkt steht:

- Die **Regionalbüros für Fachkräftesicherung** sind im Bereich ZAB Arbeit angesiedelt und werden aus Mitteln des ESF gefördert. Zu ihren Aufgaben gehören neben der Beratung von KMU die Initiierung und Koordinierung von Maßnahmen zur Fachkräfteentwicklung im regionalen Kontext und die Vernetzung von Unternehmen, Bildungseinrichtungen und regionalen sowie sektoralen Akteuren. Die Regionalbüros begleiten Aktivitäten zur Berufsorientierung und übernehmen die Betreuung von Ansiedlungen und Unternehmenserweiterungen im Hinblick auf die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Darüber hinaus werden Beratungen zum Brandenburger Bildungsscheck durchgeführt. Im Zeitraum von 2009 bis 2013 wurden für die Regionalbüros Mittel in Höhe von rd. 7,5 Mio. Euro eingesetzt.
- Mit der Freischaltung des Internet-**Fachkräfteportals** im Oktober 2012 wurden die bisherigen Angebote der Fachkräftegewinnung und -sicherung transparenter gestaltet. Das Fachkräfteportal soll dazu beitragen, innerhalb und außerhalb von Brandenburg Fachkräfte (zurück) zu gewinnen. Es bietet einen Überblick über Lebens- und Karrierechancen in Brandenburg und informiert über unterschiedliche Bereiche des öffentlichen Lebens wie Tourismus, Arbeit, Freizeit, Familie und Wissenschaft. Zudem wurde ein „Welcome Center“ integriert, das (auch in englischer und polnischer Sprache) Zuwandernde ansprechen soll. Seit der Freischaltung des Fachkräfteportals am 22. Oktober 2012 bis zum 31. Dezember 2013 konnten mehr als 81.573 Zugriffe (Besucher) mit etwa 465.100 Seitenaufrufen registriert werden. Das Fachkräfteportal wird kontinuierlich weiterentwickelt: So wurden im Mai 2013 das erweiterte Jobportal (Unternehmen können Stellenangebote jetzt selbst einstellen) sowie die Rubrik „News“ freigeschaltet. Geplant ist, das Portal um den Bereich Ausbildung in Brandenburg inkl. einer landesweiten Lehrstellenbörse zu erweitern.

### 3.9 EER-Aktivitäten des Landes Brandenburg

Ein wichtiges Element der EER-Strategie ist die Zusammenarbeit bzw. die Kontaktpflege des Landes Brandenburg mit den anderen EER-Preisträgern sowie mit weiteren europäischen Regionen. Es geht darum, Erfahrungen auszutauschen und gute mittelstandspolitische Praktiken auf ihre interregionale Übertragbarkeit hin zu überprüfen. Aus der Diskussion sollen sich auch mittelstandspolitische Impulse und Anregungen ergeben, die Eingang in die Mittelstandspolitik auf europäischer Ebene finden. Ein Hauptthema war die Frage, wie man die

Idee der beruflichen Selbstständigkeit gerade bei jungen Menschen stärker befördern kann, der andere Schwerpunkt lag auf Finanzierungsfragen von KMU. Seit September 2012<sup>32</sup> wurden u.a. folgende Maßnahmen ergriffen bzw. Veranstaltungen durchgeführt.

- Im September 2012 hat auf Einladung Brandenburgs in der Stiftung Genshagen ein Workshop zum Thema „Innovation, Internationalisation and Cooperation within the EER-Regions“ stattgefunden. Beteiligt waren die EER-Regionen Murcia, Helsinki-Uusimaa, Nord-Pas-de-Calais und die Steiermark. Diskutiert wurden die jeweiligen regionalspezifischen Maßnahmen sowie Möglichkeiten der Zusammenarbeit unter den EER-Regionen. Übereinstimmend wurde dabei festgestellt, dass sich die Auszeichnung zur EER-Region bzw. die kontinuierlich wachsende „EER-Familie“ hervorragend dafür eignen, gemeinsame Projekte und Ziele zur Stärkung von KMU zu erarbeiten sowie ggf. mittelstandspolitische Impulse zu geben und damit zum Gelingen der Strategie „Europa 2020“ beizutragen. Dieser Ansatz wurde im Rahmen eines EER-Workshops auf den Open Days im Oktober 2012 in Brüssel aufgegriffen: Erstmals wurde dort ein spezifisches Thema („Promoting young entrepreneurship in European Entrepreneurial Regions“<sup>33</sup>) behandelt. Der Workshop wurde vom Präsidenten des Ausschusses der Regionen und Vorsitzenden der EER-Jury, Ramón Luis Valcárcel Siso aus der EER-Region Murcia, geleitet. Festgestellt wurde, dass die Bereitschaft junger Menschen zur Selbstständigkeit europaweit sinkt.<sup>34</sup> Deshalb müssten sich alle europäischen Regionen in dieser Frage stärker engagieren und den interregionalen Informationsaustausch intensivieren.<sup>35</sup>
- In enger Kooperation mit dem MWE und mit dessen finanzieller Unterstützung hat das Nachrichtenportal EurActiv<sup>36</sup> im Dezember 2012 das Thema „Junges Unternehmertum in Brandenburg und Europa“ aufgegriffen und einen Special Report veröffentlicht, in dem neben dem Gastbeitrag von Minister Christoffers Interviews mit der IHK Potsdam sowie Vertretern der EER-Regionen Helsinki-Uusimaa und County Kerry enthalten sind. Dieser Report ist sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache erschienen und wurde online veröffentlicht sowie in der Printversion in Brandenburg, Berlin und auf Bundes- und Europaebene verteilt.<sup>37</sup>
- Ein weiterer Beitrag Brandenburgs ist in der vom Ausschuss der Regionen erstellten Broschüre „Encouraging entrepreneurship at local and regional level“ veröffentlicht worden, in der Beiträge aller bisher ausgezeichneten EER-Regionen zu diesem Thema enthalten sind.<sup>38</sup>
- Das EER-Netzwerk wurde und wird auch weiterhin für internationale Kontakte des Landes Brandenburg genutzt. Ein Beispiel dafür ist die Reise des Ministers für Wirtschaft und Europaangelegenheiten nach Finnland/Norwegen Ende 2012, bei der die Themen Innovation/Cluster, Unternehmensfinanzierung, Unternehmertum und Gründungen sowie die integrierte Regionalentwicklung auf der Tagesordnung standen. Die Kontakte zu anderen EER-Regionen wurden ferner zur Standortwerbung für das Landes Brandenburg genutzt, z.B. 2012 in den Regionen Helsinki-Uusimaa und Steiermark. Des Weiteren erfolgte mit den EER-Regionen ein Erfahrungsaustausch über die Vorbereitung der Strukturfondsperiode 2014-2020.
- Im Oktober 2013 befasste sich ein während der Open Days in Brüssel durchgeführter Workshop der EER-Regionen mit dem Thema „Promoting smart financing for SMEs“, bei dem es um den leichteren Zugang von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu Finanzierungen und Investitionsförder-

---

<sup>32</sup> Zum Zeitraum 2011 bis August 2012 wird auf die Darstellung im EER-Monitoringbericht 2012 verwiesen.

<sup>33</sup> Unterstützung von Jungunternehmertum in den EER-Regionen

<sup>34</sup> [http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/eurobarometer/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/eurobarometer/index_en.htm)

<sup>35</sup> [http://www.mwe.brandenburg.de/media/bb1.a.5599.de/cdr\\_opendays\\_conclusions\\_2012\\_kurz.pdf](http://www.mwe.brandenburg.de/media/bb1.a.5599.de/cdr_opendays_conclusions_2012_kurz.pdf)

<sup>36</sup> Dieses Portal widmet sich ausschließlich Themen der Europäischen Union.

<sup>37</sup> [http://www.euractiv.de/fileadmin/SpecialReport\\_Unternehmertum\\_2012\\_Endversion.pdf](http://www.euractiv.de/fileadmin/SpecialReport_Unternehmertum_2012_Endversion.pdf)

<sup>38</sup> <http://cor.europa.eu/en/takepart/eer/Documents/encouraging-entrepreneurship-local-regional-brochure-2012-EER.pdf>

programmen ging.<sup>39</sup> Der Vergleich mit den anderen EER-Regionen zeigte, dass sich Brandenburg hier - trotz des erheblichen Rückgangs der EU-Mittel - auf einem guten Weg befindet.

- Im November 2013 wurde in Potsdam ein Peer Review Workshop zu den sog. „S 3 Strategien“ (Smart Specialisation Strategies) durchgeführt. Dieser Workshop stand in einer Reihe von europaweit durchgeführten Workshops, die von der von der EU- Kommission in Sevilla eingerichteten sog. „S 3 Plattform“ organisiert werden. Die Durchführung der Veranstaltung in Potsdam stellt eine besondere Auszeichnung für das Land Brandenburg als Innovationsregion dar. Sie bot die Gelegenheit, die Innovationsstrategie innoBB als Grundlage der bisherigen und zukünftigen Innovationsförderung aus dem EFRE-OP Brandenburg europaweit bekannt zu machen und durch die Diskussion mit Innovationsexperten der Kommission sowie aus den teilnehmenden europäischen Regionen Anregungen für die Weiterentwicklung der Innovationstrategie zu erhalten.

#### 4. Ausblick

Von zentraler mittelstandspolitischer Bedeutung sind derzeit die Ausgestaltungen der Operationellen Programme für die EU-Strukturfondsförderperiode 2014-2020. Weitere wichtige Themen für KMU im Bereich der technischen- und der Verkehrsinfrastruktur sind auf Landesebene der Ausbau der Breitbandnetze sowie die Inbetriebnahme des Flughafens Berlin Brandenburg (BER). Die Landesnachhaltigkeitsstrategie, die voraussichtlich im Frühjahr 2014 verabschiedet werden wird, soll u.a. kleine und mittlere Unternehmen bei der Realisierung eines Nachhaltigkeitsmanagements unterstützen.

##### **EU-Förderperiode 2014-2020**

Mit der politischen Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen für die EU-Förderperiode 2014-2020 im Sommer 2013 ist bestätigt worden, dass insbesondere weiter entwickelten Regionen und sog. Übergangsregionen, wie dem Land Brandenburg, erheblich weniger Fördermittel als bisher zur Verfügung stehen werden. Die Einstufung als Übergangsregion zeigt zum einen die positive wirtschaftliche Entwicklung, die das Land Brandenburg bereits genommen hat, zum anderen bedeutet die deutlich geringere Mittelausstattung aber auch, dass für den Einsatz der europäischen Struktur- und Investitionsfonds eine noch stärkere Konzentration und Prioritätensetzung erforderlich ist. Die Landesregierung hat hierzu im Oktober 2012 fondsübergreifende Prioritäten für den Einsatz der EU-Fördermittel in Brandenburg in der kommenden Förderperiode festgelegt, die mit den EU-seitigen Vorgaben passfähig sind. Die Schwerpunkte liegen demnach in den Bereichen „Innovation“, „Bildung und Fachkräftesicherung“ sowie „Schonende und effiziente Ressourcennutzung“ und „Erneuerbare Energien“.

##### **Mittelstandsrelevante Schwerpunkte beim EFRE**

Beim **Europäischen Fonds für regionale Entwicklung** (EFRE) soll sich nach den Vorstellungen der EU-Kommission die künftige Förderung insbesondere auf die Schwerpunkte Forschung und Innovation, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (einschließlich Internationalisierungsansätzen in KMU) und Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft konzentrieren.

Diese Schwerpunktsetzung spiegelt sich auch in der Prioritätensetzung im Entwurf des EFRE-OP wider. Sie deckt sich mit den thematischen Zielen, die bereits jetzt im Zentrum der EER-Mittelstandsstrategie des Landes Brandenburg stehen. Durch die klare Prioritätensetzung im Entwurf des OP EFRE hat das Land Brandenburg sichergestellt, dass bewährte Instrumente, wie z.B. die Förderung von betrieblichen Investitionen und von Forschung und Entwicklung, die Bereitstellung von Risikokapital und die Unterstützung der internationalen Markterschließung, weiterhin Teil des Förderportfolios sind. Somit stehen den brandenburgischen KMU auch

---

<sup>39</sup> [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/conferences/od2013/index.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2013/index.cfm)

in der nächsten Förderperiode von der Gründung bis zur Internationalisierung bedarfsgerechte und aufeinander aufbauende Fördermöglichkeiten zur Verfügung.

Folgende Förderschwerpunkte sind vorgesehen:

- **Prioritätsachse 1 „Stärkung von angewandter Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation“:** Hierzu zählen die Förderung von FuE-Infrastruktur (Hochschulen, außeruniversitäre Einrichtungen, Kompetenzzentren), die betriebliche Innovationsförderung, die Förderung von wirtschaftsbezogenem Technologietransfer, die anwendungsorientierte Forschung sowie die Vernetzung von Unternehmen innerhalb der Clusterpolitik.  
Im Rahmen der Clusterstrategie des Landes Brandenburg und der gemeinsamen Innovationstrategie der Länder Berlin und Brandenburg wird die Verbesserung der Innovationsfähigkeit für brandenburgische KMU ein besonderer Schwerpunkt sein. Es werden für KMU verbesserte Kooperationsmöglichkeiten in Netzwerken, leichter Zugang zu Wissen und Know-how sowie Möglichkeiten zur Verbesserung der eigenen Innovationsfähigkeit angeboten.
- **Prioritätsachse 2 „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen“:** Dazu gehören die bewährten Maßnahmen zur Existenzgründungsförderung, zur internationalen Markterschließung sowie zur Steigerung des Wachstums- und Innovationspotenzials des brandenburgischen Mittelstandes, beispielsweise über Beteiligungen, Darlehen oder Zuschussförderung.
- **Prioritätsachse 3 „Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft“:** Schwerpunkte sind hierbei Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz, zur Förderung erneuerbarer Energien und zur Entwicklung intelligenter Energietechnologien, Steuerungs- und Speichersysteme bzw. nachhaltiger Mobilität.

Im Bereich der CO<sub>2</sub>-Reduzierung in allen Branchen wird die bisherige Richtlinie RENplus stark erweitert, um Unternehmen von der Produktion, Speicherung und Verteilung erneuerbarer Energien bis hin zu Energieeffizienzmaßnahmen im Unternehmen ein weites Spektrum von Fördermöglichkeiten bieten zu können.

- **Prioritätsachse 4 „ Integrierte Entwicklung von städtischen und ländlichen Räumen“:** Über diese Mischachse erfolgt die Unterstützung der integrierten, an den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung orientierten Stadt- bzw. Stadt-Umlandentwicklung. Dabei werden sowohl Aspekte zur Verbesserung des städtischen Umfelds, zur Wiederbelebung von Stadtzentren, des Klimawandels und die ökologischen Belange wie beispielsweise Immissionsschutz, Naturschutz, die Industriebrachflächen-/ Konversionsflächenanierung oder der Hochwasserschutz als auch bildungs- und kulturpolitische Belange (z. B. Inklusion mit dem Ziel der Fachkräftesicherung) berücksichtigt.

#### ***Mittelstandsrelevante Schwerpunkte beim ESF***

Entsprechend den Anforderungen zur thematischen Konzentration gemäß Art. 4 der Verordnung über den **Europäischen Sozialfonds** (ESF) und den strategischen Leitlinien des zukünftigen ESF-Einsatzes sollen mindestens 70 Prozent der ESF-Mittel auf fünf Investitionsprioritäten konzentriert werden.

Folgende Förderschwerpunkte sind vorgesehen, wobei insbesondere die Teilziele (TZ) 8 und 10 von besonderer Bedeutung für die KMU im Land Brandenburg sind:

- **Selbstständigkeit, Unternehmergeist und Gründung von Unternehmen fördern (TZ 8):** Die wesentliche Förderaktivität ist die Unterstützung der Existenzgründung durch nicht-investive Maßnahmen, insbesondere Beratung und Coaching für Gründungswillige. Besonderes Augenmerk liegt auf innovativen Gründungen sowie auf der Begleitung von Unternehmensnachfolgen. Frauen sollen besondere Unterstützung erfahren. Erwartet werden ein Anstieg der Zahl der Selbstständigen, weitere

Arbeitsplatzeffekte in den neu gegründeten Unternehmen sowie die Sicherung von Beschäftigung bei Betriebsnachfolgen.

- **Aktive Inklusion fördern (TZ 9):** Die wesentliche Förderaktivität ist die Unterstützung der dauerhaften Integration Langzeitarbeitsloser in Beschäftigung durch Vorbereitung auf Beschäftigung, Integration in Beschäftigung und Begleitung nach erfolgter Integration. Ein Schwerpunkt soll auf die Förderung marktferner langzeitarbeitsloser Familien gelegt werden, um durch Arbeitsmarktintegration der Eltern, darunter auch Alleinerziehender, die Chancen der Kinder zu verbessern und die Armutgefährdung zu senken. Mit der verbesserten Integration Erwerbsloser in den allgemeinen Arbeitsmarkt werden gleichzeitig KMU bei der Sicherung ihres Fachkräftebedarfes unterstützt werden.
- **Zahl der Schulabbrecher verringern und gleichen Zugang zu einer hochwertigen Früherziehung und einer hochwertigen Grund- und Sekundarbildung fördern (TZ 10):** Wesentlichen Förderaktivitäten sind hier die Entwicklung und Durchführung von Schulprojekten zur gezielten Förderung der sozialen und personalen Kompetenzen sowie der Berufswahlkompetenzen der Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 7 – 10 in den Ober-, Gesamt- und Förderschulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“. Die Durchführung der Schulprojekte erfolgt durch die Schulen und regionale Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen, Arbeitsverwaltung sowie aus dem Umweltbereich. Besonderes Augenmerk soll auf Schülerinnen und Schüler mit besonderem Unterstützungsbedarf und Schulverweigernde gelegt werden. Darüber hinaus soll die Förderung einen Beitrag zur Herausbildung einer inklusiven Schule („Schule für alle“) leisten. Durch die Senkung der Quote der Schulentlassenen ohne Schulabschluss, die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit der Schulabgängerinnen und -abgänger und durch eine gezielte Berufs- und Studienorientierung wird das Arbeitskräftepotenzial besser nutzbar, wovon letztlich auch KMU profitieren.
- **Zugang zum lebenslangen Lernen fördern, Fähigkeiten und Kompetenzen der Arbeitskräfte steigern (TZ 10):** Die wesentliche Förderaktivität ist die Aus-, Fort- und Weiterbildung Beschäftigter im Land Brandenburg. Die berufliche Ausbildung sowie die Fort- und Weiterbildung von Beschäftigten dienen unmittelbar der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU
- **Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung stärken, ihre Arbeitsmarktrelevanz und Qualität verbessern, den Übergang von der Bildung zur Beschäftigung erleichtern (TZ 10):** In diesem Zusammenhang geht es darum, die Durchlässigkeit zwischen schulischer, beruflicher und akademischer Bildung zu optimieren. Die Ausbildungsbeteiligung von KMU soll erhöht werden und die Ausbildungskompetenzen von KMU sowie die Qualität der Ausbildung sollen verbessert werden. Ein weiteres Ziel dieses Förderschwerpunkts ist die Gewinnung von Fachkräften für brandenburgische KMU, vor allem durch die Unterstützung des Berufseinstiegs von Ausbildungs- und Studienabsolventinnen und -absolventen. Die Gewinnung Hochqualifizierter steigert zugleich die Innovationsfähigkeit der KMU.

#### ***Mittelstandsrelevante Schwerpunkte beim ELER***

In der EU-Förderperiode ab 2014 wird in Brandenburg mit der „**Europäischen Innovationspartnerschaft – EIP**“ ein neues Finanzierungsinstrument im ELER umgesetzt, das bestehenden Defiziten zwischen Forschung und Bedarfen der Praxis im Bereich der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft begegnen soll.

#### **Entwicklungskonzept Brandenburg - Glasfaser 2020: KMU ans schnelle Internet**

Breitbandnetze sind eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Kommunikation auch in den berlinferneren Regionen des Landes. Bislang hat die Marktentwicklung in Brandenburg aber nicht dazu geführt, dass gewerbliche Unternehmen und Haushalte im ländlichen Raum flächendeckend an das schnelle Internet angeschlossen wurden. Deswegen hat sich die Landesregierung entschlossen, auf Basis des „Entwicklungskonzepts Brandenburg - Glasfaser 2020“ die Errichtung einer glasfaserbasierten Breitband-Infrastruktur mit EFRE-Mitteln zu fördern.

Im Zuge der Umsetzung des Entwicklungskonzepts Brandenburg Glasfaser 2020 erfolgt der Breitbandausbau in den drei nordöstlichen Planungsregionen Prignitz-Oberhavel, Uckermark-Barnim und Oderland-Spree mit den Restmitteln aus der EFRE-Förderperiode 2007-2013. Der Schwerpunkt der Glasfaserstrategie konzentriert sich dabei auf Standorte, die über weniger als 6 Mbit/s im Download verfügen. Standorte, die durch im Wettbewerb stehende Anbieter mit breitbandigem Internet wirtschaftlich erschlossen werden können, dürfen bei der Umsetzung des Konzepts nicht berücksichtigt werden. Die Arbeiten in der ersten Planungsregion Prignitz-Oberhavel haben nach Abschluss der europaweiten Ausschreibung begonnen. Für die zweite Planungsregion (Uckermark-Barnim) und die dritte Planungsregionen (Oderland-Spree) sind die vorbereitenden Arbeiten aufgenommen worden. Vor dem Hintergrund der derzeitigen sowie der prognostizierten künftigen EFRE-Mittelsituation hat das MWE entschieden, den Breitbandausbau auch in den zwei verbleibenden Planungsregionen Havelland-Fläming und Spreewald-Lausitz möglichst noch in dieser Förderperiode zu realisieren. Die Schaffung der benötigten technischen und beihilferechtlichen Voraussetzungen ist in der Vorbereitung. Aus EU- beihilferechtlichen Gründen soll der Breitbandausbau nach dem Glasfaserkonzept 2020 mit EFRE-Mitteln aus der laufenden Förderperiode bis März 2015 abgeschlossen sein.

### **Flughafen Berlin Brandenburg: Airport Region Team treibt Umfeldentwicklung voran**

Durch die wiederholten Verschiebungen der Eröffnung des Flughafens Berlin Brandenburg (BER) wurden die Bemühungen um eine stärkere internationale Verbindung der Region sowie um zusätzliche Wachstumsimpulse und Beschäftigungswirkungen für die heimische Wirtschaft beeinträchtigt. Die Flughafengesellschaft hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um den Flughafen BER sobald wie möglich und uneingeschränkt in Betrieb zu nehmen. Zur Unterstützung des Aufbaus zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen und zur Umsetzung der Akquisitions- und Standortmarketingstrategie für das Flughafenumfeld, haben die Wirtschaftsfördergesellschaften der Länder Berlin und Brandenburg ein gemeinsames Airport Region Team gegründet. Dieses Team wirbt aktiv um Investitionen und Ansiedlungen in der Flughafenregion. Die Verzögerung der BER-Inbetriebnahme hat sich auch auf die Arbeit und die bisherigen Ergebnisse des Airport Region Teams negativ ausgewirkt. Umso wichtiger sind dessen Bemühungen, das beschädigte Image des Flughafenprojektes nicht auf die Gewerbestandorte im BER-Umfeld ausstrahlen zu lassen.

### **Landesnachhaltigkeitsstrategie: Chancen für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung nutzen**

Globale Entwicklungen, wie Klimawandel und Ressourcenverknappung, aber auch ein sich änderndes Konsumbewusstsein berühren auch Brandenburg unmittelbar. Stärkere Anstrengungen im Bereich Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz sowie eine Orientierung am Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung bieten für die brandenburgische Wirtschaft Wettbewerbsvorteile. Das Prinzip der Nachhaltigen Entwicklung soll deshalb in allen Fachpolitiken berücksichtigt werden. Die sich in Abstimmung befindliche **Landesnachhaltigkeitsstrategie** greift diesen Ansatz auf und benennt hierfür konkrete Ziele und Maßnahmen.

Das Land Brandenburg (und die Hauptstadtregion) hat die Chance, sich als Modellregion für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu profilieren. Wichtige Elemente dieses Profils sind:

- nachhaltige Arbeits- und Wirtschaftsformen sowie Lebensweisen zu erproben und zu etablieren,
- als ökologisch orientierter Investitions-, Industrie- und Arbeitsstandort im Sinne von „Green & Fair Economy“ attraktiver zu werden sowie
- durch eine intakte soziale und natürliche Umwelt insbesondere innovativen Unternehmen sowie jungen, gut ausgebildeten Fach- und Führungskräften attraktive Ansiedlungs- bzw. Lebens- und Arbeitsbedingungen zu bieten.

Leitbilder und gängige Standards sozialer oder ökologischer Unternehmensverantwortung (z.B. Corporate Social Responsibility oder Umwelt- bzw. Energiemanagementsysteme) sollen im Land Brandenburg durch ein gemeinsames Engagement von Landesregierung, Kammern, Verbänden und Unternehmen noch weiter verbreitet werden. Die Umweltpartnerschaft Brandenburg kann hierbei eine wichtige Rolle spielen.



## Anhang

### Übersicht der in Kapitel 3 genannten Förderinstrumente unter Angabe des Einsatzes von EFRE-, ESF- oder ELER-Mitteln

#### 3.2 Vorfahrt für KMU

- Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ► EFRE
- Konsolidierungs- und Standortsicherungsprogramm
- Brandenburg-Kredit für den Mittelstand
- ILB-Wachstumsprogramm „Kooperationsdarlehen für den Mittelstand“
- Brandenburg-Kredit Mikro
- BFB Wachstumsfonds Brandenburg
- Frühphasenfonds ► EFRE
- Brandenburg-Kredit Mezzanine ► EFRE
- Monitoring – Gruppe
- Programm „Nachhaltige Stadtentwicklung“ ► EFRE
- Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für einzelbetriebliche Investitionen in landwirtschaftlichen Unternehmen ► ELER
- INTERREG IV C Projekt DART ► EFRE

#### 3.3 Innovation

- Brandenburger Innovationsgutschein
- FuE-KMU-Richtlinie ► EFRE
- FuE-Große Richtlinie ► EFRE
- „Brandenburger Innovationsprogramm zur Förderung der Implementierung neuer Lösungen für mehr Wachstum und Beschäftigung“ (ProVIEL) ► EFRE
- „Gründung innovativ“ ► ESF
- Enterprise Europe Network Berlin-Brandenburg
- Richtlinie zur Förderung des wirtschaftsbezogenen Technologietransfers und des Clustermanagements
- Programm „Forschungs- und Innovationsförderung zur Steigerung der Innovationskraft an Brandenburger Hochschulen“
- Programm „Wissens- und Technologietransfer für Innovationen“ ► EFRE
- Projektförderung „Netzwerkbildung mit Unternehmen“ ► ESF
- Forschungsplattform Klimawandel
- Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien in der Land- und Ernährungswirtschaft ► ELER

#### 3.4 Ökologische Modernisierung

- Richtlinie RENplus ► EFRE

#### 3.5 Internationalisierung, Zusammenarbeit mit Polen

- Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft zur Förderung von Unternehmensaktivitäten im Management, Marketing, Messen und Markterschließung im In- und Ausland von kleinen und mittleren Unternehmen (M<sup>4</sup>) ► EFRE
- Richtlinie zur Förderung des transnationalen Wissens- und Erfahrungsaustauschs für die Gestaltung einer zukunftsorientierten Arbeitspolitik im Land Brandenburg ► ESF
- Programm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“

- INTERREG IV A Programme 2007 bis 2013 Polen (Wojewodschaft Lubuskie) – Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg – Polen (Wojewodschaft Zachodniopomorskie) ► EFRE
- INTERREG IV B Projekte SoNorA und SCANDRIA ► EFRE

### **3.6 Stärkung des Unternehmertums und der Gründungsmotivation**

- Unternehmerinnen- und Gründerinnentag (UGT) ► ESF

### **3.7 Förderung von Gründungen**

- Richtlinie zur Förderung von Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen bei Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen ► ESF
- deGUT Deutsche Gründer- und Unternehmertage ► EFRE
- Businessplan-Wettbewerb ► EFRE
- Gründungsservices an den Hochschulen
- „Integrierte Ländliche Entwicklung/ LEADER“ (hier u.a. Unterstützung und Gründung von Kleinstunternehmen sowie Dienstleistungseinrichtungen im ländlichen Raum) ► ELER

### **3.8 Fachkräfteentwicklung**

- Bündnis für Fachkräftesicherung
- Förderung von qualifizierter Ausbildung im Verbundsystem ► ESF
- Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Berufsbildung im ländlichen Raum ► ELER
- Richtlinie „Integrierte Ländliche Entwicklung“ (ILE) und LEADER ► ELER
- Programm „Einstiegszeit“ ► ESF
- Bildungsscheck Brandenburg ► ESF
- Projekt „Studium lohnt“ ► ESF
- „Brandenburg-Stipendium“ ► ESF
- Richtlinie zur Förderung von Innovationsassistentinnen und -assistenten ► ESF
- INNOPUNKT-Initiative „Erfahrung trifft Herausforderung“ ► ESF
- Projekt „Ziemlich beste Lernfreunde – Demografie managen“
- INNOPUNKT-Initiative „Gesund arbeiten in Brandenburg – Betriebliche Gesundheitspolitik stärken“ ► ESF

## Abkürzungsverzeichnis

AdR	Ausschuss der Regionen der Europäischen Union
BA	Bundesagentur für Arbeit
BB	Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH
BIEM	Brandenburgisches Institut für Existenzgründungen e.V.
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, neu: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BPW	Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg
BTS	Branchentransferstelle
deGUT	Deutsche Gründer- und Unternehmertage
DG MOVE	Directorate General for Mobility and Transport
EAPBbg	Einheitlicher Ansprechpartner für das Land Brandenburg
EEN (BB)	Enterprise Europe Network (Brandenburg)
EER	European Entrepreneurial Region (Europäische Unternehmerregion)
EFRE	Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums
EMAS Eco	Management and Audit Scheme (Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung)
ESF	Europäischer Sozialfonds
ETZ	Europäische territoriale Zusammenarbeit
EU	Europäische Union
FuE	Forschung- und Entwicklung
GRW	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“
IfM	Institut für Mittelstandsforschung (Bonn)
ILB	Investitionsbank des Landes Brandenburg
innoBB	Gemeinsame Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
ILA	Internationale Luft- und Raumfahrttausstellung
ILB	Investitionsbank des Landes Brandenburg
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
LASA	Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH
LV BB	Landesvertretung Brandenburg bei der Europäischen Union
MASF	Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie
MBJS	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
MI	Ministerium des Innern
MIL	Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
MINT	Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik
MUGV	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
MWE	Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten
MWFK	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
OP	Operationelles Programm
RWK	Regionaler Wachstumskern
SCANDRIA	Scandinavian Adriatic Corridor for Growth and Innovation (EU-Infrastrukturprojekt)
SoNorASouth-NORTH Axis	(EU-Infrastrukturprojekt)
UGT	Unternehmerinnen- und Gründerinnentag
ZAB	ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH